

Verpflichtungen der Banken aus unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditiven

Dissertation zur Erlangung der Doktor-Würde
der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der
Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz

vorgelegt von
Kurt W. Rückert

1960

Verpflichtungen der Banken aus unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditiven

Dissertation zur Erlangung der Doktor-Würde
der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der
Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz

vorgelegt von
Kurt W. Rückert



Referent: Prof. Dr. H. G. Isele

Koreferent: Prof. Dr. H. G. Ficker

Tag der mündlichen Prüfung: 23. Februar 1960

Datum des Diploms 27. JUNI 1960

Einführung

Das Dokumenten-Akkreditiv ist ein Instrument des internationalen Handelsverkehrs, dessen Verwendung zwischen den Partnern eines Handelsgeschäftes vereinbart und mit dessen Hilfe die Wahrung ihrer jeweiligen Interessen im Rahmen dieses Handelsgeschäftes in die Hände von Dritten gelegt wird, nämlich in die Hände der an einem Dokumenten-Akkreditiv beteiligten Banken. Die Vereinbarungen der an einem Dokumenten-Akkreditiv Beteiligten, welche von ihnen in bestimmter Weise zu treffen sind, schaffen, ganz allgemein ausgedrückt, Rechtsverhältnisse bestimmter Art unter den Beteiligten. Diesen Rechtsverhältnissen entspringen bestimmte Verpflichtungen, die den Beteiligten im Rahmen des Dokumenten-Akkreditivs obliegen. Die Verpflichtungen der an einem Dokumenten-Akkreditiv beteiligten Banken im Rahmen eines Dokumenten-Akkreditivs sollen den Gegenstand der Untersuchungen der vorliegenden Arbeit bilden, wobei allerdings, soweit dies erforderlich erscheint, auch die Verpflichtungen der übrigen Beteiligten Berücksichtigung finden werden.

Bei der Untersuchung der Bankverpflichtungen gilt es in erster Linie, die Rechtsgrundlage der aus den Vereinbarungen eines Dokumenten-Akkreditivs hervorgehenden Verpflichtungen aufzusuchen.

Die nationalen Gesetze des Zivilrechts der Handel treibenden Länder der Erde kennen keine speziellen, ausschließlich das Dokumenten-Akkreditiv betreffenden Bestimmungen. Die einzige Ausnahme bildet darin Griechenland¹⁾, jedoch kann diese Ausnahme schon im Hinblick auf die Bedeutung der davon unberührten übrigen Welt für die folgenden Erörterungen nicht mit herangezogen werden. Ausgangspunkt der Untersuchungen muß also die Tatsache bleiben, daß eine spezielle gesetzliche Regelung für Dokumenten-Akkreditive nicht besteht, so daß die Gesetzesgrundlagen für die Bankverpflichtungen im Rahmen des Dokumenten-Akkreditivs in den allgemeinen Bestimmungen des bürgerlichen und des Handelsrechts zu suchen sein werden. Wo diese allgemeinen Bestimmungen nicht ausreichen, eine Grundlage für die Verpflichtungen der Banken zu finden, sind die betreffenden handelsgebräuchlichen Regeln sowie die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Banken heranzuziehen. Die wichtigsten das Dokumenten-Akkreditiv be-

¹⁾ Vgl. Art. 25-34 der Verordnung (mit Gesetzeskraft) vom 17. Juli 1923 „über besondere Bestimmungen für die Aktiengesellschaften“, besprochen bei Stefanopoulos, a. a. O.

treffenden Regeln, welche von der Rechtsprechung fast aller Länder als Handelsgebräuche anerkannt werden (vgl. z. B. BGH-Urteil vom 14. 2. 1958 in AWD¹⁾ des Betriebs-Beraters 1958, S. 57/58: „... Für die Regelung von Akkreditiven sind durch die internationale Vereinbarung der nationalen Bankvereinigungen ‚Einheitliche Richtlinien und Gebräuche für Dokumenten-Akkreditive‘ festgelegt worden, die auch im innerdeutschen Handelsverkehr Handelsbräuche im Sinne des § 346 HGB sind . . .“) und die auch Inhalt der allgemeinen Geschäftsbedingungen der Banken geworden sind (vgl. Allgemeine Geschäftsbedingungen der Banken, § 28, 2. Halbsatz), sind in den „ER“ (gebräuchliche Abkürzung für „Einheitliche Richtlinien und Gebräuche für Dokumenten-Akkreditive“) der Internationalen Handelskammer in ihrer Fassung von 1951 (veröffentlicht in Drucksache Nr. 151 der Internationalen Handelskammer, sowie abgedruckt u. a. bei ZAHN, a. a. O., S. 181 bis 191) enthalten.

Die „ER“ wurden in den Jahren von 1926 bis 1931 von einer damit beauftragten Kommission der Internationalen Handelskammer ausgearbeitet. Diese Kommission zählte in erster Linie Persönlichkeiten der internationalen Bankwelt zu ihren Mitgliedern, aber auch die interessierten Industrie- und Handelskreise waren in ihr durch bedeutende Persönlichkeiten vertreten. Die „ER“ wurden 1929 erstmals dem Amsterdamer Kongreß der Internationalen Handelskammer vorgelegt, sie wurden von diesem zu einer erneuten Überarbeitung an die Kommission zurückgegeben und in erneuerter Fassung von dem 7. Kongreß der Internationalen Handelskammer in Wien, vom 29. Mai bis 2. Juni 1933, angenommen. Eine Überarbeitung des Textes nach dem Zweiten Weltkrieg trug dann der Entwicklung der Technik und des Außenhandels Rechnung. Diese letzte, heute gültige Fassung der „ER“ wurde im Jahre 1951 in Lissabon durch den Kongreß der Internationalen Handelskammer angenommen. Sie ist inzwischen von etwa sechzig Ländern bzw. deren Vereinigungen des Bankgewerbes angenommen worden, während nur achtzehn Länder, und zwar in der Hauptsache die Länder des sogenannten „Sterling-Blocks“ unter Führung von Großbritannien sich der Stimme enthielten und sie für ihren Geschäftsbereich nicht als allgemein gültige Regeln anerkannten.

Über die Natur der Einheitlichen Richtlinien und Gebräuche enthält der erste Absatz der „Allgemeinen Bemerkungen“ eine richtungweisende Feststellung, wenn es heißt, daß „die in den folgenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen, Definitionen, Auslegungen usw. als einheitliche Richtlinien anzusehen sind, die auf alle Dokumenten-Akkreditive einschließlich Zahlungs-, Akzeptierungs-, Negozierungs- und Ankaufsermächtigungen anzuwenden sind, sofern nicht ausdrücklich zwischen den Parteien anderweitige Vereinbarungen getroffen wurden.“

¹⁾ AWD = AUSSENWIRTSCHAFTSDIENST

Inhaltlich sind die „ER“ in sechs Abschnitte unterteilt, und zwar nach

1. Allgemeinen Bemerkungen;
2. Definitionen der Form von Akkreditiven;
3. Haftung der Banken;
4. Anzunehmende Dokumente bei Fehlen von besonderen Weisungen;
5. Auslegung von technischen Ausdrücken;
6. Bedingungen für die Übertragung von Dokumenten-Akkreditiven.

Der Weg der Untersuchungen der vorliegenden Arbeit wird von einer Erörterung der wirtschaftlichen Funktionen des Dokumenten-Akkreditivs ausgehen, über eine Beschreibung der Formen und der Technik des Dokumenten-Akkreditivs zum Kernpunkt, nämlich der Rechtsnatur der Bankenverpflichtungen, vorstoßen und abschließend zu einer Darstellung und Untersuchung der einzelnen Pflichten der Bank bei der Realisierung des Dokumenten-Akkreditivs führen.

Ziel dieser Arbeit ist es, die Diskrepanz zwischen der herrschenden Meinung in Lehre und Rechtsprechung in bezug auf die Bankverpflichtungen im Rahmen eines Dokumenten-Akkreditivs einerseits und den diesbezüglichen tatsächlichen Gegebenheiten der Praxis andererseits aufzuzeigen und einen Beitrag zu der notwendigen Überbrückung derselben zu leisten.

Es sei an dieser Stelle auch vermerkt, daß dem Verfasser während eines dreimonatigen Aufenthaltes bei der Internationalen Handelskammer in Paris Akten, Berichte, Notizen, Protokolle und dergleichen, welche mit den in der Arbeit auftauchenden Problemen zu tun hatten, in dankenswerter Weise von dem Direktor der Rechtsabteilung der Internationalen Handelskammer und Generalsekretär des Internationalen Schiedsgerichtshofes, Herrn Frédéric EISEMANN, zur Verfügung gestellt wurden, die im Literaturverzeichnis nur insoweit Aufnahme finden konnten, als es sich um veröffentlichtes Material handelt.



Digitized by the Internet Archive
in 2026

1. Kapitel

DIE WIRTSCHAFTLICHEN FUNKTIONEN DES DOKUMENTEN-AKKREDITIVS IM INTERNATIONALEN HANDELSVERKEHR

Der Aufbau, die Entwicklung und Steigerung von Produktion und Produktivität in Industrie und Handel fast aller Länder der Erde, verbunden mit dem Streben nach stetiger Erhöhung des Lebensstandards der Völker, hat allenthalben zu einer Expansion des Warenaustauschs zwischen den Nationen der Welt geführt, was durch die technische Entwicklung des modernen Transportwesens weitgehend begünstigt wurde.

Im Zusammenhang mit dieser ständigen Ausweitung ihres Geschäftsbereiches ergaben sich für die Handelspartner dieses internationalen Warenaustauschs zwar weniger neue Probleme, jedoch stieß die Lösung alter Probleme vielfach auf Schwierigkeiten in neuerer Form.

Das Hauptproblem des Exporteurs war von jeher die Sicherung seines Kaufpreisanspruches gegen den ausländischen Importeur, dessen Hauptproblem in der Sicherung einer einwandfrei vertragsgemäßen Belieferung durch den Exporteur bestand.

Die neueren Formen von Schwierigkeiten für die Lösung dieser Hauptprobleme sind beispielsweise in Unkenntnis der Handelsbräuche des Landes des jeweiligen Vertragspartners, in besonderen Import- bzw. Exportbestimmungen der betreffenden Regierungen, Devisenbestimmungen usw. und nicht zuletzt darin zu erblicken, daß es den einzelnen Partnern infolge der Entfernungen und anderer Umstände vielfach unmöglich ist, sichere Auskünfte über Ruf und finanzielle Leistungsfähigkeit ihres Vertragspartners zu erhalten.

Grundproblem ist und bleibt also die Sicherung der gegenseitigen vertraglichen Rechte der Handelspartner, und der Lösung dieses Grundproblems soll die Einrichtung des Dokumenten-Akkreditivs dienen, eine Einrichtung, die von der Praxis, und zwar vornehmlich von den Banken im Interesse ihrer Kunden und in Zusammenarbeit mit diesen im Laufe von Jahrzehnten entwickelt wurde.

Diese Sicherungsfunktion des Dokumenten-Akkreditivs besteht darin, daß nach Eröffnung eines Dokumenten-Akkreditivs und für die Zeit seiner Gültigkeit eine dem Exporteur bekannte und / oder nach seiner Meinung

sichere Bank Schuldnerin der Kaufpreissumme gegenüber dem Exporteur wird. Wie sich im Laufe der Untersuchungen ergeben wird, wird die Bank damit nicht Vertragspartnerin des Exporteurs im Rahmen des zwischen ihm und dem Importeur geschlossenen Kaufvertrages, wohl aber ist sie nach augenscheinlich vertragsgemäßer Erfüllung des Kaufvertrages verpflichtet, an ihn die vereinbarte Kaufpreissumme zu zahlen.

Die Sicherung des Importeurs bezüglich der vertragsmäßigen Belieferung durch den Exporteur erfolgt im Rahmen des Dokumenten-Akkreditivs dadurch, daß der Exporteur, bevor er Zahlung durch die Bank verlangen kann, bestimmte Dokumente bei der Bank vorzulegen hat, die in der Regel nicht nur den dokumentarischen Beweis für die vertragsgemäße Lieferung und Versendung darstellen, sondern auch ein dingliches Recht an der gelieferten und versandten Ware repräsentieren. Es muß allerdings eingeräumt werden, daß die Sicherung des Importeurs nicht als vollkommen bezeichnet werden kann, sind es doch lediglich Dokumente, auf Grund deren eine Auszahlung der Akkreditiv-Summe erfolgt, die, wenn der Exporteur böswillig ist, nicht unbedingt den tatsächlichen Gegebenheiten der Lieferung entsprechen müssen. Dieser Gefahr kann der Importeur allerdings bis zu einem gewissen Grade dadurch vorbeugen, daß er die Bedingungen der Auszahlung in der sogenannten „Akkreditivklausel“ so eingehend präzisiert, daß ein Mißbrauch des Dokumenten-Akkreditivs mehr oder weniger unmöglich gemacht wird.

Die „Akkreditivklausel“ ist Teil des Inhalts des zwischen dem Exporteur und Importeur geschlossenen Kaufvertrages. In ihr vereinbaren die beiden Vertragspartner den Kaufpreis für die zu liefernde Ware (in der Regel den c i f - Kaufpreis!) sowie die Verpflichtung des Importeurs, zugunsten des Exporteurs ein Dokumenten-Akkreditiv bei einer bestimmten Bank in Höhe des Kaufpreises zu eröffnen und die Bedingungen, unter welchen die Auszahlung des Akkreditiv-Betrages bei der Realisierung des Dokumenten-Akkreditivs erfolgen soll. Die Vereinbarung der Vertragspartner des Handelsgeschäftes über die Eröffnung eines Dokumenten-Akkreditivs ist also im Grunde nichts anderes als eine Vereinbarung über die Art und Weise sowie über die Höhe der Kaufpreiszahlung für die vom Exporteur zu tätige Lieferung.

Die Verpflichtung des Importeurs zur Eröffnung eines Dokumenten-Akkreditivs zugunsten des Exporteurs ist demnach eine H a u p t l e i s t u n g s v e r p f l i c h t u n g des Importeurs im Rahmen des Kaufvertrages, für die im Verzugsfalle die Bestimmungen der §§ 326 BGB bzw. 376 HGB Anwendung finden (vgl. BGH-Urteil vom 14. 2. 1958, abgedruckt in AWD des Betriebs-Beraters 1958, S. 57/58).

Die Vereinbarung zwischen Exporteur und Importeur über die Eröffnung eines Dokumenten-Akkreditivs hat aber noch mehr als nur eine Zahlungsverein-

barung zwischen den Parteien zum Inhalt: sie begründet gleichzeitig eine Vorleistungsverpflichtung des Importeurs im Rahmen des Kaufvertrages. Denn ist das Dokumenten-Akkreditiv eröffnet, so hat er die ihm zukommende Verpflichtung des Vertrages erfüllt, während der Exporteur erst von nun an, d. h. vom Augenblick der Eröffnung des Dokumenten-Akkreditivs an, verpflichtet ist, seiner Lieferverpflichtung nachzukommen.

Bei der Vereinbarung der Realisierungsbedingungen des Dokumenten-Akkreditivs kommt es, wie gesagt, für den Importeur darauf an, daß er von dem Exporteur die Vorlage aller der Dokumente fordert, die ihm (dem Importeur) für den Nachweis der vertragsmäßigen Belieferung erforderlich erscheinen, denn er hat im allgemeinen keine Möglichkeit, vor der Auszahlung des Kaufpreises die Übereinstimmung der gelieferten Ware mit der bestellten zu überprüfen. Für den Exporteur kommt es bei dieser Vereinbarung der vorzulegenden Dokumente seinerseits darauf an, daß er überhaupt in der Lage sein wird oder zu sein glaubt, die vom Importeur geforderten Papiere beizubringen. Welche Vorsicht auch der Exporteur bei dieser Vereinbarung walten lassen muß, soll ein Beispiel aus der Praxis zeigen, das dem Verfasser im Laufe seiner Untersuchungen von einem Fachmann berichtet wurde:

Eine deutsche Firma hatte mit einer im Staatsbesitz befindlichen Firma eines fern-östlichen Landes, zu dem die Bundesrepublik keine diplomatischen Beziehungen unterhält, einen Kaufvertrag über eine bestimmte Menge technischer Erzeugnisse geschlossen. Hinsichtlich der Beschaffenheit der Ware wurden genaue, bestimmten Normbestimmungen entsprechende Maße verabredet. Die Lieferung sollte – aus politischen Gründen – cif London erfolgen, ebenso die Auszahlung des Akkreditiv-Betrages bei einer angesehenen englischen Bank gegen Vorlage bestimmter Dokumente. Zu diesen Dokumenten sollte auch eine Bescheinigung darüber gehören, daß die Ware den genauen Normbestimmungen hinsichtlich der Maße entsprach. Diese Art Dokumente sind in derartigen Fällen allgemein üblich, und so wäre an sich nichts Besonderes an dieser Vereinbarung. In dem geschilderten Falle allerdings hatten die Vertragspartner vereinbart, daß der Importeur selbst diese Bescheinigung ausstellen sollte. Was zu erwarten war, geschah: Der Importeur verweigerte die Ausstellung der Übereinstimmungsbescheinigung und stellte, entgegen den Tatsachen, eine Nichtübereinstimmung der Normmaße fest. Es lag auf der Hand, daß der Importeur mit diesem Roßtäuschertrick versuchen wollte, den Exporteur zu einem Preisnachlaß größeren Umfangs zu veranlassen, was dieser wohl auch getan haben würde im Hinblick auf die hier zu seinen Lasten gehenden, nicht unbedeutenden Lagergebühren im Hafen von London. Als der Exporteur allerdings dann auf Anraten seines Experten die gesamte Fracht von London nach Deutschland zurückbeordnete, wofür er die Frachtkosten und alle anderen

Kosten in Kauf zu nehmen bereit war, stellte der Importeur die Bescheinigung sofort aus, denn es ging ihm in der Hauptsache doch darum, in den Besitz der Ware zu gelangen.

Das Beispiel zeigt aber deutlich, wie wichtig es auch für den Exporteur ist, bei der Vereinbarung der Bedingungen auf die Wahrung seiner, den Interessen des Importeurs entgegenstehenden Interessen zu achten und nur die Vorlagepflicht bezüglich solcher Dokumente zu vereinbaren, die er „anzudienen“ in der Lage ist, bzw. deren Ausstellung wenn schon nicht von ihm, so doch zumindest von einem unparteiischen Dritten, niemals aber von dem Importeur selbst abhängig ist.

Neben der Sicherungsfunktion kann dem Dokumenten-Akkreditiv aber noch eine weitere Funktion im Rahmen des internationalen Handelsverkehrs zukommen: Eine Finanzierungs-Funktion.

Ist es in der Regel so, daß der Importeur noch vor Eröffnung des Dokumenten-Akkreditivs durch die Bank den Akkreditiv-Betrag bei dieser „anzuschaffen“ hat, der dann auf ein spezielles „Akkreditiv-Konto“ verbucht wird, welches dem Verfügungsrecht des Importeurs für die Laufzeit des Dokumenten-Akkreditivs entzogen ist, so daß die Zahlungsverpflichtung der Bank gegenüber dem Exporteur gedeckt ist, so kommt bei den großen Importgeschäften dem eigentlichen Geschäft der Bank, nämlich dem Kreditgeschäft, größere Bedeutung zu. Sei es, daß der Importeur eines Kredites der Bank zur Überbrückung der Zeit des Transportes der Ware von Übersee in sein eigenes Lager bedarf, sei es, daß er eines solchen bei sofortigem Weiterverkauf der Ware an seine Kunden, die ja erst nach Erhalt der Ware und „mit Ziel“ zu zahlen pflegen, bedarf, so wird er stets die Akkreditiv-Bank in sein Geschäft einschalten. Dies geschieht allerdings nicht unmittelbar im Rahmen des Dokumenten-Akkreditivs, sondern in der Regel durch die Vereinbarung eines gesonderten Kreditvertrages zwischen Bank und Importeur, der dann aber auch für die Beziehungen zwischen Bank und Importeur im Rahmen des Dokumenten-Akkreditivs von größter Bedeutung ist. In diesem Fall nämlich wird die Bank, bevor sie sich zur Eröffnung eines Dokumenten-Akkreditivs zugunsten des Exporteurs verpflichtet, die Bedingungen des Dokumenten-Akkreditivs im Hinblick auf die Sicherung ihres Kredites an den Importeur überprüfen und auf ihre Gestaltung Einfluß nehmen, ebenso wie sie schon vorher bei ihren Unterhandlungen über die Kreditgewährung mit dem Importeur ganz allgemein sich Gedanken über die Zweckmäßigkeit und Rentabilität des bestimmten Importgeschäftes im Hinblick auf die Marktlage, die Preisentwicklung usw. machen wird – im übrigen eine der letzten Erinnerungen an die Entwicklung der Banken aus den großen Handelshäusern des Mittelalters zu den Geldinstituten, die sie heute sind.

2. Kapitel

FORMEN UND TECHNIK DES DOKUMENTEN-AKKREDITIVS

1. a) Widerrufliches und unwiderrufliches Dokumenten-Akkreditiv

Nach Artikel 2 der „ER“ gibt es zwei Grundformen des Dokumenten-Akkreditivs: das widerrufliche und das unwiderrufliche Dokumenten-Akkreditiv. Das entscheidende Kriterium dafür, ob ein bestimmtes Dokumenten-Akkreditiv widerruflich oder unwiderruflich ist, liegt in der ausdrücklichen Bezeichnung desselben. Dieser Grundsatz ist in Artikel 3 „ER“ ausgesprochen, wo es heißt: „Alle Akkreditive, die nicht ausdrücklich als unwiderruflich bezeichnet sind, werden als widerruflich angesehen, selbst wenn eine Gültigkeitsdauer angegeben ist.“

Der entscheidende rechtliche Unterschied zwischen einem widerruflichen und einem unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditiv liegt darin, daß die das Dokumenten-Akkreditiv eröffnende Bank nur im Falle des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs eine rechtlich bindende, unwiderrufliche Zahlungsverpflichtung gegenüber dem Begünstigten eingeht, während im Falle eines widerruflichen Dokumenten-Akkreditivs die Bank eine solche bindende Verpflichtung nicht eingeht. Vielmehr besagt Artikel 4 „ER“, daß ein widerrufliches Akkreditiv jederzeit ohne Anzeige an den Begünstigten abgeändert oder annulliert werden kann.

Es ergibt sich schon aus der Tatsache, daß eine Anzeige an den Begünstigten eines widerruflichen Dokumenten-Akkreditivs nicht erforderlich ist, daß die Abänderung oder Annullierung eines solchen Dokumenten-Akkreditivs mit dem Zeitpunkt ihrer Vornahme wirksam wird. Eine Einschränkung bezüglich der Wirksamkeit einer solchen Abänderung oder Annullierung eines Dokumenten-Akkreditivs gilt nur für den Fall, daß die das widerrufliche Dokumenten-Akkreditiv eröffnende Bank dieses Akkreditiv an eine ihrer Filialen oder an eine andere Bank abgegeben hat. Nach Artikel 4, Satz 3 „ER“ kann eine Abänderung oder Annullierung hier erst dann wirksam werden, wenn die Mitteilung darüber bei der Filiale oder anderen Bank eingeht, bevor diese auf Grund des Akkreditivs Zahlung geleistet bzw. Tratten negoziert oder akzeptiert hat. Die entsprechenden Bestimmungen für das unwiderrufliche Dokumenten-Akkreditiv sind in Artikel 5 „ER“ enthalten:

Absatz 1: „Unwiderrufliche Akkreditive begründen feststehende Verpflichtungen der eröffnenden Bank gegenüber dem Begünstigten oder – je nach Lage des Falles – gegenüber dem Begünstigten und gutgläubigen Inhabern

von Tratten, die auf Grund der Akkreditive gezogen sind, das darin gegebene Versprechen zur Zahlung, Akzeptierung oder Negoziierung zu erfüllen, sofern die Dokumente oder – je nach Lage des Falles – die Dokumente und die auf Grund des Akkreditivs gezogenen Tratten den Bedingungen des Akkreditivs entsprechen.“

Absatz 4: „Verpflichtungen dieser Art können ohne Zustimmung aller Beteiligten weder abgeändert noch annulliert werden.“ ZAHN (a. a. O., S. 53/54) verneint einen prinzipiellen rechtlichen Unterschied zwischen diesen beiden Grundformen des Dokumenten-Akkreditivs, „da ... ein vereinbartes Rücktrittsrecht oder freies Kündigungsrecht, sofern es nach dem Willen der Parteien ohne Angabe von Gründen ausgeübt werden kann, nie etwas an der Rechtsnatur des Vertrages selbst ändert und vor allem nicht die in dem Verträge begründeten Verpflichtungen von vornherein wieder aufhebt ...“. Es kann an dieser Stelle davon abgesehen werden, die Rechtsnatur der Bankverpflichtung gegenüber dem Begünstigten zu untersuchen. Dies wird vielmehr in einem der folgenden Kapitel dieser Arbeit ausführlich behandelt werden, hier soll dagegen von der Bankverpflichtung als Vertragsverhältnis zwischen Bank und Begünstigtem ausgegangen werden. Wäre danach, wie Zahn meint, auch die Bankverpflichtung gegenüber dem Begünstigten aus einem widerruflichen Dokumenten-Akkreditiv ein Vertragsverhältnis, so wäre eine Abänderung oder Annullierung dieses Dokumenten-Akkreditivs gegenüber dem Begünstigten nur dann wirksam, wenn die eine oder die andere dem Begünstigten ausdrücklich erklärt worden wäre. Dem steht aber die Bestimmung des Artikel 4 Satz 2 „ER“ entgegen, wonach ein widerrufliches Dokumenten-Akkreditiv jederzeit ohne Anzeige an den Begünstigten abgeändert oder annulliert werden kann. Wie schon oben gesagt, wird die Abänderung oder Annullierung eines widerruflichen Dokumenten-Akkreditivs mit dem Zeitpunkt wirksam, in dem die eine oder andere erfolgt. Dies ergibt sich als Umkehrschluß aus der Bestimmung des bereits zitierten Artikel 4, Satz 3 „ER“. Handelte es sich aber um ein Vertragsverhältnis, so könnte sowohl eine Abänderung wie eine Annullierung nur mit dem Augenblick des Zugangs der Mitteilung darüber bei dem Begünstigten wirksam werden, wenn ein „Rücktrittsrecht oder freies Kündigungsrecht“ zwischen Bank und Begünstigtem im Rahmen des Vertrages vereinbart worden wäre.

Als Ergebnis dieser Untersuchung kann also festgehalten werden, daß der rechtliche Unterschied zwischen dem widerruflichen und dem unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditiv in der bindenden rechtlichen Verpflichtung der Bank gegenüber dem Begünstigten besteht, die im Falle des ersteren fehlt, im Falle des zweiten aber unwiderruflich gegeben ist. Praktisch ist dieser Unterschied von großer Bedeutung, denn es ergibt sich aus der unwiderruflichen rechtlichen Verpflichtung der Bank gegenüber dem Begünstigten im Rahmen des unwider-

ruflichen Dokumenten-Akkreditivs, daß nur diese Form des Dokumenten-Akkreditivs wirklich den im vorangegangenen Kapitel dargestellten wirtschaftlichen Funktionen eines Dokumenten-Akkreditivs gerecht werden kann. Es ist daher auch ohne weiteres verständlich, daß das unwiderrufliche Dokumenten-Akkreditiv die in der Praxis allgemein übliche Form eines Dokumenten-Akkreditivs ist, während das widerrufliche Dokumenten-Akkreditiv fast als Ausnahmeerscheinung angesehen werden kann.

b) Bestätigtes und unbestätigtes Dokumenten-Akkreditiv

Haben die beiden Vertragspartner eines Handelsgeschäfts, d. h. Importeur und Exporteur, vereinbart, daß die Zahlung des Kaufpreises für die zu liefernde Ware an den Exporteur und der Nachweis der vertragsmäßigen Lieferung der Ware für den Importeur mit Hilfe eines Dokumenten-Akkreditivs erfolgen sollen, so bedeutet das, daß der Importeur ein solches Dokumenten-Akkreditiv durch eine Bank zugunsten des Exporteurs eröffnen zu lassen hat. Der Importeur muß also eine Bank suchen, die dieses Dokumenten-Akkreditiv in seinem Auftrag eröffnet, und er wird dafür in der Regel seine Hausbank wählen, nicht nur deshalb, weil er eine sorgfältige Bearbeitung dieser Angelegenheit auf Grund seiner Eigenschaft als ständiger Kunde wird erwarten können, sondern auch deshalb, weil seine Hausbank wohl als erste bereit sein wird, ein eventuelles Risiko, das ja auch die Bank eingeht, zu seinen Gunsten zu übernehmen. Dem Exporteur wird seinerseits aber daran gelegen sein, die Zahlungsverpflichtung einer Bank ihm gegenüber zu erhalten, die, wenn auch vielleicht nicht an seinem Wohnsitz, so doch zumindest in seinem Lande ansässig ist. Hierbei ist nicht einmal der Ruf einer ausländischen Bank von großer Bedeutung, wohl aber der Umstand, daß der Exporteur, sobald er seinen Vertragspflichten gegenüber dem Importeur aus dem Handelsgeschäft nachgekommen ist, Wert darauf legen wird, sogleich in seinem Lande die Dokumente vorzulegen und auch hier Zahlung zu erlangen. Sollte es nämlich zu Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und der zahlungsverpflichteten Bank kommen, so kann er diese vor der Gerichtsbarkeit seines eigenen Landes austragen und ist nicht gezwungen, die Gerichtsbarkeit eines Landes, welche ihm unbekannt ist und vor der er sich durch einen ausländischen Juristen vertreten lassen muß, in Anspruch zu nehmen. Abgesehen von dem Fall, daß der Importeur eine Bank im Lande des Exporteurs beauftragen kann, was aber in der Regel nicht leicht sein wird, gibt es mehrere Wege, um diesem Bedürfnis des Exporteurs, die Zahlungsverpflichtung einer Bank seines Landes zu erlangen, abzuhelpen. Erstens kann der Importeur seine Bank beauftragen, bei einer Bank des Landes des Exporteurs, deren Vertrauen sie genießt, für seine Rechnung, aber in ihrem Namen ein Dokumenten-Akkreditiv zugunsten des Exporteurs zu eröffnen. Eine zweite Möglichkeit ist die, das Dokumenten-Akkreditiv durch die Bank des Importeurs eröffnen, jedoch von einer Korrespondenz-

bank seiner Hausbank im Lande des Exporteurs bestätigen zu lassen. Aber auch der Weg über eine Bestätigung des Dokumenten-Akkreditivs durch die Hausbank des Importeurs als Sicherung für die Eröffnung des Dokumenten-Akkreditivs durch eine Bank des Landes des Exporteurs ist gegeben.

Die Bestätigung eines Dokumenten-Akkreditivs ist nur für ein unwiderrufliches Dokumenten-Akkreditiv möglich. Dies geht aus Art. 5, Absatz 2 „ER“ hervor, wo es heißt: „Wenn die eröffnende Bank eine andere Bank zur Bestätigung ihres unwiderruflichen Akkreditivs anweist und diese dem Verlangen entspricht, so ist mit der Bestätigung eine endgültige Verpflichtung der bestätigenden Bank von dem Augenblick an verbunden, in dem sie ihre Bestätigung erteilt.“

Da es sich bei dieser endgültigen Verpflichtung der bestätigenden Bank um eine Verpflichtung dieser Bank gegenüber dem Begünstigten handelt, steht es diesem also frei, entweder diese, wenn sie sich in seinem Lande befindet, oder die Akkreditiv-Bank selbst, auch wenn diese nicht in seinem Lande ansässig ist, auf Zahlung gegen die bestimmten und vereinbarten Dokumente in Anspruch zu nehmen. Die Bestätigung ist also für den Begünstigten nichts anderes als eine zusätzliche Sicherung seines Zahlungsanspruchs neben dem, der ihm aus der Eröffnung des Dokumenten-Akkreditivs gegen die Akkreditiv-Bank zusteht. Über die Rechtsnatur dieser zusätzlichen Verpflichtung wird an entsprechender Stelle in dieser Arbeit noch berichtet werden.

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß es zwei Grundformen des Dokumenten-Akkreditivs gibt, das widerrufliche und das unwiderrufliche Dokumenten-Akkreditiv. Das unwiderrufliche Dokumenten-Akkreditiv kann wiederum in zwei Formen auftreten, dem unwiderruflichen unbestätigten Dokumenten-Akkreditiv und dem unwiderruflichen bestätigten Dokumenten-Akkreditiv. Gerade die Möglichkeiten dieser beiden Formen des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs müssen hier besonders hervorgehoben werden, da diese Unterscheidung oft verkannt wurde und zu dem Irrtum führte, ein unwiderrufliches Dokumenten-Akkreditiv sei notwendigerweise auch gleichzeitig ein bestätigtes Dokumenten-Akkreditiv, vgl. Koch, a. a. O., S. 146 und Dr. W. Schubert, a. a. O.

2. a) Eröffnung

In der Akkreditiv-Klausel des zwischen Exporteur und Importeur geschlossenen Vertrages verspricht der Importeur, ein Dokumenten-Akkreditiv zugunsten des Exporteurs eröffnen zu lassen. Nicht der Importeur selbst kann also ein Dokumenten-Akkreditiv eröffnen, sondern er kann nur bei einer Bank die Eröffnung eines solchen in Auftrag geben. Ganz allgemein ausgedrückt ist die Eröffnung eines Dokumenten-Akkreditivs durch eine Bank ein Vorgang, auf

Grund dessen der Exporteur einen Zahlungsanspruch unter bestimmten Bedingungen gegen die das Dokumenten-Akkreditiv eröffnende Bank erwirbt. Die für das Rechtsverhältnis zwischen der Bank und dem begünstigten Exporteur entscheidende Frage nach der Rechtsnatur desselben und den daraus folgenden Konsequenzen hinsichtlich des Wirksamwerdens der Zahlungsverpflichtung muß den Untersuchungen eines späteren Abschnitts vorbehalten bleiben.

b) Realisierung

Unter der Realisierung eines Dokumenten-Akkreditivs versteht man die Vorlage der bestimmten, vereinbarten Dokumente und die Zahlungsforderung des begünstigten Exporteurs, die dieser innerhalb der Laufzeit des Dokumenten-Akkreditivs bei der Bank geltend macht, und außerdem die Prüfung der vorgelegten Dokumente auf ihre Übereinstimmung mit den bei Eröffnung des Dokumenten-Akkreditivs getroffenen Vereinbarungen (Akkreditiv-Bedingungen) sowie die Auszahlung des Akkreditiv-Betrages durch die Bank an den Exporteur.

c) Abwicklung

Handelte es sich bei der Eröffnung und der Realisierung eines Dokumenten-Akkreditivs um rechtliche und tatsächliche Vorgänge zwischen der eröffnenden Bank und dem durch das Dokumenten-Akkreditiv begünstigten Exporteur, so betrifft die Abwicklung eines Dokumenten-Akkreditivs lediglich die Beziehungen zwischen der Akkreditiv-Bank und dem Importeur, in dessen Auftrag die Bank das Dokumenten-Akkreditiv eröffnet und realisiert hat. Sie umfaßt die Abrechnungs- und Herausgabeverpflichtung dieser beiden Vertragspartner.

3. Kapitel

DIE UNWIDERRUFLICHKEIT ALS KERNPUNKT DER VERPFLICHTUNG DER BANKEN IM RAHMEN DES UNWIDERRUFLICHEN DOKUMENTEN-AKKREDITIVS

1. Die Unabhängigkeit des Dokumenten-Akkreditivs von dem zugrunde liegenden Handelsgeschäft

In den nachfolgenden Untersuchungen über das unwiderrufliche Dokumenten-Akkreditiv soll in der Hauptsache von dem unwiderruflichen und bestätigten Dokumenten-Akkreditiv die Rede sein. Wo es jedoch zur Erläuterung dieser Institution der Einbeziehung des vierten Beteiligten, der bestätigenden Bank, nicht bedarf, wird diese unberücksichtigt bleiben, ohne daß damit die Form des untersuchten Dokumenten-Akkreditivs verändert werden soll.

Nach Artikel 4 der „Einheitlichen Richtlinien und Gebräuche für Dokumenten-Akkreditive“ der Internationalen Handelskammer in ihrer Fassung von 1951 begründet ein widerrufliches Akkreditiv keine bindende rechtliche Verpflichtung der Bank gegenüber den Begünstigten; Artikel 5 dieser Regelung besagt dagegen essentiell, daß das unwiderrufliche Akkreditiv eine eigene unwiderrufliche Verpflichtung der Bank gegenüber dem Begünstigten enthält.

Da die Unwiderruflichkeit des Dokumenten-Akkreditivs aber nichts anderes sein kann als die Folge einer vertraglichen Vereinbarung von Kreditauftraggeber und beauftragter Bank, andererseits auch die Unwiderruflichkeit des Akkreditivs erst eine bindende Verpflichtung der Bank gegenüber dem Begünstigten begründet, so kann, ja muß die Unwiderruflichkeit als Kernpunkt der Verpflichtung der Bank im Rahmen eines unwiderruflichen Akkreditivs angesehen werden, um die sich die weiteren Verpflichtungen der Bank gruppieren; man könnte sogar sagen, daß sich in gewissem Sinne die übrigen Verpflichtungen der Bank aus der Unwiderruflichkeit des Dokumenten-Akkreditivs ergeben.

Der Eröffnung eines unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs geht, wie bereits ausführlich dargelegt, ein Grundgeschäft zwischen dem Kreditbegünstigten (Exporteur) und dem Kreditauftraggeber (Importeur) voraus. Gibt der Kreditauftraggeber auf Verlangen des Kreditbegünstigten ein unwiderrufliches Dokumenten-Akkreditiv bei seiner Bank in Auftrag, so teilt er dieser die

genauen Bedingungen mit, unter welchen die Bank das Akkreditiv eröffnen und eine Zahlung vornehmen soll, d. h. er spezifiziert Anzahl, Art und Inhalt der Dokumente, gegen deren Übergabe durch den Begünstigten an die Bank die Zahlung einer bestimmten Summe zu erfolgen hat. Diese einzelnen Bedingungen können nach Eröffnung des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs, wie in Artikel 5, Abs. 4, der Einheitlichen Richtlinien ausdrücklich bestimmt ist, ohne Zustimmung aller Beteiligten weder annulliert noch abgeändert werden, was angesichts der Unwiderruflichkeit des Dokumenten-Akkreditivs keiner näheren Ausführung bedarf.

Wird demnach das unwiderrufliche Dokumenten-Akkreditiv im Rahmen eines Vertrages, sei es Kauf-, Werk- oder Werklieferungsvertrag, zwischen Kreditauftraggeber und -begünstigtem eröffnet, welcher letzterer durch die verschiedensten Umstände und auf mannigfaltige Art und Weise Änderungen unterliegen kann, die gegebenenfalls auch durch einseitige Erklärung eines Vertragspartners desselben erfolgen können, so bedingt die weitgehende Verpflichtung der Unwiderruflichkeit des Dokumenten-Akkreditivs eine vollkommene und klare rechtliche Trennung des Grundvertrages von dem Vertrag über die Eröffnung eines unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs; kurz: die Unwiderruflichkeit des Dokumenten-Akkreditivs ist begrifflich nicht denkbar ohne die vollkommene Unabhängigkeit desselben von dem zugrunde liegenden Handelsgeschäft.

Die Rechtsprechung der einzelnen Länder ging schon früh in ihren Entscheidungen von der Unabhängigkeit des Dokumenten-Akkreditivs aus, wobei allerdings die rechtlichen Konstruktionen wechselten. Man ist jedoch allgemein der Ansicht, daß die Unabhängigkeit erst auf dem Wiener Kongreß der Internationalen Handelskammer (29. Mai bis 3. Juni 1933) klar herausgearbeitet und als Gewohnheitsrecht in Artikel 1 der Einheitlichen Richtlinien aufgenommen wurde. Dieser lautet in der offiziellen Übersetzung: „Dokumenten-Akkreditive sind unabhängig von den ihnen zugrunde liegenden Verträgen, mit denen die Banken nichts zu tun haben.“

In Entscheidungen oder in der Feststellung der Unabhängigkeit des Dokumenten-Akkreditivs in Artikel 1 der Einheitlichen Richtlinien allerdings den Ursprung der Unabhängigkeit sehen zu wollen, wie dies BEYER¹⁾ feststellen zu können glaubt, ist sicher verfehlt. Aus obigen Ausführungen ergibt sich vielmehr, daß es einer solchen Feststellung in den „ER“ (Einheitliche Richtlinien) überhaupt nicht bedurft hätte. Ihre Aufnahme in die „ER“ ist auch nur damit zu erklären, daß die daran beteiligten Bankkreise eine endgültige und unzweideutige Klärung dieser in Handels- und Industriekreisen gern bestrittenen Frage, die an sich – wie gesagt – keine Frage ist, ein für alle Mal herbeiführen wollten.

¹⁾ Beyer, a. a. O., S. 33 ff.

Die praktische Bedeutung der Unabhängigkeit des Dokumenten-Akkreditivs von dem zugrunde liegenden Handelsgeschäft ist viel größer als sich vielleicht aus obigen Erörterungen ersehen läßt. Sie soll daher an Hand eines Beispiels, einer Entscheidung des Handelsgerichts für das Department Seine vom 18. Januar 1948²⁾, deutlich gemacht werden. Der Sachverhalt des entschiedenen Falles ist denkbar einfach:

Im Jahre 1947 hatte ein schwedischer Importeur mit einem französischen Exporteur einen Kaufvertrag über eine bestimmte Anzahl qualitätsmäßig genau spezifizierter Uhren abgeschlossen. Zur Zahlung des Kaufpreises hatte eine schwedische Bank auf Rechnung des Käufers zugunsten des Verkäufers ein Dokumenten-Akkreditiv bei einer französischen Bank eröffnet und selbst den Kredit bestätigt. Die Auszahlung des Kredits sollte gegen Übergabe der Rechnungen sowie eines Postaufgabebescheines erfolgen, aus dem hervorgehen sollte, daß die Ware an die Adresse der schwedischen Bank abgesandt worden war. Diese Dokumente waren auch vorgelegt worden. Die Ware war auch an den Käufer gelangt, und es hatte sich herausgestellt, daß sie in keiner Weise den bestellten Qualitäten entsprach. Nachdem der Käufer ein Gutachten darüber von schwedischen Sachverständigen hatte anfertigen lassen, forderte er von der französischen Bank die Verweigerung der Zahlung an den Verkäufer trotz Vorlage der vereinbarten Dokumente.

Die französische Bank kam dieser Forderung nach, und der Verkäufer klagte nunmehr gegen diese Bank auf Erfüllung ihres zu seinen Gunsten eröffneten Dokumenten-Akkreditivs, d. h. auf Auszahlung der bestimmten Summe.

Der schwedische Käufer seinerseits hatte inzwischen bei dem zuständigen französischen Untersuchungsrichter Strafanzeige wegen Betrugs gestellt.

In den Zivilprozeß des Verkäufers gegen die Bank war der schwedische Importeur auf Veranlassung der beklagten Bank einbezogen worden. Hier beantragte er, die Verhandlung bis zur Entscheidung des Strafgerichts auszusetzen. Der Fall zeigt deutlich, welche Bedeutung in ihm dem Prinzip der Unabhängigkeit des Dokumenten-Akkreditivs zukommt: Die Bedingungen der Akkreditiv-Eröffnung waren vollständig erfüllt, d. h. die Rechnungen vorgelegt, ebenso der Postabschnitt über den erfolgten Versand der Ware. Nicht erfüllt dagegen waren die Bedingungen des Kaufvertrages zwischen Exporteur und Importeur.

Unter diesen Umständen erschien es der Bank fraglich, ob sie ihre Verpflichtung gegenüber dem Verkäufer erfüllen und die Akkreditiv-Summe, d. h. den Kaufpreis, auszahlen oder ob sie die Vertragsbedingungen des Grundgeschäftes berücksichtigen und die Zahlung verweigern sollte. Kein Zweifel

²⁾ Revue pratique de législation et de juridiction du Tribunal de Commerce de la Seine, Nr. 9 vom 26. 2. 1949.

konnte darüber bestehen, daß die Bank bei strikter Einhaltung des Prinzips der Unabhängigkeit ihrer Verpflichtung zur Zahlung an den Exporteur verpflichtet gewesen wäre.

Auf Antrag des Schweden hatten die Handelsrichter also zu entscheiden, ob Artikel 3 des Code d'Instruction Criminelle hier zur Anwendung kommen könne. Diese Vorschrift besagt, daß ein Zivilverfahren, welches in gleicher Sache neben einem Strafverfahren läuft, bis zur rechtskräftigen Entscheidung über die Strafsache auszusetzen ist. Diese französische Regel („Le criminel tient le civil en état“) mußte zweifelsohne bezüglich eines Rechtsstreits zwischen Exporteur und Importeur über den Kaufvertrag zur Anwendung kommen; ob sie in ausdehnender Auslegung auf die Krediteröffnung, die ja auf Grund und im Rahmen des Kaufvertrages erfolgt war, anzuwenden war, galt es zu entscheiden. Das Handelsgericht hat dies verneint und den Antrag des schwedischen Importeurs zurückgewiesen. Es führte in seiner Begründung aus, daß dem Antrag nur hätte stattgegeben werden können, wenn beide Verfahren die gleiche Sache betrafen. In vorliegendem Falle sei dem nicht so: die von der Bank eingegangene Verpflichtung gegenüber dem Exporteur stünde in keiner Beziehung zu den Verpflichtungen der Parteien aus dem Kaufvertrag, und die Realisierung der Bankverpflichtung gegenüber dem Exporteur sei ausschließlich den bei Eröffnung des Akkreditivs vereinbarten Bedingungen unterworfen.

Das Gericht hat in vorliegendem Falle also streng das Prinzip der Unabhängigkeit des Dokumenten-Akkreditivs von dem Grundgeschäft durchgeführt. Das Urteil vermag in seiner praktischen Auswirkung hier sicher nicht zu befriedigen, eine Tatsache, welcher das Berufungsgericht in einer mehr praktischen Entscheidung Rechnung trug, es ist nichts destoweniger unanfechtbar in seinen grundlegenden Feststellungen hinsichtlich des Verhältnisses der Bankverpflichtungen im Rahmen des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs zu den Pflichten aus dem zugrunde liegenden Kaufvertrag zwischen Exporteur und Importeur.

Auch die deutsche Rechtsprechung steht unzweideutig zu diesem Prinzip, wie dies aus einer neueren Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom 18. September 1958 (abgedruckt in JZ 1959, S. 361 mit Anmerkungen von Prof. v. Caemmerer) hervorgeht. Dieser Entscheidung lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Eine deutsche Firma kaufte bei einer türkischen Firma frische Hühnereier. Die Zahlung sollte gegen Bankgarantie bei der Bank der türkischen Firma gegen Aushändigung der handelsüblichen Dokumente erfolgen. Die Bank der Käuferin teilte am 3. September 1951 der Bank der Verkäuferin schriftlich mit, sie habe von der Käuferin den unwiderruflichen Auftrag angenommen, die Devisenzahlung als Agent der Bank deutscher Länder im Rahmen der Einfuhrbe-

willigung zu veranlassen. Später verweigerte die Bank der Käuferin auf Weisung derselben die Zahlung, weil die gelieferten Eier angeblich mangelhaft waren, und obwohl die erforderlichen Dokumente angedient worden waren.

Die Käuferin hat ihre Ansprüche auf Wandlung oder Minderung an die von ihr mit der Zahlung beauftragte Bank abgetreten. Die Bank macht diese Wandlungs- bzw. Minderungsansprüche gegen die klagende Verkäuferin im Rahmen ihrer Zahlungsverpflichtung aus dem unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditiv einredeweise geltend.

In den Gründen der Entscheidung führt der BGH dann aus:

„An sich steht die abstrakte Natur einer Forderung keineswegs der Zulassung von Einwendungen entgegen, die dem Schuldner unmittelbar gegen den Inhaber der Forderung zustehen. In §§ 784/I, 796 BGB und § 364 HGB ist dies ausdrücklich ausgesprochen. Auch im vorliegenden Fall erhebt die Beklagte (die Bank der Käuferin!), indem sie auf Grund ihr abgetretener Wandlungs-, Minderungs- oder Schadenersatzansprüche die Zahlung der Klageforderung verweigert, Einwendungen, die ihr – zufolge der Abtretung – unmittelbar gegen die Klägerin zustehen. Gleichwohl kann der oben erwähnte allgemeine Grundsatz hier nicht angewandt werden. Das würde sich nicht mit dem Sinn und Zweck des Vertrages vereinbaren lassen, der zwischen den Parteien durch die Akkreditivbestätigung und deren Annahme seitens des Begünstigten zustandegekommen ist. Die Akkreditivbank übernimmt mit der Akkreditivbestätigung eine Mittlerrolle zwischen Käufer und Verkäufer und muß deshalb unparteiisch zwischen beiden stehen. Damit würde es sich nicht vertragen, wenn sie einseitig die Interessen des Käufers, und sei es auch auf Grund einer von diesem abgetretenen Forderung, gegen den Verkäufer wahrnehmen wollte. Würde dies zugelassen, so wäre die Sicherheit, die die Beteiligten gerade im internationalen Zahlungsverkehr dem Verkäufer durch das Akkreditiv gewähren wollen, in hohem Maße gefährdet. Daraus ergibt sich, daß die Beklagte mit ihrem aus dem Rechtsverhältnis der Käuferin zur Klägerin (Verkäuferin!) – dem ‚Valutaverhältnis‘ – abgeleiteten Einwendungen trotz der Abtretung hier nicht gehört werden kann.“

Die Unabhängigkeit des Dokumenten-Akkreditivs ist die Garantie für den Verkäufer gegen jegliche Zahlungsverweigerung oder Zahlungsverzögerung des Käufers, so wie die bei Eröffnung des Akkreditivs stipulierten Bedingungen der Auszahlung für den Käufer eine Sicherung hinsichtlich der vertragsgemäßen Ausführung des Grundgeschäftes durch den Verkäufer darstellt.

Ohne die Trennung des Dokumenten-Akkreditivs von dem Grundgeschäft wäre die Unwiderruflichkeit der Bankverpflichtung gegenüber dem Begünstigten gar nicht möglich.

Die englischen Banken sind nicht den „ER“ der Internationalen Handelskammer beigetreten. Dennoch sind auch die englischen Banken stets von dem Grundsatz der Unabhängigkeit des Dokumenten-Akkreditivs genauso ausgegangen wie die Banken auf dem Kontinent. In der englischen Rechtsprechung dagegen war bislang noch keine grundlegende Entscheidung in dieser Hinsicht ergangen. Umso größere Bedeutung kommt deshalb einer Entscheidung des Court of Appeal, London, vom 10. Dezember 1957 zu, worin nun auch für den Rechtskreis des common law dieses Grundprinzip bestätigt wird:

Eine jordanische Firma hatte von einer britischen Firma Stahlbarren gekauft. Es war Sukzessivlieferung vereinbart. Die Käuferin mußte für jede Lieferung ein unwiderrufliches Akkreditiv bei ihrer Bank in Jordanien eröffnen. Nach Erhalt der ersten Lieferung erhob die Käuferin Mängelrüge und versuchte, auf dem Wege einer einstweiligen Verfügung das zweite Akkreditiv zu blockieren („freeze“). Sie hatte keinen Erfolg, weder in der ersten Instanz noch beim Court of Appeal.

Der Court of Appeal ließ dahingestellt, ob die Käuferin zu Recht die Mängel der ersten Lieferung gerügt hatte. Die Bestätigung eines Dokumenten-Akkreditivs (offensichtlich ist die Eröffnung eines unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs gemeint) sei ein Rechtsgeschäft zwischen der „bestätigenden“ Bank und dem kreditbegünstigten Verkäufer, das eine abstrakte Zahlungsverpflichtung der Bank begründe, die durch Rechtsstreitigkeiten aus dem Warengeschäft zwischen Käufer und Verkäufer nicht berührt werde.

Lord Justice JENKINS sagte dazu in den Gründen:

„Wer Waren gegen ein bestätigtes (gemeint ist ein unwiderrufliches) Dokumenten-Akkreditiv verkauft, hat die Zusicherung, daß er durch nichts daran gehindert werden kann, den Kaufpreis zu erhalten. Es muß ferner beachtet werden, daß es sich häufig um Weiterverkäufe handelt von solchen Waren, die der Verkäufer von dritter Seite gekauft hat. Ist ihm in einem solchen Falle Zahlung über ein bestätigtes (s. o.) Dokumenten-Akkreditiv geschuldet, so pflegt er gewöhnlich seinen Verpflichtungen gegenüber dem Erstverkäufer mit Hilfe dieses Akkreditivs nachzukommen. Dieses Finanzierungssystem würde völlig erschüttert, wenn man aus Anlaß eines Streites zwischen Käufer und Verkäufer die Kreditsumme sozusagen ‚einfrieren‘ lassen könnte.“ (Urteil in Sachen Hamzeh Malass & Sons gegen British Imex Industries Ltd., abgedruckt in The Weekly Law Reports [W. L. R.] 1958, S. 100 ff., sowie AWD des Betriebs-Beraters 1958, S. 59).

2. Rechtliche Begründung der Institution des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs und der darin enthaltenen Bankverpflichtungen gegenüber dem Akkreditiv-Begünstigten

Wie schon eingangs dieser Arbeit erwähnt, hat die behandelte Materie insofern ihre Besonderheit, als die Regelungen über Dokumenten-Akkreditive

von der Praxis und von der Rechtsprechung entwickelt wurden, ohne daß ihnen eine gesetzliche allgemeine Regelung oder eine rechtswissenschaftliche Theorie zugrunde lag. Auch die internationale Vereinheitlichung der Regelungen durch den Wiener Kongreß der Internationalen Handelskammer im Jahre 1933 hat ausschließlich den praktischen Bedürfnissen der interessierten Bank-, Handels- und Industriekreise Ausdruck verliehen. Es konnte auch nicht Aufgabe dieses Gremiums sein, rechtstheoretisch tätig zu werden, selbst wenn diesem so hervorragende Persönlichkeiten wie der spätere belgische Ministerpräsident Van Zeeland als Vorsitzender und von deutscher Seite Herr Oswald Rösler von der DEUTSCHEN BANK angehörten.

Seit Bestehen dieser Institution versuchten Lehre und Rechtsprechung, den Gesamtmechanismus des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs unter einen der zivilrechtlich geregelten Vertragstypen zu subsumieren. Verschiedene Theorien wurden aufgestellt, einige schienen durch bestechende Einfachheit oder juristische Eleganz die Lösung des Problems zu bringen, jedoch erwiesen sich die meisten wegen ihrer Unvereinbarkeit mit dem Kernpunkt der Verpflichtung aus einem Dokumenten-Akkreditiv, nämlich der Unwiderruflichkeit der Bankverpflichtung, als unbefriedigend. Die in der Folge behandelten, wichtigsten Meinungen, in der Hauptsache aus der deutschen und französischen Lehre und Rechtsprechung, sollen nur in großen Zügen dargestellt werden, um diese Arbeit nicht allzu sehr mit bereits historischen Reminiszenzen zu belasten¹⁾.

a) Theorie des Doppelmandats

Wie der Name besagt, geht diese Theorie von dem Rechtsinstitut des Auftrags aus. An erster Stelle steht der Auftrag des Importeurs an seine Hausbank, auf seine Rechnung ein Akkreditiv unter von ihm genau spezifizierten Bedingungen zugunsten des Exporteurs zu eröffnen. An zweiter Stelle kommt hierzu ein Auftrag der Hausbank des Importeurs an ihre Korrespondenzbank im Lande des Exporteurs, den von ihr bestätigten Kredit unter den vom Importeur genannten Bedingungen zugunsten des Exporteurs zu eröffnen.

Die Theorie scheint also den gesamten Mechanismus des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs zu umfassen und zu erklären, stehen doch alle Handelnden dieser Operation durch Weisungen miteinander in Verbindung: Die erste Bank erhält ihre Weisung vom Importeur, die zweite Bank ist beauftragt von der ersten Bank. Diese Erklärung erscheint umso bestechender, als sie denkbar einfach ist und einen weiten Spielraum für die vielen möglichen Spezialbedingungen des Importeurs läßt. Die Lösung scheint aber auch für die Bank günstig zu sein. Sie ist einfach Beauftragte und hat nach Zivilrecht die Pflicht, die Weisungen ihres Auftraggebers zu befolgen und ihm Rechnung zu legen, wofür sie nach den Bestimmungen über die Geschäftsbesorgung ihr Entgelt

¹⁾ Vgl. zum Folgenden: Beyer u. Stoufflet, a. a. O.

in Form der Gebühren erhält. Der Exporteur seinerseits hat nur die Verpflichtung, seinen Vertrag mit dem Importeur abredegemäß zu erfüllen, um das Akkreditiv zu seinen Gunsten realisieren zu können.

Bedauerlicherweise führen jedoch die Bestimmungen des Auftragsrechts unweigerlich zu der Feststellung, daß sie die Unwiderruflichkeit der Bankverpflichtung nicht stützen können.

Im Rahmen eines Auftrags verpflichtet sich der Beauftragte nur dazu, den Auftrag auszuführen. Diese Verpflichtung hat er aber nicht einem Dritten gegenüber, sondern ganz allein gegenüber seinem Auftraggeber.

Die eigene Verpflichtung der Bank gegenüber dem Kreditbegünstigten eines unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs ist demnach mit dem Auftragsrecht nicht erklärt, auch gibt es im Rahmen eines unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs, d. h. im Rahmen der darin enthaltenen Verpflichtungserklärung der Bank, keine unmittelbare Verpflichtung der Bank gegenüber ihrem Auftraggeber (s. u.). Dies ist aber nicht einmal der schwerwiegendste Grund zur Ablehnung der Auftragstheorie für das unwiderrufliche Dokumenten-Akkreditiv, viel wichtiger ist, das ein Auftrag nach den Bestimmungen des BGB zu jeder Zeit und auf jede Weise durch den Auftraggeber abänderbar und widerruflich ist. Auf der Unwiderruflichkeit der Akkreditiv-Eröffnung beruht aber gerade die *raison d'être* der untersuchten Institution, weil der Begünstigte damit ein unwiderrufliches Recht auf Auszahlung der Akkreditiv-Summe bei Erfüllung der vereinbarten Bedingungen erwerben soll, eine Rechtstatsache, welche eine Erklärung des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs durch die Auftragstheorie ausschließt.

b) Bürgschaftstheorie

Auf den ersten Blick scheint es, als ob der Verkäufer durch das zu seinen Gunsten eröffnete unwiderrufliche Dokumenten-Akkreditiv eine Bürgschaft erlange, und zwar in der Form einer zusätzlichen Verpflichtung der Bank zur Zahlung des Kaufpreises neben seinem eigentlichen Kaufpreisanspruch gegen den Importeur. Die Form des Bürgschaftsvertrages zwischen Bank und Exporteur, der die Bank gegenüber dem Exporteur genauso verpflichtet wie der Kaufvertrag den Importeur, stimmt auch mit den wirtschaftlichen Gegebenheiten und dem Zweck des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs scheinbar überein.

Doch muß die Erklärung des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs durch einen Bürgschaftsvertrag an der Unvereinbarkeit desselben mit der Unwiderruflichkeit der Verpflichtung der Bank im Rahmen eines unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs scheitern.

Als Bürge des Importeurs könnte sich die Bank nämlich jederzeit die eventuellen Einwendungen des Importeurs gegen den Kaufpreisanspruch des Expor-

teurs, oder auch nur die gegen die Höhe desselben zu eigen machen, wodurch der Akkreditiv-Begünstigte der persönlichen und unwiderruflichen Eigenverpflichtung der Bank unter den vereinbarten Bedingungen und in der vorher bestimmten Höhe der Akkreditiv-Summe verlustig ginge. Es ist aber gerade der Sinn des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs, der Akkreditiv-Bank die Möglichkeit zu nehmen, ihre einmal eingegangene, unwiderrufliche und in der Höhe des Betrages bestimmte Zahlungsverpflichtung durch Einwendungen, die außerhalb ihres Verhältnisses zu dem Begünstigten liegen, abzuändern oder gar zu annullieren.

Die Akzessorietät der Bürgschaftsverpflichtung steht damit in direktem Gegensatz zu der unabhängigen und unwiderruflichen Verpflichtung der Bank gegenüber dem Akkreditiv-Begünstigten, so daß auch diese Theorie abzulehnen ist.

c) Forderungsabtretungstheorie

Bei dieser etwas schwerfälligen Konstruktion erscheint die Bank als *Schuldnerin*, und zwar als Schuldnerin des Importeurs in Höhe des ihm (für das mit dem Exporteur getätigte Importgeschäft) eingeräumten Kredits. Der Importeur zediert dann diese Forderung gegen die Bank an den Exporteur, der damit zum Zessionar würde.

Das Verdienst dieser Theorie liegt darin, daß sie die Rechtsbeziehungen zwischen Exporteur und Importeur im Hinblick auf die Forderung gegen die Bank erkennbar macht, und außerdem das unmittelbare und vom Grundgeschäft unabhängige Recht des Exporteurs gegenüber der eröffnenden Bank erklären kann. Ist die Zession einmal rechtsgültig erfolgt, so hat der Zessionar ein unmittelbares Recht gegen die Schuldner. Damit wäre auch die Unwiderruflichkeit des Dokumenten-Akkreditivs mit der Zession grobenteils unproblematisch, denn nunmehr hätte der Zedent kein Recht und keinen Einfluß mehr in Bezug auf die zedierte Forderung.

Dem unbestreitbaren Vorteil dieser Theorie stehen aber praktisch unüberwindliche Nachteile gegenüber, die in der grundlegenden Verschiedenheit von Forderungsabtretung und unwiderruflichem Dokumenten-Akkreditiv selbst liegen. Mit Eröffnung eines unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs zugunsten des Exporteurs verpflichtet sich die Bank, unmittelbar nicht gegenüber dem Importeur, der diese Forderung dann gegebenenfalls dem Exporteur abtreten könnte, es ist doch vielmehr so, daß der Exporteur mit Eröffnung des Dokumenten-Akkreditivs durch die Bank ein unmittelbares Forderungsrecht gegen die Bank erwirbt. Erwürbe nämlich der Importeur als erster ein abtretbares Recht gegen die Bank, über welches er dann frei und ohne Berücksichtigung des Exporteurs verfügen könnte, wenn er böswillig ist, so tauchen hier wieder unvermeidlich die gleichen unüberwindlichen Schwierigkeiten wie bei der Auf-

trags- und Bürgschaftstheorie auf, weil nämlich dann auch hier die Unwiderruflichkeit der Verpflichtung der Bank gegenüber dem Exporteur unberücksichtigt bliebe. Hinzu kommt, daß bei einer echten Forderungsabtretung der Zedent dem Zessionar nur die Existenz der Forderung garantiert, nicht aber die Zahlungsfähigkeit des Schuldners. Die Garantie der Zahlungsfähigkeit der Bank ist aber gerade das, was dem Exporteur vom Importeur auf Grund der Zahlungsvereinbarung in ihrem Kaufvertrag durch Eröffnung eines unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs zu seinen Gunsten geboten wird. Des weiteren hat der Schuldner einer Forderung bei deren Abtretung eine rein passive Rolle, die sich darauf beschränkt, die Zession und damit den neuen Gläubiger zur Kenntnis zu nehmen, während die Bank bei Eröffnung des Dokumenten-Akkreditivs eine eigene Verpflichtung gegenüber dem Begünstigten eingeht.

d) Vertrag zugunsten eines Dritten

Die Erklärung des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs durch Vertrag zugunsten eines Dritten hätte sicher mit an erster Stelle dieser Zusammenstellung der verschiedenen Theorien stehen müssen, wäre diese nach Gesichtspunkten der Bedeutung der einzelnen Theorien erfolgt. Der Vertrag zugunsten eines Dritten ist ein Rechtsgebilde mit drei Beteiligten, wie auch das unwiderrufliche Dokumenten-Akkreditiv, und es ist selbstverständlich, daß man schon bald versuchte, eine Erklärung des einen aus dem anderen, für den klare gesetzliche Bestimmungen vorlagen, zu finden.

Beim unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditiv als Vertrag zugunsten eines Dritten wäre der Importeur Versprechensempfänger, die Bank Versprechende und der Exporteur als Begünstigter der notwendige Dritte. Tatsächlich erscheint also der Vertrag zugunsten eines Dritten umfassendste Erklärung des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs zu bieten: Der Importeur gibt seiner Bank die notwendigen Weisungen zur Eröffnung eines Kredits und tut damit den ersten Schritt auf dem Wege zu einem Vertrag zugunsten eines Dritten. Der zweite Schritt auf diesem Wege ist das Verlangen des Importeurs an die Bank, sich in Höhe des Akkreditivs persönlich dem Dritten zu verpflichten. Die Bank schließt mit Annahme dieser Forderung den Vertrag und wäre von nun an unmittelbar gegenüber dem Exporteur als Dritten verpflichtet, ohne daß der Dritte bisher durch irgendeine Willenskundgebung in Erscheinung getreten wäre.

Da es sich bei Eröffnung eines unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs fast um den gleichen Vorgang handelt, könnte demnach eine Identität zwischen dem Vorgang des Vertragsschlusses und dem Vertrag zugunsten Dritter bestehen, so daß das unwiderrufliche Dokumenten-Akkreditiv nichts anderes wäre als eine Form des Vertrages zugunsten Dritter.

Aber, wie gesagt, auch die fast vollkommene Gleichheit von Zweck und Form des Abschlusses beider Vertragstypen kann sie nicht in der Weise identifizieren, daß das unwiderrufliche Dokumenten-Akkreditiv als Sonderform eines Vertrages zugunsten eines Dritten in Erscheinung tritt. Und wie schon bei anderen Theorien ist es die unwiderrufliche Verpflichtung der Bank, welche auch hier die Lösung des Problems unmöglich macht.

Ist nach deutschem Recht die Unwiderruflichkeit der Bankverpflichtung gegenüber dem Begünstigten im Rahmen des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs scheinbar gewährleistet (§ 328/II BGB: „In Ermangelung einer besonderen Bestimmung ist aus den Umständen, insbesondere aus dem Zweck des Vertrags, zu entnehmen, . . . ob den Vertragschließenden die Befugnis vorbehalten sein soll, das Recht des Dritten ohne dessen Zustimmung aufzuheben oder zu ändern.“), so wird diese jedoch wiederum durch eine andere Bestimmung (§ 334 BGB: „Einwendungen aus dem Verträge stehen dem Versprechenden auch gegenüber dem Dritten zu.“) relativiert, wenn die Rechtsunwirksamkeit des zwischen Importeur und Bank geschlossenen Vertrags oder dessen Anfechtung durch eine der vertragschließenden Parteien die an sich unwiderrufliche Verpflichtung der Bank vernichten kann. Wie leicht diese Vernichtung beispielsweise im Falle des Konkurses des Versprechensempfängers oder bei Böswilligkeit desselben ist, bedarf keiner neuen Erläuterung. Damit verlöre aber das unwiderrufliche Dokumenten-Akkreditiv seine wesentliche raison d'être, wie dies schon bei Erörterung vorangehender Theorien im einzelnen dargelegt wurde.

Gilt Obengesagtes allgemein auch im französischen Recht, so kommt dort noch Art. 1121 Code Civil große Bedeutung für das unwiderrufliche Dokumenten-Akkreditiv als Form eines Vertrages zugunsten eines Dritten zu. In Art. 1121 Code Civil heißt es im letzten Satz: „Celui qui fait cette stipulation ne peut la révoquer, si le tiers a déclaré vouloir en profiter.“

Das heißt aber nichts anderes, als daß der Importeur als derjenige, welcher die Leistung an den Exporteur als Dritten von der Bank gefordert hat, diese Forderung auf Leistung an den Dritten bis zu dem Zeitpunkt widerrufen kann, in dem der Dritte das Leistungsversprechen der Bank dieser gegenüber oder auch gegenüber dem Versprechensempfänger angenommen hat. Die Unwiderruflichkeit der Bankverpflichtung entstünde demnach erst nach der Annahmeerklärung des Dritten, müßte also für die Zeit zwischen Eröffnung des Akkreditivs und Bestätigung desselben durch den Begünstigten verneint werden.

Hinzu kommt, daß der Importeur den Vertrag mit der Bank gar nicht zur Begünstigung des Exporteurs eröffnen läßt, sondern im eigenen Interesse, um nämlich durch Zahlung des Kaufpreises durch die Bank in den Besitz der Ware zu gelangen¹⁾.

¹⁾ Enneccerus-Lehmann, a. a. O., § 101/III, 4.

e) Die Anweisung

Eine lange Zeit herrschende Meinung war der Ansicht, das unwiderrufliche Dokumenten-Akkreditiv als Analogon der Anweisung definieren zu können, und es wird sich zeigen, daß auch diese Ansicht weitgehende Anerkennung zu finden verdiente.

Die Anweisung kennt, wie der Vertrag zugunsten eines Dritten, drei Beteiligte: den Anweisenden, den Angewiesenen und den Anweisungsempfänger. Bezogen auf den Fall des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs wäre der Importeur als Anweisender, die Bank als Angewiesene und der Exporteur als Anweisungsempfänger anzusehen.

Der Anweisung kann eine Verpflichtung des Anweisenden, also des Importeurs, gegenüber dem Anweisungsempfänger, d. h. dem Exporteur, zugrunde liegen, jedoch wird diese Verpflichtung von der Anweisung nicht berührt. Damit wäre die Unabhängigkeit des Dokumenten-Akkreditivs in Bezug auf das zugrunde liegende Handelsgeschäft zwischen Importeur und Exporteur gewahrt.

Die Verpflichtung zur Leistung an den Anweisungsempfänger obliegt dem Angewiesenen mit Annahme der Anweisung gegenüber dem Anweisenden. Unwiderruflich wird diese Leistungsverpflichtung in dem Augenblick, in dem der Angewiesene dem Anweisungsempfänger gegenüber ebenfalls die Anweisung angenommen hat.

Im Rahmen des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs, dies muß hier nochmals wiederholt werden, entsteht die unwiderrufliche Verpflichtung der Bank gegenüber dem Begünstigten, nachdem sich Importeur und Bank über die Eröffnung des Akkreditivs geeinigt haben und die Bank daraufhin durch Bestätigung der getroffenen Abmachung, sei es an den Begünstigten direkt oder über eine Bank das Dokumenten-Akkreditiv eröffnet (s. u.).

Die beiden letztgenannten Vorgänge bei Anweisung und unwiderruflichem Dokumenten-Akkreditiv scheinen sich also zu decken und die Gleichheit der beiden Rechtsinstitute zu beweisen.

Der kritische Punkt liegt nach deutschem Recht in § 784, 2. Halbsatz BGB. Danach kann der Angewiesene dem Anweisungsempfänger auch nach der Annahme Einwendungen entgegensetzen, welche er gegen den Anweisenden aus dem seiner Leistungspflicht gegenüber dem Empfänger zugrunde liegenden Vertrages hat. Diese Folge ist jedoch unvereinbar mit dem Willen und den Interessen der an einem unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditiv Beteiligten, denn, wie schon beim Vertrag zugunsten eines Dritten, wird damit die Unwiderruflichkeit der Bankverpflichtung wiederum zum Nachteil des Begünstigten relativiert. Selbst wenn man aber auch diese sehr wesentliche Bestimmung des BGB für die Anweisung im Hinblick auf den von der Rechtswissenschaft ent-

wickelten Begriff der „erweiterten Anweisung“ als für das Dokumenten-Akkreditiv nicht anwendbar betrachten wollte, wie dies z. B. auch für § 790 BGB in Anbetracht der Unwiderruflichkeit des Dokumenten-Akkreditivs gelten soll, so kommen gegen die Erklärung des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs als Sonderform der Anweisung doch noch rein grundsätzliche Bedenken hinzu. Diese liegen darin, daß das Forderungsrecht des Anweisungsempfängers und die Leistungspflicht des Angewiesenen im Rahmen der Anweisung jeweils einer Ermächtigung des Anweisenden entspringen. Diese entspricht aber in keiner Weise den Gegebenheiten des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs, wo das Forderungsrecht des Exporteurs gegen die Bank ebenso wie die Leistungspflicht der Bank diesem gegenüber allein aus der Eröffnung des Dokumenten-Akkreditivs durch die Bank hervorgehen.

Nach französischem Recht ist eine Anweisung (*délégation imparfaite*) wie auch der Vertrag zugunsten eines Dritten (*stipulation pour autrui*) von dem Augenblick an unwiderruflich, in dem der Anweisungsempfänger bzw. der begünstigte Dritte gegenüber dem Angewiesenen bzw. dem Versprechenden eine Annahmeerklärung abgegeben hat.

Selbst wenn man eine derartige Annahmeerklärung als stillschweigend und antizipiert für den Moment des Vertragsschlusses zwischen Importeur und Bank als gegeben unterstellt, wie dies einige Autoren nachzuweisen suchen, so bleibt dabei doch die Tatsache unübersehbar bestehen, daß die Unwiderruflichkeit der Verpflichtung der Bank erst durch Mitwirkung des Dritten zustande käme, was aber wiederum der Entstehung der unwiderruflichen Verpflichtung der Bank im Rahmen des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs widerspricht (s. u.).

3. Darstellung und Kritik der gegenwärtig herrschenden Meinung bezüglich der unwiderruflichen Bankverpflichtung im Rahmen des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs

Die vorliegende Zusammenstellung der verschiedenen Theorien über das unwiderrufliche Dokumenten-Akkreditiv kann sicher nicht den Anspruch erheben, vollständig zu sein. Sie soll auch im Rahmen dieser Arbeit keine lückenlose historische Darstellung der einzelnen Meinungen bringen, sondern nur den Weg der Untersuchungen aufzeigen und das heute überwiegend anerkannte Ergebnis verdeutlichen.

Ausgangspunkt der Untersuchung war die Feststellung, daß das unwiderrufliche Dokumenten-Akkreditiv ein vollkommen selbständiges Rechtsgebilde im Hinblick auf den ihm zugrunde liegenden Vertrag zwischen Exporteur und Importeur ist.

Die nachfolgenden Erörterungen über die Versuche, das unwiderrufliche Dokumenten-Akkreditiv unter einen der gesetzlich geregelten Vertragstypen des bürgerlichen Rechts zu subsumieren, scheiterten bis jetzt entweder daran, daß die Bestimmungen für die einzelnen Vertragstypen die eigene Verpflichtung der Bank gegenüber dem Begünstigten des Dokumenten-Akkreditivs überhaupt nicht berücksichtigten, oder daß sie unvereinbar waren mit der Unwiderruflichkeit der Bankverpflichtung.

Die beiden wichtigsten Meinungen, Vertrag zugunsten eines Dritten und Anweisung, haben ihre Unvereinbarkeit mit der Unwiderruflichkeit der Bankverpflichtung damit bewiesen, daß sie der Bank die Möglichkeit gaben, Einwendungen gegen den Begünstigten des Akkreditivs aus ihren Rechtsbeziehungen zu dem Akkreditiv-Auftraggeber herzuleiten. Da diese Rechtsbeziehungen hier in dem Vertrag über die Eröffnung eines Dokumenten-Akkreditivs zugunsten des Exporteurs bestehen, aufgrund dessen die Bank ihre unwiderrufliche Verpflichtung gegenüber dem Begünstigten eingeht, ergibt sich als notwendige Folge, daß die unwiderrufliche eigene Verpflichtung der Bank gegenüber dem Begünstigten um ihrer Unwiderruflichkeit willen streng von diesem Vertrag zwischen Bank und Importeur zu trennen ist. Daraus ergibt sich aber auch weiter, daß die Unterordnung eines so komplexen Rechtsgebildes wie des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs unter einen der im bürgerlichen Recht bekannten Vertragstypen nicht möglich ist.

Die strenge Trennung der Bankverpflichtung von dem Vertrag über die Eröffnung eines Dokumenten-Akkreditivs erfordert nunmehr eine Untersuchung der Rechtsbeziehungen der Bank zum Importeur einerseits und zwischen Bank und Exporteur andererseits.

Der Vertrag zwischen Bank und Importeur über die Eröffnung eines unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs zugunsten des Exporteurs ist nach heute in Lehre und Rechtssprechung, aber auch in der Praxis herrschender Meinung ein Werkvertrag (§ 631 ff. BGB), auf den auch die Bestimmungen des Auftrags über § 675 BGB zur Anwendung kommen, da es sich seitens der Bank um eine entgeltliche Geschäftsbesorgung handelt.

Nach § 631/IBGB wird der Unternehmer durch den Werkvertrag verpflichtet, ein versprochenes Werk herzustellen, der Besteller zur Entrichtung der vereinbarten Vergütung. Nach § 631/II BGB kann der Gegenstand eines Werkvertrages auch ein durch Arbeit oder Dienstleistung herbeizuführender Erfolg sein. In dem zwischen Bank und Importeur zu schließenden Vertrag über die Eröffnung eines Dokumenten-Akkreditivs verpflichtet sich die Bank, ein unwiderrufliches Dokumenten-Akkreditiv zugunsten des Exporteurs zu eröffnen.

Der von der Bank herbeizuführende Erfolg ist also die Eröffnung des Dokumenten-Akkreditivs zugunsten des Exporteurs, die zu diesem Erfolg führende Leistung ist eine Geschäftsbesorgung, und zwar eine entgeltliche Geschäftsbesorgung im Sinne des § 675 BGB, weil die Bank für diese Leistung Gebühren usw. von dem Importeur verlangt und auch erhält. Die Bindung der Bank gegenüber dem Importeur, die Eröffnung des Dokumenten-Akkreditivs zugunsten des Exporteurs nur unter den vom Importeur genannten Bedingungen in Höhe der ebenfalls von ihm genannten Akkreditiv-Summe vorzunehmen, sowie die weiteren Verpflichtungen der Bank gegenüber dem Importeur (Auskunftspflicht, Prüfungspflicht hinsichtlich der Dokumente, Herausgabepflicht, Abrechnungspflicht etc.), ergeben sich aus den Bestimmungen der §§ 665–670 BGB, die gemäß § 675 BGB auf das Dokumenten-Akkreditiv Anwendung finden, weil es sich um einen Werkvertrag handelt, der eine Geschäftsbesorgung zum Inhalt hat. Obige Unterordnung stimmt in der Tat mit den Interessen und dem Willen beider Vertragsparteien bei der Vereinbarung über die Eröffnung eines unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs zugunsten eines ausländischen Verkäufers überein, so daß es in diesem Zusammenhang keiner weiteren Untersuchungen über die Rechtsnatur bedarf.

Hinsichtlich des Rechtsverhältnisses zwischen der Bank und dem Exporteur, zu dessen Gunsten das Dokumenten-Akkreditiv eröffnet wurde, ist die herrschende Meinung der Ansicht, daß es sich dabei um ein abstraktes Schuldversprechen der Bank gegenüber dem Akkreditiv-Begünstigten handelt.

Nach § 780 BGB ist ein abstraktes Schuldversprechen ein Vertrag, durch den der Versprechende eine Leistung in der Weise verspricht, daß das Leistungsversprechen selbständig die Verpflichtung begründen soll. Bei Fehlen anderer Formvorschriften ist für die Form des Versprechens schriftliche Erteilung desselben vorgeschrieben.

Eröffnet eine Bank ein unwiderrufliches Dokumenten-Akkreditiv zugunsten eines Exporteurs, so teilt sie diesem mit, daß sie zu seinen Gunsten ein Akkreditiv in einer bestimmten Höhe gegen Übergabe bestimmter Dokumente eröffnet hat. Da eine eigene Leistungsverpflichtung gegenüber dem Begünstigten von seiten der Bank bisher nicht bestand, ist in dieser Mitteilung ein Leistungsversprechen zu sehen, mit dem allein die Leistungsverpflichtung der Bank ihm gegenüber begründet wird.

§ 780 BGB besagt ausdrücklich, daß es sich bei dem abstrakten Schuldversprechen um einen Vertrag handelt. Ein Vertrag kommt durch Antrag auf Abschluß desselben durch den einen und Annahme dieses Antrags durch den anderen Vertragsteil zustande.

Die genannte Mitteilung der Bank, durch welche die Bank bezüglich dieses bestimmten Dokumenten-Akkreditivs erstmalig mit dem dadurch begünstigten Exporteur Verbindung aufnimmt, wäre demnach als Vertragsantrag auszulegen, welcher nunmehr der Annahme durch den Begünstigten bedürfte, um wirksam zu werden.

Da es nach § 151 BGB keiner ausdrücklichen Annahmeerklärung dem Antragenden gegenüber bedarf, wenn diese Erklärung nach der Verkehrssitte nicht zu erwarten ist, so könnte man daraus in Anwendung auf die Eröffnung eines Dokumenten-Akkreditivs schließen, daß die Annahme durch den Begünstigten stillschweigend mit Erhalt der Mitteilung über die Eröffnung des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs vollzogen wird, da eine ausdrückliche zugangsbedürftige Annahmeerklärung des Begünstigten in der Bankpraxis tatsächlich nicht erwartet wird. Durch diese Konstruktion wird die Unabhängigkeit der Bankverpflichtung gegenüber dem Begünstigten berücksichtigt, sowohl ihre Unabhängigkeit vom Grundgeschäft zwischen Importeur und Exporteur, als auch die von dem Vertrag über die Krediteröffnung zwischen Bank und Importeur. Ebenso wenig ist die Unwiderruflichkeit der Bankverpflichtung problematisch, da sie Bestandteil des allein zwischen Bank und begünstigtem Exporteur geschlossenen Vertrages über das Schuldversprechen der Bank ist und somit auch außerhalb dieses Rechtsverhältnisses liegenden Einflüssen jeglicher Art entzogen ist.

Dennoch werden weitere Untersuchungen ergeben, daß die Definition der Rechtsnatur der Bankverpflichtung gegenüber dem Akkreditiv-Begünstigten als abstraktes Schuldversprechen der Bank gegenüber dem Begünstigten weder dem Willen der Beteiligten entsprechen kann, noch mit den rechtlichen Gegebenheiten der Eröffnung eines unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs übereinstimmt.

Wenn die Bank dem Begünstigten mitteilt, daß sie ein unwiderrufliches Dokumenten-Akkreditiv zu seinen Gunsten eröffnet habe, so gibt sie damit ihren Willen kund, mit ihm einen Vertrag in der Weise abzuschließen, daß sie auf Grund des Zahlungsversprechens die Verpflichtung zur Zahlung gegen Übergabe der bestimmten Dokumente übernehmen wolle. Beweggrund für diese Willenserklärung ist ihr in Bezug auf den Begünstigten hier unbeachtlicher Wille, ihre eigene Vertragsverpflichtung gegenüber dem Importeur aus dem Vertrag über die Eröffnung eines unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs zu erfüllen. In Erfüllung dieser Verpflichtung muß die Bank, wie gesagt, eine eigene persönliche Verpflichtung gegenüber dem Begünstigten eingehen. Geht sie diese Verpflichtung aber in Form eines Vertrages ein, wie hier des abstrakten Schuldversprechens, so ergibt sich hieraus zwangsläufig, daß die Bank ihrer Verpflichtung gegenüber dem Importeur nur dadurch nachkommen könnte, daß der an dem Vertrag zwischen ihr und dem Importeur vollkommen unbeteiligte Expor-

teur seine Annahme – wenn auch stillschweigend – erklärt, d. h. die Erfüllung der Verpflichtung der Bank gegenüber dem Importeur wäre von der Willenserklärung eines unbeteiligten Dritten abhängig. Ohne nun hier auf die sich daraus ergebenden rechtlichen Besonderheiten des Vertragsverhältnisses eingehen zu müssen, kann festgestellt werden, daß eine solche Konstruktion in keiner Weise den tatsächlichen Gegebenheiten der Vereinbarung zwischen Bank und Importeur über die Eröffnung eines unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs entspricht. Zur näheren Erläuterung sei hierzu vor allem auf die weiter unten folgenden Erörterungen der Entstehung der Bankverpflichtung gegenüber dem Exporteur verwiesen.

Was den Exporteur betrifft, welcher die Mitteilung der Bank über die Eröffnung eines unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs zu seinen Gunsten erhält, so kann festgestellt werden, daß dieser überhaupt nicht willens ist, einen Vertrag der beschriebenen Art mit der Bank einzugehen. Er hat in seinem Kaufvertrag mit dem Importeur verlangt, daß dieser den Kaufpreis für die an den Importeur zu liefernde Ware dadurch bezahlt, daß er von einer Bank ein unwiderrufliches Dokumenten-Akkreditiv zu seinen Gunsten eröffnen läßt, so daß er gegen Übergabe der vereinbarten Dokumente Zahlung erlangt. Die Mitteilung der Bank bedeutet für den Exporteur nur, daß der Importeur seiner Vertragsverpflichtung ihm gegenüber aus dem Kaufvertrag nachgekommen ist, und daß er nunmehr ein unwiderrufliches Recht gegenüber der Bank hat, Zahlung der Kaufpreissumme gegen Übergabe der den Besitz an der Ware konstituierenden Dokumente zu verlangen. Die dazwischen liegenden vertraglichen Vereinbarungen des Importeurs mit der Bank berühren ihn nicht und gehen ihn auch gar nichts an.

Kurz zusammengefaßt gehen die hier geäußerten Bedenken gegen die Definition der Bankverpflichtung als abstraktes Schuldversprechen dahin, daß es unannehmbar erscheint,

1. die Erfüllung der Vertragsverpflichtung der Bank gegenüber dem Importeur aus dem zwischen diesen beiden geschlossenen Vertrag über die Eröffnung eines Dokumenten-Akkreditivs von der, wenn auch nur stillschweigenden, Annahmeerklärung des Begünstigten abhängig zu machen,
2. dem wirklichen und im Zusammenhang der einzelnen, voneinander unabhängigen Verträge zwischen den verschiedenen Beteiligten erkennbaren Willen bei dieser Konstruktion nicht genau berücksichtigen zu können und
3. damit die eigene Verpflichtung der Bank gegenüber dem Begünstigten in eine Form zu zwingen, der sie von Gesetzes wegen nicht bedarf und die außerdem die praktische Entstehung dieser Verpflichtung nicht berücksichtigt.

Zu diesem letzten Punkt der geäußerten Bedenken ist noch folgendes zu sagen: § 305 BGB bestimmt, daß es zur Begründung eines Schuldverhältnisses zwischen zwei oder mehr Beteiligten eines Vertrages zwischen diesen bedarf, soweit nicht das Gesetz ein anderes vorschreibt.

Spezielle gesetzliche Bestimmungen für das unwiderrufliche Dokumenten-Akkreditiv gibt es im deutschen Zivilrecht nicht. Daraus könnte man schließen, daß es zur Begründung eines Schuldverhältnisses zwischen der Akkreditivbank und dem Begünstigten des Akkreditivs eines Vertrages bedürfe. Demgegenüber ist aber festzustellen, daß die Institution des Dokumenten-Akkreditivs eine Schöpfung der daran höchst interessierten Praxis war, die in erster Linie darauf zu sehen hatte, mit diesem Werkzeug des internationalen Zahlungsverkehrs den jeweiligen oft gegensätzlichen Interessen der daran Beteiligten gerecht zu werden.

Um die Rechtsnatur der Bankverpflichtung im Rahmen eines unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs gegenüber dem Akkreditiv-Begünstigten nun bestimmen zu können, kann man daher nicht davon ausgehen, was eigentlich sein müßte, d. h. daß das Schuldverhältnis zwischen Bank und Begünstigtem durch einen Vertrag zustande kommen muß, vielmehr ist jetzt davon auszugehen, wann und wodurch die unwiderrufliche Verpflichtung der Bank gegenüber dem Akkreditiv-Begünstigten zur Entstehung kommt, d. h. wie sich diese Vorgänge in der Bankpraxis gestalten und welche gewohnheitsrechtlichen Regelungen die Praxis im Laufe der Jahrzehnte dazu herausgebildet hat.

Die Entstehung der Bankverpflichtung auf den Zeitpunkt zu verlegen, in welchem sich Importeur und Bank über die Eröffnung des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs zugunsten des Exporteurs geeinigt haben, ist deshalb nicht möglich, weil damit, wie bereits wiederholt festgestellt werden konnte, die Unabhängigkeit der Eigenverpflichtung der Bank im Hinblick auf diesen Vertrag nicht gewahrt würde. Die herrschende Meinung, daß die Bankverpflichtung im Augenblick des Zugangs der Mitteilung über die Akkreditiv-Eröffnung an den Begünstigten entstünde, ist ebenfalls abzulehnen, weil diese Ansicht, wie noch zu zeigen sein wird, offensichtlich der bisher stets geübten Praxis widerspricht. In Artikel 5 der „ER“ heißt es, daß ein unwiderrufliches Akkreditiv eine eigene rechtliche Verpflichtung der das Akkreditiv eröffnenden Bank begründet.

Artikel 6 der „ER“ besagt ausdrücklich, daß ein unwiderrufliches Akkreditiv dem Begünstigten auch durch Vermittlung einer anderen Bank ohne Verpflichtung für die letztere avisiert werden kann.

Es ist praktisch auch ohne weiteres denkbar, daß die eröffnende Bank die Mitteilung über die Eröffnung des Akkreditivs direkt an den Importeur richtet, denn das könnte ja vereinbart sein, um diesem anzuzeigen, daß sie ihrer Ver-

pflichtung ihm gegenüber aus dem Verträge über die Akkreditiv-Eröffnung nachgekommen ist und dann, um dem Importeur seinerseits die Möglichkeit zu geben, dem Exporteur anzuzeigen, daß er seiner Verpflichtung aus dem Kaufvertrag, nämlich zugunsten des Exporteurs ein Dokumenten-Akkreditiv eröffnen zu lassen, nachgekommen ist.

Beide Beispiele haben etwas gemeinsam: Der Begünstigte erhält die Mitteilung über die Eröffnung des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs zu seinen Gunsten nicht durch die eröffnende Bank unmittelbar, sondern durch einen Dritten. Diese Dritten werden in den genannten Beispielen durch die Verpflichtung der Bank in keiner Weise berührt, sie übernehmen mit dem Avis auch keine eigene Verpflichtung bzw. zusätzliche Verpflichtung gegenüber dem Begünstigten, sie „avisieren“ nur. „Avisieren“ heißt aber nichts anderes als „melden, anzeigen“ (vgl. „Der große Duden“, Ausgabe 1937, S. 48).

Die von der Akkreditiv-Bank beauftragte Bank meldet oder zeigt dem Begünstigten nach dem Wortlaut des Artikel 6 „Er“ das unwiderrufliche Akkreditiv an. Das „unwiderrufliche Akkreditiv“ bedeutet im Verhältnis der eröffnenden Bank zum Exporteur die unwiderrufliche Verpflichtung der Bank diesem gegenüber auf Zahlung der bestimmten Akkreditiv-Summe gegen Übergabe der vereinbarten Dokumente. Bevor die zweite Bank die Meldung oder Anzeige über eine derartige Verpflichtung der eröffnenden Bank an den Begünstigten in dieser Weise weitergeben kann, ist jedoch notwendig, daß diese Verpflichtung bereits entstanden, d. h. wirksam ist.

Noch deutlicher wird dieses Ergebnis, wenn die zweite Bank von der Akkreditiv-Bank beauftragt wird, die Akkreditiv-Eröffnung dem Begünstigten nicht nur zu avisieren, sondern gleichzeitig die erfolgte Eröffnung zu bestätigen. Die so beauftragte Bank erledigt dies in der Praxis durch ein Schreiben an den Begünstigten, in dem sie ihm die Eröffnung anzeigt und mitteilt, daß sie ihrerseits dieses Akkreditiv unter den genannten Bedingungen bestätigt¹⁾.

„Bestätigen“ kann die zweite Bank aber immer nur etwas, was bereits erfolgt ist, nicht, was noch gar nicht besteht, sondern noch von der – wenn auch stillschweigenden – Annahme durch den Begünstigten abhängt.

Die herrschende Meinung ist auch hinsichtlich der Bestätigung der Akkreditiv-Eröffnung durch die zweite Bank der Ansicht, daß damit ein Vertrag über ein abstraktes Schuldversprechen nach § 780 BGB zwischen der zweiten Bank und dem Begünstigten zustande käme, wobei die Annahme wieder stillschweigend im Zeitpunkt des Zugangs der Bestätigung bei dem Begünstigten erfolge¹⁾.

¹⁾ Zahn, a. a. O., S. 64.

Die Entstehung der Verpflichtung der Banken gegenüber dem Begünstigten sowohl aus der Akkreditiv-Eröffnung als auch aus der Bestätigung derselben wird demnach von der herrschenden Lehre gleich behandelt, das bedeutet, daß die jeweilige Verpflichtung der beiden Banken gegenüber dem Begünstigten in ihrer Entstehung und in ihren Folgen für jede der beiden Banken gleich ist. Diese Auffassung entspricht auch der Realität der Bankpraxis.

Beide Banken versprechen unabhängig voneinander dem Begünstigten, daß sie ihm gegen Übergabe bestimmter Dokumente eine bestimmte Summe Geldes auszahlen wollen. Beide Banken begründen ihre jeweils eigene Verpflichtung unabhängig voneinander, doch jede von ihnen stets in Erfüllung eines von der Verpflichtung gegenüber dem Begünstigten unabhängigen Vertrages, die eröffnende Bank, wie bereits gesagt, in Erfüllung ihres Vertrages über die Akkreditiv-Eröffnung mit dem Importeur, die bestätigende Bank in Erfüllung ihres zwischen ihr und der eröffnenden Bank geschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrages.

Aus der Gleichheit der voneinander getrennten Verpflichtungen der Banken gegenüber dem Begünstigten kann nun geschlossen werden, daß die Entstehung der Bankverpflichtungen auch in der gleichen Weise vor sich geht.

Die Einheitlichen Richtlinien der Internationalen Handelskammer in ihrer heute gültigen Fassung von 1951 enthalten bezüglich der Form der Entstehung für keine der beiden Bankverpflichtungen irgendwelche Bestimmungen.

Hinsichtlich der bisher geübten Bankpraxis wurde bereits ausgeführt, daß z. B. die eröffnende Bank der bestätigenden Bank die Eröffnung des Akkreditivs zur Weiterleitung an den Begünstigten mitteilt und gleichzeitig um Bestätigung ihres Akkreditivs durch die weiterleitende Bank ersucht. Letztere Bank teilt dem Begünstigten dann sowohl die Eröffnung als die Bestätigung des Akkreditivs durch sie selbst mit.

Über die Wirksamkeit der Verpflichtung der eröffnenden Bank enthalten die „ER“ hinsichtlich des Zeitpunktes derselben keine Bestimmungen, wohl aber über den Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Bestätigung.

Artikel 5, Abs. 2 der „ER“ lautet in der Übersetzung:

„Wenn die eröffnende Bank eine andere Bank zur Bestätigung ihres unwiderprüflichen Akkreditivs anweist und diese dem Verlangen entspricht, so ist mit der Bestätigung eine endgültige Verpflichtung der bestätigenden Bank von dem Augenblick an verbunden, in dem sie ihre Bestätigung erteilt.“ Der Passus über den Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Verpflichtung der Bank aus der Bestätigung heißt im Original: „... , à partir de la date où elle aura donné sa confirmation“, in der englischen Übersetzung: „... as from the date on which it gives confirmation.“

Wäre es demnach in der Praxis so, wie die herrschende Meinung annimmt, so würde jede der beiden Bankverpflichtungen im Augenblick des Zugangs der Mitteilung bei dem Begünstigten wirksam, weil es sich ja jeweils um die stillschweigende Annahme eines Vertrages zwischen jeder der Banken und dem Begünstigten handeln würde. Damit wäre aber auch die oben angeführte Bestimmung der „ER“ bezüglich des Zeitpunktes des Wirksamwerdens der Bestätigung überflüssig, weil es bezüglich dieses Zeitpunktes zu keinerlei Streitigkeiten unter den Beteiligten jemals kommen könnte.

Daß dieser Passus nicht überflüssig ist, sollen die folgenden Untersuchungen ergeben.

Die beiden Verpflichtungen der beteiligten Banken sind jede für sich selbständig, d. h. unabhängig von irgendwelchen Verträgen, auf Grund deren die Banken sie übernommen haben. Wohl aber verpflichten sich die beiden Banken, wie bereits ausgeführt, in Erfüllung jeweils eines Vertrages mit einerseits dem Importeur (Akkreditiv-Bank), andererseits der Akkreditiv-Bank (bestätigende Bank). Abgesehen von den bereits vorgebrachten Bedenken, daß man bei Anerkennung der herrschenden Meinung die Erfüllung dieser genannten Verträge von der Annahme des abstrakten Schuldversprechens der einzelnen Banken durch den Begünstigten abhängig machen würde, der mit den Verträgen nicht das Geringste zu tun hat, ist es für a l l e Beteiligten unannehmbar, den Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Bankverpflichtungen, d. h. den Zeitpunkt der Erfüllung der diesen Verpflichtungen zugrunde liegenden Verträge, in den unbestimmten, Zufällen unterworfenen Zeitpunkt des Zugangs der Mitteilung über die Akkreditiv-Eröffnung bzw. der Bestätigung zu verlegen.

Als Beispiel für die Unannehmbarkeit dieses Ergebnisses sei hier nur auf die möglichen Folgen für die beiden verpflichteten Banken im Falle des Konkurses ihres jeweiligen Vertragspartners (Importeur bzw. Akkreditiv-Bank) hingewiesen (§ 17 KO).

Nachdem Krediteröffnung und Bestätigung als zwei gleichartige Verpflichtungen der beteiligten Banken ermittelt wurden und weiter festgestellt werden konnte, daß auf Grund der Unabhängigkeit der beiden Einzelverpflichtungen der Banken der Zeitpunkt des Wirksamwerdens ihrer Verpflichtungen nicht mit dem Zeitpunkt des Abschlusses der den Verpflichtungen zugrunde liegenden Verträge jeweils zusammenfällt und auch nicht mit dem Zeitpunkt des Zugangs der Mitteilung über die jeweiligen Verpflichtungen übereinstimmen kann, gilt es nunmehr zu untersuchen, auf welchen Zeitpunkt das Wirksamwerden von Eröffnung bzw. Bestätigung des Akkreditivs festzulegen ist.

Artikel 5, Abs. 2 der „ER“ spricht von „dem Augenblick, in dem sie (die bestätigende Bank) ihre Bestätigung erteilt.“ Bezogen auf die Verpflichtung der eröffnenden Bank würde diese Regel bedeuten, „der Augenblick, in dem sie (die Akkreditiv-Bank) das Akkreditiv eröffnet“.

Um die weiter oben dargelegten Bedenken gegen das Wirksamwerden der Bankverpflichtungen im Zeitpunkt des Zugangs der Mitteilung darüber an den Begünstigten auszuschalten, muß dieser Augenblick folgerichtig mit dem Zeitpunkt übereinstimmen, in dem der Verpflichtungswillige eine derartige Verpflichtungserklärung an einen anderen herausgibt.

Wenn die eröffnende Bank also z. B. die bestätigende Bank telegraphisch ersucht, sie möge dem Begünstigten die Akkreditiv-Eröffnung avisieren und ihrerseits diese bestätigen, so entsteht die wirksame Verpflichtung der Akkreditiv-Bank gegenüber dem Begünstigten zu dem Zeitpunkt, in dem die eröffnende Bank das Telegramm an die bestätigende Bank herausgehen läßt. Wickelt sich dieser Vorgang so ab, daß die Akkreditiv-Bank ihre Order telefonisch, brieflich oder fernschriftlich an die bestätigende Bank gibt, so wird die Verpflichtung der Akkreditiv-Bank im Zeitpunkt des telefonischen Anrufs, des Abgangs des Briefes bzw. Abgangs des Fernschreibens wirksam.

Die Verpflichtung der bestätigenden Bank gegenüber dem Begünstigten wird in der gleichen Weise zu dem Zeitpunkt wirksam, in dem sie die Mitteilungen, sei es durch Brief, Fernschreiben oder per Telefon, an den Begünstigten herausgehen läßt. Wenn dabei, d. h. bei telefonischer Mitteilung der bestätigenden Bank an den Begünstigten, der Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Bestätigung auch zufällig mit dem Zeitpunkt des Zugangs der Mitteilung über die Bestätigung an den Begünstigten zusammenfällt, so ist dies in diesem Zusammenhang ohne Bedeutung. Der so festgelegte Zeitpunkt entspricht auch den Interessen der an dem unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditiv Beteiligten.

Die Bank, die nunmehr unabhängig von der Annahme der Akkreditiv-Eröffnung bzw. Bestätigung ihre Vertragsverpflichtung gegenüber dem Importeur bzw. der Akkreditiv-Bank erfüllen kann, kann damit auch den Zeitpunkt ihrer Erfüllung des zwischen ihr und dem Importeur bzw. der Akkreditiv-Bank geschlossenen Vertrages nicht nur festlegen, sondern auch von sich aus bestimmen, von welchem Zeitpunkt an sie sich gegenüber dem Begünstigten verpflichtet hat.

Dieses Ergebnis hat auch keine nachteiligen Folgen für den Exporteur, der vom Zeitpunkt der Akkreditiv-Eröffnung an dem Importeur gegenüber aus dem Kaufvertrag verpflichtet ist, da ihm ja ohnedies in der Regel eine gewisse Frist für die Erfüllung seiner Verpflichtung aus dem Kaufvertrag zuzubilligen ist.

Auch der Importeur hat keine Nachteile durch diese Festlegung des Zeitpunktes des Wirksamwerdens der Akkreditiv-Eröffnung, da Akkreditive in der Praxis ja immer nur bis zu einem bestimmten, in der Zukunft liegenden Zeitpunkt als wirksam vereinbart werden, eben um dem Begünstigten die Erfüllung seiner Pflicht innerhalb der festgelegten Frist zur Auflage zu machen.

4. Zusammenfassung

Die Untersuchungen des vorangegangenen Abschnitts haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Verpflichtungen sowohl der eröffnenden wie der bestätigenden Bank gegenüber dem Begünstigten des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs – allgemein ausgedrückt – zu dem Zeitpunkt entstehen, in welchem ihre jeweiligen Willenserklärungen, die Zahlungsverpflichtung gegenüber dem Begünstigten unter den vereinbarten Bedingungen eingehen zu wollen, aus ihren unmittelbaren Einflußbereich hinausgehen. Diese beiden voneinander und von den ihnen jeweils zugrunde liegenden Verträgen unabhängigen Verpflichtungen der beiden Banken gegenüber dem Exporteur schaffen demnach Rechtsverhältnisse zwischen jeder der beiden Banken und dem Exporteur, doch handelt es sich nicht um Verträge der beiden Banken mit dem Begünstigten, denn die Verpflichtungen der Banken entstehen, ohne daß es einer übereinstimmenden Willenserklärung, sei es auch nur einer stillschweigenden, seitens des Begünstigten bedarf.

Diese Verpflichtungen der Banken gegenüber dem Begünstigten in ihrer von der Praxis entwickelten Form und mit ihren in der Praxis üblichen Konsequenzen unter eine der im Zivilrecht geregelten Rechtsinstitutionen zu subsumieren, ist nicht möglich. Eine – wenn auch nur sehr entfernte – Ähnlichkeit könnte man unter Hintansetzung von Bedenken lediglich beim Vergleich der Bankverpflichtungen mit dem Belohnungsanspruch nach § 657 BGB feststellen. Neben der Tatsache, daß es sich bei beiden um Rechtsgeschäfte unter Lebenden handelt, was gewiß kein besonderes Kriterium für die Ähnlichkeit sein kann, zeigt sich eine Ähnlichkeit dieser beiden Rechtsgebilde in ihrer Entstehung.

Bei der Auslobung wie beim unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditiv entsteht eine Leistungsverpflichtung schon allein dadurch, daß der Auslobende wie die das Akkreditiv eröffnende Bank durch eine Willenserklärung kundtun, daß sie unter gewissen Bedingungen zu einer Leistung bestimmter Art bereit sind.

Der bedeutende Unterschied, daß die Auslobung durch öffentliche Bekanntmachung an eine unbestimmte und unbekannte Personenzahl gerichtet ist, während die Verpflichtungserklärung der Bank nur einen ganz bestimmten Dritten begünstigt und nur an diesen erfolgt, kann hier dahingestellt bleiben, denn es soll ja nicht festgestellt werden, daß die Verpflichtung der Bank der Verpflichtung des Auslobenden entspricht, vielmehr nur, daß es die einzige im Zivilrecht geregelte schuldrechtliche Verpflichtung ist, die in der Entstehung und im Inhalt eine Ähnlichkeit zu der Bankverpflichtung gegenüber dem Begünstigten im Rahmen des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs ist.

Auch die Verknüpfung des Anspruchs aus den beiden Leistungsversprechen mit der Erfüllung einer Bedingung, bei der Auslobung die Vornahme einer Hand-

lung bzw. Herbeiführung eines Erfolges, beim unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditiv die Übergabe der bestimmten Dokumente, zeigt gewisse Parallelen der beiden verglichenen Verpflichtungen.

Mehr als diese äußerlichen Kriterien haben Auslobung und Bankverpflichtung im Rahmen des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs aber wie gesagt nicht gemeinsam, die Bestimmungen über die Auslobung etwa bei der Untersuchung der Bankverpflichtung zugrunde legen zu wollen, wäre selbstverständlich gänzlich verfehlt.

Nach dem Gesagten ist eine Feststellung nicht zu umgehen: Die Verpflichtung der Bank im Rahmen des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs gegenüber dem Begünstigten dieses Akkreditivs fällt unter keines der im Zivilrecht geregelten Schuldverhältnisse. Es ist vielmehr festzustellen, daß diese Verpflichtung der Bank gegenüber dem Akkreditierten ein Schuldverhältnis eigener Art darstellt, welches von eigenen, von der Praxis entwickelten und von Rechtsprechung und Lehre anzuerkennenden Regeln beherrscht wird.

Diese Regeln liegen in den „Einheitliche Richtlinien und Gebräuche für Dokumenten-Akkreditive“ der Internationalen Handelskammer vor. Sie haben seit Jahrzehnten unter stetiger Anpassung an die Zeitläufe Klarheit über Rechte und Pflichten der an einem unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditiv Beteiligten geschaffen. Dabei war das Fehlen nationaler Gesetzesbestimmungen der verschiedenen Länder für Dokumenten-Akkreditive von großem Nutzen, nicht nur im Hinblick darauf, daß die Beteiligten des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs verschiedener Nationalität sind, sondern auch deshalb, weil es dem schwerfälligen Mechanismus nationaler Gesetzgebung nicht möglich ist, der Entwicklung der Technik auf den Gebieten des Transportwesens wie der Nachrichtenübermittlung und anderen so schnell Rechnung zu tragen, wie dies notwendig wäre. Es hat sich gezeigt, daß eine solche Anpassung an den Fortschritt durch die Praxis im Rahmen einer weltumspannenden Organisation, wie es die Internationale Handelskammer ist, zum Nutzen des internationalen Waren- und Geldverkehrs ohne Schwierigkeiten möglich ist. Es sei dabei vor allem auch an die Schaffung der vom Kongreß der Internationalen Handelskammer 1953 beschlossenen und nun allgemein üblichen „INCOTERMS“ erinnert, eine Regelung, welche der Vereinfachung des internationalen Handels zugute kam und die in fast allen zivilisierten Ländern, auch z. B. in den Staaten der UdSSR und des Ostblocks, Anerkennung finden.

4. Kapitel

DIE PFLICHTEN DER BANK BEI REALISIERUNG UND ABWICKLUNG EINES VON IHR ERÖFFNETEN ODER BESTÄTIGTEN UNWIDERRUFLICHEN DOKUMENTEN-AKKREDITIVS

Im vorangegangenen Kapitel wurde die Entstehung und die Rechtsnatur der durch Eröffnung sowie Bestätigung eines unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs von den Banken eingegangenen Verpflichtungen behandelt. Die praktischen und rechtlichen Folgen dieser Bankverpflichtungen sollen im vorliegenden Kapitel behandelt werden. Den einzelnen Untersuchungen ist allgemein folgendes vorzuschicken:

Es ist davon auszugehen, daß die Verpflichtungen der Banken, sowohl die der Akkreditiv-Bank wie die der bestätigenden Bank, gegenüber dem Begünstigten des Dokumenten-Akkreditivs jeweils inhaltsgleich sind. Jede der beiden Banken hat sich verpflichtet, dem Begünstigten gegen Übergabe bestimmter Dokumente eine bestimmte Geldsumme auszuzahlen. Es steht dem Begünstigten frei, an welche der beiden Banken er sich um Realisierung dieses Versprechens wenden will. Werden daher in der Folge die Bankverpflichtungen mit ihren Konsequenzen gegenüber dem Begünstigten erörtert, so erübrigt sich auf Grund der inhaltlichen Gleichheit der Verpflichtungen eine Trennung zwischen den Pflichten der Akkreditiv-Bank und denen der bestätigenden Bank. Es wurde weiter festgestellt, daß der eröffnenden Bank im Rahmen eines unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs nicht nur eine Verpflichtung auf Grund ihrer Verpflichtungs-Erklärung gegenüber dem Begünstigten erwächst, sondern auch Verpflichtungen gegenüber dem Akkreditiv-Auftraggeber auf Grund des zwischen ihr und letzterem geschlossenen Vertrages, eines Geschäftsbesorgungsvertrages über die Eröffnung des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs zugunsten des Exporteurs. Diese Verpflichtungen obliegen auch der bestätigenden Bank gegenüber der Akkreditiv-Bank, denn zwischen diesen beiden wurde ebenfalls ein Geschäftsbesorgungsvertrag dergestalt geschlossen, daß sich die bestätigende Bank verpflichtete, die Bestätigung des Dokumenten-Akkreditivs unter den von der Akkreditiv-Bank genannten Bedingungen vorzunehmen. Auch bei Untersuchung dieser Verpflichtungen erübrigt sich deshalb eine Trennung hinsichtlich der Verpflichtungen von Akkreditiv- bzw. bestätigender Bank gegenüber ihren jeweiligen Auftraggebern, d. h. Importeur bzw. Akkreditiv-Bank.

Grundlage der einzelnen Verpflichtungen der Banken sind einerseits der Inhalt ihrer jeweiligen Verpflichtungserklärungen gegenüber dem Begünstigten, bzw. der Inhalt der vertraglichen Vereinbarungen der einzelnen Banken mit den jeweiligen Vertragspartnern ihrer Geschäftsbesorgungsverträge, andererseits allgemein anerkannte, internationale Handelsbräuche, welche in den „ER“ der Internationalen Handelskammer niedergelegt sind.

Die Vielfalt der Möglichkeiten vertraglicher Vereinbarungen im internationalen Handelsverkehr hat dazu geführt, daß diese Regeln ganz allgemein gehalten wurden. Zur Verdeutlichung der Regeln und der aus ihnen folgenden Verpflichtungen für die Banken sollen deshalb Beispiele aus der reichen Zahl von Entscheidungen der Rechtsprechung verschiedener Länder angeführt werden.

1. Die Bankverpflichtung gegenüber dem Begünstigten des Dokumenten-Akkreditivs

Wie bereits mehrfach betont, gibt sowohl die das unwiderrufliche Dokumenten-Akkreditiv eröffnende wie die dasselbe bestätigende Bank gegenüber dem Begünstigten des Akkreditivs eine Verpflichtungserklärung des Inhalts ab, daß sie gegen Übergabe bestimmter, in dem Kaufvertrag zwischen Importeur und Exporteur vereinbarter Dokumente an ihn eine bestimmte Geldsumme auszahlen will. Daß die Verpflichtung auch dahingehend vereinbart werden kann, daß die Bank auf Grund des Akkreditivs gezogene Tratten von dem Begünstigten oder einem gutgläubigen Inhaber derselben akzeptieren oder negotiieren will, sei nur nebenbei nochmals vermerkt, da die Verpflichtungen der Banken in diesem Falle die gleichen sind, es also keiner ergänzenden Untersuchungen bedarf.

Diese Verpflichtung der Bank ist Inhalt des Artikels 5, Abs. 1 der „ER“, wo es heißt: „Unwiderrufliche Akkreditive begründen feststehende Verpflichtungen der eröffnenden Bank gegenüber dem Begünstigten . . . , das dahin gegebene Versprechen zur Zahlung . . . zu erfüllen, sofern die Dokumente . . . den Bedingungen des Akkreditivs entsprechen.“

Die Folge der Verpflichtungserklärung der Bank, wie sie auch in den „ER“ aufgezeigt ist, ist klar und unzweideutig: Reicht der begünstigte Exporteur die vereinbarten Dokumente innerhalb der vereinbarten Frist bei der Bank ein, so hat er gegen diese Anspruch auf Auszahlung der vereinbarten Akkreditiv-Summe. Es versteht sich von selbst, daß er der Bank eine angemessene Frist zur Prüfung der Dokumente einzuräumen hat, bevor er effektiv Zahlung fordern kann.

Was die Pflicht der Bank anbetrifft, die Dokumente auf ihre Übereinstimmung mit den bei Akkreditiv-Eröffnung vereinbarten Dokumenten sorgfältig zu prüfen, so scheint sie eine Verpflichtung der Bank ausschließlich gegenüber dem Akkreditiv-Auftraggeber, d. h. dem Importeur, zu sein, denn stimmen die Dokumente

nicht mit den vereinbarten überein, zahlt die Bank aber die Akkreditiv-Summe dennoch an den Begünstigten aus, so haftet sie dem Importeur für den Fall, daß dieser daraus einen Schaden erleidet.

Daß diese Prüfungspflicht der Bank aber nicht allein eine Verpflichtung gegenüber dem Akkreditiv-Auftraggeber ist, sondern im gleichen Maße auch gegenüber dem Akkreditiv-Begünstigten besteht, ergibt sich, wenn auch nur mittelbar, ebenfalls aus der Regel des Artikel 5, Abs. 1 „ER“. Glaubt die Bank nämlich nach Überprüfung der Dokumente, sie stimmten nicht mit den geforderten Dokumenten überein und verweigert sie deshalb die Zahlung bzw. verlangt sie eine zusätzliche Bankgarantie vor Auszahlung an den Begünstigten, so haftet sie auf Grund ihres Fehlers bei Überprüfung der Dokumente dem Begünstigten für jeden ihm daraus entstandenen Schaden (Kosten!). Eine Entscheidung des Cour de Cassation de Paris vom 16. Mai 1955 soll hierfür als Beispiel dienen:

In dem entschiedenen Fall hatte die Bank X in Marseille ein unwiderrufliches Dokumenten-Akkreditiv zugunsten eines Exporteurs in Tunis eröffnet, welches von der Bank von Tunis bestätigt worden war. Die Auszahlung der Akkreditiv-Summe war an die Übergabe folgender Dokumente geknüpft:

1. Rechnung für die Ware in doppelter Ausfertigung,
2. Herkunftsbescheinigung,
3. Wiegebescheinigung in doppelter Ausfertigung,
4. Untersuchungsbescheid der OTUS (einer Organisation, welche über den Zustand der Ware – Gesundheit, Echtheit und Handelsfähigkeit – Auskunft geben sollte),
5. Prüfungsbescheid über qualitative und quantitative Übereinstimmung der gelieferten mit der bestellten Ware durch einen Herrn G.,
6. Vollständige „on board“-Konnossemente, geordert an die Bank X, notifiz Akkreditiv-Auftraggeber, in Marseille.

Bei der Ware sollte es sich um 5-Liter-Dosen Aprikosenpulp, gebleicht, ohne Wasserzusatz sterilisiert, gesunde, reine und handelsfähige Qualität, verpackt in Steigen zu je 10 Dosen, zum Preise von 150.–ffrs. je Steige, handeln.

Von diesen verschiedenen spezifizierten Bedingungen sind also folgende besonders zu beachten:

1. außer anderen Dokumenten sollte der Begünstigte eine Prüfungsbescheinigung des Herrn G. liefern, der die Übereinstimmung der gelieferten mit der bestellten Ware hinsichtlich ihrer Qualität und Quantität feststellen sollte.

Herr G. handelt hierbei als Beauftragter des Importeurs, d. h. des Akkreditiv-Auftraggebers;

2. Der Importeur spezifizierte selbst die Art der Verpackung, d. h. Steigen (caisses à claires voies);
3. Es sollte eine Prüfungsbescheinigung der „OTUS“ (s. o.) geliefert werden. Nachdem der Exporteur die Ware verladen hatte, legte er die vereinbarten Dokumente der Bank von Tunis zwecks Realisierung des Akkreditivs vor.

Bei der Überprüfung durch die Bank von Tunis stellte diese nun folgende Unregelmäßigkeiten hinsichtlich der Übereinstimmung der vorgelegten Dokumente mit den vereinbarten fest:

1. Auf den Konnossementen war folgender Vorbehalt angebracht: „Steigen. Für Seetransport und Verladung deutlich ungeeignet. Keine Garantie für Erhaltung und Gewicht der Ware.“
2. Auf der Prüfungsbescheinigung der „OTUS“ waren die Worte „entsprechend den Standardbestimmungen der ‚OTUS‘“ ausgestrichen.

Die Bank von Tunis nahm diese „Unregelmäßigkeiten“ zum Anlaß, dem Exporteur die Realisierung des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs zu verweigern, wenn er nicht eine zusätzliche Bankgarantie bebringe. Bei der Frage nach der Berechtigung der Bank zu einem solchen Schritt ist hier folgendes zu bedenken:

- a) Die Vorbehalte hinsichtlich der Verpackung, welche auf dem Konnossement angebracht waren, bezogen sich nicht auf einen Fehler derselben in diesem speziellen Fall, sondern darauf, daß die vom Importeur vorgeschriebene Verpackung an sich schon nicht für einen Seetransport geeignet war.
- b) Die auf der Prüfungsbescheinigung der „OTUS“ gestrichenen Worte bezogen sich nicht auf die Ware, sondern darauf, daß es keine Standardbestimmungen für diese Art Ware in Tunis gibt.
- c) Die Ware war von einem Beauftragten des Importeurs, dem vereidigten Makler G., abgenommen worden, der auf Ersuchen des Importeurs die Übereinstimmung der Ware sowie ihre Verpackung in Steigen anerkannt hatte.

Das erstinstanzliche Gericht hat daher auch die vorgelegten Dokumente als vollkommen mit den vereinbarten Dokumenten übereinstimmend festgestellt und die Bank von Tunis zu Schadensersatz verurteilt, weil sie es versäumt hat, durch einfache Rückfrage beim Begünstigten oder bei der Reederei festzustellen, daß die „Unregelmäßigkeiten“ in keiner Weise den zwischen den Beteiligten vereinbarten Bedingungen des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs widersprachen. Mit ihrem Verlangen nach einer zusätzlichen Bankgarantie hat die Bank von Tunis ihre Rechte überschritten, muß also die daraus dem Exporteur erwachsenen Kosten tragen.

Diese Entscheidung wurde sowohl vom Berufungs- wie vom Revisionsgericht bestätigt. Aus ihr geht unzweideutig hervor, daß die Prüfungspflicht der Bank sich nicht nur auf die rein „äußerliche“ Ordnungsmäßigkeit der Dokumente erstreckt, sondern daß die Bank sorgfältig den Inhalt und die Bedeutung der Dokumente zu prüfen hat.

Diese Entscheidung besagt aber weiter, daß die Prüfungspflicht der Bank in Bezug auf die Übereinstimmung der Dokumente nicht nur gegenüber dem Akkreditiv-Auftraggeber besteht, sondern ebenso gegenüber dem Akkreditiv-Begünstigten, der verlangen kann, daß die Bank bei dieser Prüfung nicht nur die Interessen des Akkreditiv-Auftraggebers verfolgt, sondern mit gleicher Sorgfalt auch die seinen, und zwar auf Grund der Verpflichtungserklärung der Bank ihm gegenüber.

Nach der Anzahl der betreffenden Entscheidungen zu urteilen, kommt es allerdings in der Praxis meist nicht vor, daß die Bank zu Unrecht Unregelmäßigkeiten in den vorgelegten Dokumenten feststellt, sondern viel häufiger ist es so, daß die Bank die Übereinstimmung der vorgelegten Dokumente mit den vereinbarten feststellt, während der Akkreditiv-Auftraggeber diese Übereinstimmung bestreitet und die Annahme der Dokumente verweigern will; kurz gesagt, die Prüfungspflicht der Bank hinsichtlich der Dokumente erscheint in der Praxis hauptsächlich als Verpflichtung der Bank gegenüber dem Akkreditiv-Auftraggeber bzw. für die bestätigende Bank gegenüber der Akkreditiv-Bank. Die dabei zu beachtenden Bestimmungen sollen daher im nächsten Abschnitt erörtert werden.

2. Die Pflichten gegenüber dem Akkreditiv-Auftraggeber bzw. der eröffnenden Bank

A. Prüfungspflicht der Bank im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit der vorgelegten Dokumente sowie ihre Haftungsverpflichtungen gegenüber ihrem Vertragspartner

Wie bereits kurz dargelegt, besteht die Prüfungspflicht der Bank hinsichtlich der vorgelegten Dokumente bei Realisierung des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs zwar nicht allein, doch hauptsächlich gegenüber dem Akkreditiv-Auftraggeber. Sie ist eine Nebenpflicht aus dem zwischen diesen beiden Partnern geschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrag, denn die Hauptpflicht besteht für die Bank ja darin, ein unwiderrufliches Dokumenten-Akkreditiv zugunsten des Exporteurs zu eröffnen. Die Nebenpflicht hat auch in den „ER“ Aufnahme gefunden, wo es in Art. 9 heißt: „Die Banken müssen alle Dokumente und Schriftstücke sorgfältig prüfen, um sich zu vergewissern, daß sie äußerlich in Ordnung sind.“

Gleich zu Beginn der Untersuchungen sei nochmals auf die oben zitierte Entscheidung verwiesen. Aus ihr geht u. a. auch hervor, daß das Wort „äußerlich“ in Artikel 9 der „ER“ nicht zu eng auszulegen ist, d. h. es muß u. U. Bedeutung und Inhalt der Dokumente neben ihrer äußeren Form beachtet werden.

Grundprinzip bei der Realisierung eines unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs ist die unbedingte Notwendigkeit, daß die vom Begünstigten vorgelegten Dokumente Punkt für Punkt mit den bei Eröffnung des Dokumenten-Akkreditivs geforderten Bedingungen übereinstimmen. Man könnte also normalerweise der Ansicht sein, daß die Frage keinerlei Schwierigkeiten bereitet, hat doch der Importeur alle Möglichkeiten, in seinem Kaufvertrag mit dem Exporteur die von letzterem beizubringenden Dokumente zu bestimmen und sich mit ihm über alle möglichen Bedingungen, die der Exporteur einzuhalten sich in der Lage glaubt, zu einigen. Nichtsdestoweniger ist die Frage der Übereinstimmung der vorgelegten Dokumente mit den bei Akkreditiv-Eröffnung vereinbarten Dokumenten einer der Steine des Anstoßes, welche den Banken die meisten Schwierigkeiten bereitet.

Weniger Schwierigkeiten bereitet dieses Problem naturgemäß den Banken, die das unwiderrufliche Dokumenten-Akkreditiv nicht nur eröffnen, sondern auch selbst realisieren. Wenn in diesem Falle die vom Begünstigten vorgelegten Dokumente nicht genau mit den vereinbarten übereinstimmen, so hat die Bank, bevor sie die Zahlung verweigert, jede Möglichkeit, den Akkreditiv-Auftraggeber zu unterrichten und seine Weisungen einzuholen.

Anders ist es, wenn die Bank ihre Korrespondenzbank im Lande des Begünstigten mit der Realisierung des Dokumenten-Akkreditivs beauftragt hat. Diese Korrespondenzbank steht in der Praxis einer von drei möglichen Alternativen gegenüber:

1. Die Dokumente stimmen mit den vereinbarten überein.
(Der Auftrag wird ohne Schwierigkeiten erledigt, die Akkreditiv-Bank erklärt sich mit der Zahlung der Korrespondenzbank einverstanden, indem sie ihr die gezahlte Summe remoursiert.)
2. Die Dokumente stimmen nicht mit den vereinbarten überein.
(In diesem Falle muß die Korrespondenzbank die Zahlung verweigern und die Akkreditiv-Bank davon benachrichtigen.)
3. Die Dokumente entsprechen nicht ganz genau den vereinbarten Bedingungen.

(Hier kann die Korrespondenzbank auf eigene Gefahr vorbehaltlich der Genehmigung durch den Akkreditivauftraggeber zahlen oder vor Zahlung die Beibringung einer zusätzlichen Bankgarantie durch den Begünstigten verlangen.)

Die Prüfung der von dem Akkreditiv-Begünstigten vorgelegten Dokumente, wozu die Bank – wie gesagt – nach Artikel 9 „ER“ verpflichtet ist, erfolgt mit dem Ziel, die Übereinstimmung der vorgelegten mit den bei der Akkreditiv-Eröffnung bestimmten Dokumenten festzustellen. Hat die Bank diese Übereinstimmung der vorgelegten Dokumente festgestellt, so bedeutet das für den Akkreditiv-Begünstigten, daß er seine Vertragsbedingungen aus dem Handelsgeschäft mit dem Importeur erfüllt hat, und daß er nunmehr effektiv Zahlung der vereinbarten Akkreditivsumme von der Bank verlangen kann, der er die geprüften Dokumente vorgelegt hat. Das gleiche bedeutet dies für den Importeur, nur mit dem selbstverständlichen Unterschied, daß dieser nunmehr in den Besitz der von ihm bei dem Exporteur bestellten Ware gelangen kann und normalerweise auch gelangen wird. Im Hintergrund der gesamten Transaktion steht also das zwischen Exporteur und Importeur abgeschlossene Handelsgeschäft, mit dem aber die Banken nicht das Geringste zu tun haben. Ausschlaggebend für die gesamte Abwicklung eines unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs sind für alle daran Beteiligten einzig und allein die vereinbarten und vorgelegten Dokumente. Dieses Grundprinzip des Dokumenten-Akkreditivs ist nicht nur in Artikel 1 der „ER“, sondern nochmals in Artikel 10, Satz 1 der „ER“ festgelegt worden, wo es heißt: „Im Dokumenten-Akkreditiv-Geschäft befassen sich alle Beteiligten mit Dokumenten und nicht mit Waren.“

Da die Prüfungspflicht der Banken demnach ausschließlich auf die vorgelegten Dokumente beschränkt ist und sie kein Recht hat, andere Kriterien als diese Dokumente für die Feststellung der Übereinstimmung derselben mit den vereinbarten Dokumenten heranzuziehen, ist es verständlich, daß die Banken ihre Haftung hinsichtlich der festzustellenden und festgestellten Übereinstimmung der vorgelegten Dokumente eingeschränkt haben. Diese Haftungseinschränkungen der Banken sind in dem Katalog der Artikel 11–13 und Artikel 14, Abs. 2 der „ER“, sowie in Ziff. 9 der AGB¹⁾ (für die deutschen Banken) enthalten.

Sie lauten:

Artikel 11

Die Banken übernehmen keine Haftung oder Verantwortung für Form, Vollständigkeit, Richtigkeit, Echtheit, Verfälschung oder Rechtswirksamkeit irgendwelcher Dokumente oder Schriftstücke oder für Bezeichnung, Menge, Gewicht, Qualität, Zustand, Verpackung, Lieferung oder Wert der durch die Dokumente vertretenen Waren noch für die allgemeinen und/oder besonderen Bedingungen, die in den Dokumenten festgelegt sind, für den guten Glauben oder die Handlungen des Absenders oder jeder anderen Person, noch für die Zahlungsfähigkeit oder den Ruf, etc. der Frachtführer oder der Versicherer der Waren.

¹⁾ AGB = Allgemeine Geschäftsbedingungen der Banken.

Artikel 12

Die Banken haften weder für die Folgen von Verzögerungen oder Verlusten von Nachrichten, Briefen und/oder Dokumenten, noch für Folgen aus der Verzögerung, Verstümmelung oder sonstigen Irrtümern bei der Beförderung von Kabeln, Telegrammen oder anderen mechanisch übermittelten Nachrichten, oder von Irrtümern bei der Übersetzung oder Auslegung von technischen Ausdrücken; die Banken behalten sich das Recht vor, Akkreditivbedingungen unübersetzt weiterzugeben.

Artikel 13

Die Banken übernehmen keine Haftung oder Verantwortung für Folgen der Unterbrechung ihrer Geschäftstätigkeit durch behördliche Anordnungen oder durch Streiks, Aussperrungen, Unruhen, Kriege und alle Fälle höherer Gewalt. Auf Grund von Akkreditiven, die während einer solchen Unterbrechung des Geschäftes ablaufen, können die Banken nach Ablauf der Gültigkeit keine Leistungen bewirken, sofern sie nicht besonders hierzu ermächtigt werden.

Artikel 14

Banken, welche die Dienste anderer Banken in Anspruch nehmen, übernehmen keine Haftung oder Verantwortung (von eigenen Fehlern abgesehen), wenn die von ihnen erteilten Anweisungen nicht richtig ausgeführt werden, selbst wenn sie die Auswahl ihres Korrespondenten von sich aus getroffen haben.

So imponierend und vollständig dieser Katalog von Haftungsbeschränkungen auch sein mag, so ist er im Grunde doch etwas überflüssig, denn die Haftung für eigene Verschulden der Banken im Rahmen ihrer vertragsmäßigen Verpflichtungen gegenüber ihrem jeweiligen Vertragspartner bzw. ihrer aus dem Zahlungsverprechen gegenüber dem Begünstigten herrührenden Verpflichtungen wird damit nicht eingeschränkt.

An dieser Stelle ist allerdings, auch wenn dies als Selbstverständlichkeit anzusehen ist, zu betonen, daß die Haftung der Bank für ein Verschulden ihrerseits bei Überprüfung der Dokumente nur dann eintritt, wenn das Versäumnis der Feststellung der Nichtübereinstimmung der Dokumente mit den Akkreditivbedingungen für den dem Akkreditiv-Auftraggeber entstandenen Schaden aus dem der Akkreditiv-Eröffnung zugrundeliegenden Handelsgeschäft ursächlich gewesen ist. Als Beispiel dafür ist die folgende Entscheidung des Handelsgerichts in Marseille, die auch rechtskräftig geworden ist, von großem Interesse (abgedruckt in: «Revue de la Banque», Bruxelles, 1948, Heft 1, und «Banque», Paris, 1947, Heft 15 und 18):

Im Oktober 1942 schloß eine Firma aus Marseille mit einer Firma aus Algier einen Kaufvertrag über 13 Tonnen Aprikosenkerne, lieferbar cif Marseille ab Philippeville.

Die Marseiller Firma ließ durch ihre Hausbank zugunsten der algerischen Firma ein unwiderrufliches Dokumenten-Akkreditiv über etwa 200 000 ffrs. eröffnen. Die Hausbank beauftragte ihre algerische Korrespondenzbank mit der Eröffnung des Dokumenten-Akkreditivs, was diese auch ausführte.

Nach der alliierten Landung in Nordafrika gab die Marseiller Firma Auftrag, das Akkreditiv zu annullieren, jedoch zahlte die Bank nichtsdestoweniger insgesamt 229 476 ffrs. an den Verkäufer, obwohl diese Summe nur teilweise von dem Auftraggeber angeschafft worden war.

Die Ware wurde abredegemäß in Philippeville geladen, aber infolge der politischen Umstände wurde das Frachtschiff nicht nach Marseille, sondern nach Algier dirigiert. Dort wurde die Ware entladen und in einem Lagerhaus untergestellt. Um weitere Risiken zu vermeiden, wurde die Ware dann auf Betreiben der Bank versteigert, wobei ein M i n d e r e r l ö s von 89 339 ffrs. eintrat.

Die Bank verlangte nun von der Marseiller Firma die Zahlung der ungedeckten Summe von 89 339 ffrs.

Die Marseiller Firma erhob Widerklage und forderte Rückzahlung der bei der Bank von ihr angeschafften Summe von ca. 200 000 ffrs. Sie argumentierte, die Bank hätte das Dokumenten-Akkreditiv annullieren müssen, da klar gewesen sei, daß die Ware nicht habe nach Marseille gelangen können.

Dieses Argument konnte im Hinblick auf die Unwiderruflichkeit des Dokumenten-Akkreditivs ohne weiteres zurückgewiesen werden.

Weiter trug aber die Marseiller Firma vor, die Bank habe ihre Pflicht bei der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Dokumente grob vernachlässigt, da die Police der Kriegsfall-Risiko-Versicherung nur über die Summe von ffrs. 197 220,—, nicht aber über ffrs. 227 320,— gelautet habe.

Artikel 29 der „ER“ lautete in der heute wie damals gültigen Fassung: „Der Versicherungswert muß mindestens den cif-Wert der Ware, soweit es möglich ist, diesen an Hand der vorgelegten Dokumente zu prüfen, darstellen; auf keinen Fall darf der Versicherungswert niedriger sein als der Betrag der Zahlung oder als der Rechnungsbetrag, falls dieser höher ist.“

Die Bank hatte also unzweifelhaft einen Fehler gemacht, indem sie ein Dokument annahm, welches eine Differenzsumme von etwa 30 000 ffrs. im Vergleich zur gezahlten Akkreditiv-Summe aufwies.

Zu entscheiden war nun, ob der Fehler der Bank, der von ihr auch nicht bestritten wurde, den Widerklageantrag der Marseiller Firma rechtfertigte.

Das Handels- wie auch das Berufungsgericht später haben dies verneint, und zwar mit dem Hinweis darauf, daß dieser Fehler nicht ursächlich war für den Verlust, welchen die Marseiller Firma erlitten hatte.

Der Versicherungsschutz lief laut Police vom Belade- bis zum Entladehafen. Nach den Seetransportbestimmungen galt Algier als Ziel- und Entladehafen, so daß die Versicherung im Zeitpunkt des Verlustes ohne jede Bedeutung und damit auch die Minderdeckung nicht ursächlich für den Verlust war. Wäre das Schiff aber z. B. auf der Fahrt von Philippeville nach Algier versenkt worden, hätte ja die Versicherung nur die in der Police genannte Summe gezahlt. In diesem Falle wäre die Bank infolge ihres Fehlers bei der Überprüfung der Dokumente verpflichtet gewesen, den über die Versicherungssumme hinausgehenden Schaden bis zur Höhe des Rechnungsbetrages für die Waren zu zahlen.

a) Übereinstimmung der vorgelegten Dokumente mit den im Akkreditiv-Auftrag bezeichneten Dokumenten.

Die vom Akkreditiv-Begünstigten vorgelegten Dokumente müssen – ganz allgemein ausgedrückt – in ihrer Art, ihrer Anzahl und ihrem jeweiligen Inhalt mit den bei Akkreditiv-Eröffnung bestimmten Dokumenten übereinstimmen, um die Bedingungen des Dokumenten-Akkreditivs zu erfüllen.

Die Vielfalt der möglichen Vorgänge im internationalen Handelsverkehr hat es naturgemäß unmöglich gemacht, eine generelle „Akkreditiv-Klausel“ (s. o.), die jeden Fall umfaßt, zu formulieren, welche dann – ähnlich der generellen „Schiedsklausel der Internationalen Handelskammer“ – im gegebenen Falle einfach in den Vertrag über das Handelsgeschäft zwischen Importeur und Exporteur einzusetzen wäre. Eine solche Klausel muß vielmehr den jeweiligen Vorgängen angepaßt werden. Im Laufe der Zeit haben sich jedoch gewisse Regeln über Art, Anzahl und Inhalt der für die Realisierung eines Dokumenten-Akkreditivs notwendigen Dokumente herausgebildet, die in den „ER“ der Internationalen Handelskammer ihren Niederschlag gefunden haben.

Die wohl allgemeinste Regel über Anzahl und Art von zu liefernden Dokumenten ist unter Berücksichtigung der verschiedenen Transportmittel für den Versand der Ware in Art. 15 der „ER“ enthalten, worin bei Nichtvorliegen

anders lautender Weisungen des Akkreditiv-Auftraggebers folgende Dokumente von den Banken für notwendig, aber auch ausreichend, erachtet werden:

1. Rechnung,
2. Versandpapiere (je nach Art des Transportmittels),
3. Versicherungs-Dokumente.

Zu diesen wichtigsten Dokumenten können dann je nach Lage des Falles und nach den Vereinbarungen der Vertragspartner des dem Dokumenten-Akkreditiv zugrundeliegenden Handelsgeschäfts noch andere Dokumente hinzukommen, außerdem kann die Anzahl der verschiedenen Einzeldokumente von Fall zu Fall verschieden sein. Hierfür sind, wie gesagt, die Vereinbarungen der „Akkreditivklausel“ im speziellen Einzelfall genau zu berücksichtigen.

Eine beispielhafte Aufzählung von Dokumenten, deren Beibringung häufig vereinbart wird, ist in Art. 34 „ER“ enthalten und umfaßt Dokumente, wie Lagerscheine, Lieferscheine, Konsulatsfaktura, Herkunftszeugnisse, Wiegebescheinigungen, Sachverständigengutachten und Analysenbescheide. Für jedes dieser Dokumente können wiederum besondere Vereinbarungen hinsichtlich ihres Ausstellers oder ihres Inhalts getroffen werden, und jede dieser Vereinbarungen ist bei der Prüfung der Übereinstimmung der Dokumente als mehr oder weniger gleichwertige Bedingung für die Realisierung des Dokumenten-Akkreditivs anzusehen.

Die Feststellung der Übereinstimmung der vorgelegten Dokumente mit den in der „Akkreditiv-Klausel“ vereinbarten ist oft schwierig und hat häufig zu Differenzen zwischen den Banken und ihren Auftraggebern geführt. In den nun folgenden Abschnitten sollen nur einige besonders wichtige Punkte der von der Bank vorzunehmenden Prüfung herausgegriffen und untersucht werden. Daß dabei eine g e n e r e l l e Lösung zur Beseitigung von Fehlerquellen bei der Realisierung von Dokumenten-Akkreditiven nicht gefunden werden kann, liegt in der Natur der Sache.

b) Übereinstimmung der W a r e n b e z e i c h n u n g in den vorgelegten und bestimmten Dokumenten.

Bei Prüfung der vorgelegten Dokumente wird die Bank mit der Prüfung der vorgelegten R e c h n u n g beginnen (vgl. Zahn, a. a. O., S. 82), „denn das mindeste, was man verlangen muß, ist, daß der Absender selbst klar bestätigt, daß die von ihm in Rechnung gestellte Lieferung den Erfordernissen des Akkreditivs entspricht“.

Bei dieser Prüfung sind die in Art. 32 und 33 „ER“ enthaltenen Formvorschriften für Handelsfakturen zu beachten. Von diesen sind zwei Bestimmungen zwingend, nämlich:

1. Art. 32, Abs. 2 „ER“: „Rechnungen müssen auf den Namen des Akkreditiv-Auftraggebers oder irgendeiner anderen im Akkreditiv vorgeschriebenen Person ausgestellt sein.“
2. Art. 33 „ER“: „Die Beschreibung der Ware in der Handelsfaktura muß mit der Beschreibung im Akkreditiv übereinstimmen. Soweit die übrigen Dokumente Beschreibungen der Ware enthalten, werden Beschreibungen in allgemeinen Ausdrücken akzeptiert.“

Es bedarf keiner näheren Ausführung, daß bezüglich der Bestimmung des Art. 32 „ER“ keine Diskussionen entstehen können, da bei der Nichtübereinstimmung des Adressaten auf den Papieren des Begünstigten eben kein Beweis der Erfüllung seiner Vertragsverpflichtung gegenüber dem Akkreditiv-Auftraggeber vorliegt, eine Auszahlung demnach nicht in Frage kommt.

Hinsichtlich der im Akkreditiv bestimmten Mengen, Maße und Preise wird selbstverständlich auch eine genaue Übereinstimmung verlangt werden müssen, jedoch hat hier die Praxis sogenannte „Toleranzen“ herausgearbeitet, die in Art. 35 „ER“ niedergelegt sind, wo es heißt:

„Die Ausdrücke ‚etwa‘, ‚circa‘ oder ähnliche sind dahin auszulegen, daß eine Abweichung von 10 % nach oben oder nach unten vom Akkreditivbetrag, von der Warenmenge oder vom Stückpreis der Ware je nach dem, wo die Ausdrücke in den Anweisungen verwendet werden, statthaft ist.

Wenn das Akkreditiv die Menge nicht in Verpackungseinheiten oder Behältern oder in Stückzahlen bezeichnet, ist ein Mehr oder Weniger von 3 % von der im Akkreditiv bezeichneten Gesamtsumme erlaubt, selbst wenn die Akkreditivbedingungen bestimmte Gewichte oder Maße vorschreiben, es sei denn, im Akkreditiv ist ausdrücklich vorgeschrieben, daß die angegebene Menge nicht über- oder unterschritten werden darf.“

Wie sich aus der obigen Bestimmung klar ergibt, bedürfen die „Toleranzen“ bezüglich der Einzel- oder Gesamtpreise allerdings der ausdrücklichen Vereinbarung der Beteiligten bei Eröffnung des Dokumenten-Akkreditivs.

Größte Schwierigkeiten kann demgegenüber die Feststellung der Übereinstimmung der Warenbezeichnung in den verschiedenen Dokumenten bereiten. Jede Branche des Handels und der Industrie, die sich ja alle in mehr oder minder großem Umfang der Einrichtung des Dokumenten-Akkreditivs bei der

Abwicklung ihrer Geschäfte bedienen, hat ihre eigenen Bezeichnungen und Abkürzungen technischer Art für die von ihr vertriebene oder hergestellte Ware, die der Brancheunkundige meist nur unter vereinfachten Namen kennt. Die Handelspartner, d. h. Akkreditiv-Auftraggeber und -Begünstigter, können für ihr Geschäft nicht auf diese Ausdrücke verzichten, denn der erstere muß bei Realisierung des Akkreditivs sicher gehen, daß die Bank Zahlung nur für die ganz bestimmte Ware leistet, was letzterer und die Bank nur mit genauer Angabe derselben auf den Dokumenten garantieren können. Andererseits ist es für die Bank unmöglich und unzumutbar, die technischen Bezeichnungen der verschiedenen Branchen kennen und unterscheiden zu können, sie kann sich nur auf die im Akkreditiv ergangenen Weisungen verlassen und muß diese daher auf das Genaueste beachten. Wenn es auch in den „Allgemeinen Bemerkungen“ der „ER“ (Absatz 2) heißt: „In Dokumenten-Akkreditiven enthaltene Weisungen müssen in jeder Hinsicht vollständig und genau sein; technische Ausdrücke oder überflüssige Einzelheiten sind zu vermeiden, damit Irrtümern und Mißverständnissen vorgebeugt wird“, so ist dies doch mehr ein frommer Wunsch, der in der Praxis im Hinblick auf die Interessen vor allem des Akkreditiv-Auftraggebers undurchführbar ist.

Gerade hinsichtlich der Warenbezeichnung in den verschiedenen Dokumenten muß sich also die Bank mit äußerster Strenge an die in den Akkreditivbedingungen enthaltenen Weisungen ihres Auftraggebers halten und bei Prüfung der betreffenden Dokumente die Regel des Art. 33 „ER“ zugrunde legen. Selbst auf die Gefahr hin, eines übertriebenen Formalismus geziehen zu werden, ist deshalb die Meinung von Zahn (a. a. O., S. 83) abzulehnen, der schreibt:

„Auf eine genaue Warenbezeichnung in der Faktura kann nur dann verzichtet werden, wenn die Warenbeschreibung in den übrigen Dokumenten (z. B. Analyse, ControllCo-Bescheinigung o. ä.) keinen Zweifel daran läßt, daß mit der in der Faktura gewählten Bezeichnung die im Akkreditiv geforderte Ware gemeint ist. Eine präzise Beschreibung ist jedoch in jedem Falle vorzuziehen.“

Diese Ansicht widerspricht offenkundig der Bestimmung des Art. 33 „ER“, wonach die Beschreibung der Waren in der Handelsfaktura mit der Beschreibung im Akkreditiv übereinstimmen muß. Die Banken lehnen mit vollem Recht in Art. 11 „ER“ jede Haftung und Verantwortung ab für Form, Vollständigkeit, Richtigkeit, Echtheit, Verfälschung oder Rechtswirksamkeit irgendwelcher Dokumente oder Schriftstücke oder für Bezeichnung, Menge, Gewicht, Qualität, Zustand, Verpackung, Lieferung oder Wert der durch die Dokumente vertretenen Waren sowie für die allgemeinen oder besonderen Bedingungen, die in den Dokumenten festgelegt sind, für den guten Glauben oder die Handlungen des Absenders oder jeder anderen Person, sowie für die Zahlungsfähigkeit oder den Ruf, etc. der Frachtführer oder der Versicherer der Waren. Umso mehr muß aber der Akkreditiv-Auftraggeber, der diese Risiken

in der Hauptsache trägt, sich darauf verlassen können, daß die Bank nicht nur mit äußerster Sorgfalt bei der ihr zufallenden Prüfung der Dokumente vorgeht, sondern auch mit äußerster Strenge seine Weisungen hinsichtlich der von ihm spezifizierten Warenbeschreibung in den Dokumenten beachtet. Die Genauigkeit, die von den Banken bei der Prüfung der Warenbeschreibung verlangt wird, ist aus den im folgenden angeführten Beispielen aus der Rechtsprechung ersichtlich. Es muß zu diesen Entscheidungen im vorweg betont werden, daß es sich in den einzelnen dargestellten Fällen nicht darum handelte, daß die H a n d e l s f a k t u r e n nicht übereinstimmende Warenbezeichnungen enthielten, es handelte sich vielmehr stets darum, daß die ü b r i g e n Dokumente, bzw. einzelne von ihnen, derartige Warenbeschreibungen enthielten. Obwohl für diese Dokumente Art. 33 „ER“, Satz 2 gilt („Soweit die ü b r i g e n Dokumente Beschreibungen der Waren enthalten, werden Beschreibungen in allgemeinen Ausdrücken akzeptiert“.), d. h. kleine Abweichungen von den genau spezifizierten Bedingungen des Akkreditiv-Auftraggebers hinsichtlich der Warenbeschreibung u. U. zulässig sind, mußten die beklagten Banken jeweils den Schaden ersetzen, der durch Vernachlässigung ihrer Sorgfaltspflicht dem Akkreditiv-Auftraggeber entstanden war.

Ein besonders beispielhafter Fall dafür, wie notwendig und unumgänglich der von den übrigen Wirtschaftskreisen bei Realisierung eines Dokumenten-Akkreditivs oft gerügte Formalismus der Banken bei Prüfung der vorgelegten Dokumente ist, wurde am 24. März 1958 vom Bundesgerichtshof entschieden (abgedruckt in AWD des Betriebs-Beraters 1958, Seite 99):

Ein ausländischer Käufer hatte bei einem deutschen Unternehmer 1500 Tonnen im sogenannten Sprühverfahren (spray-process) hergestelltes Milchpulver bestellt. Der Kaufpreis sollte durch das Akkreditiv einer deutschen Bank gezahlt werden, und zwar gegen Vorlage verschiedener Dokumente, unter anderem eines „Certificate of analysis“ und eines „Certificate of Inspection“, in denen bescheinigt werden sollte:

„1500 M/Ts ... of Skimmed Milk Powder (Magermilchpulver); spray-process; prime (hervorragend), sound (unverdorben) and fresh edible (unverändert genießbar) ...“. Später wurden der Bank als „Certificate of analysis“ und als „Certificate of Inspection“ Bescheinigungen vorgelegt, die von öffentlich angestellten und vereidigten Handelschemikern ausgestellt waren und lauteten:

„Re: 1 Sample of „Powdered edible dried skim milk (Spray Process)“ drawn on July 21, 1952 ... – folgt die Menge und Markierung – ... Contents: Moisture ..., Fat ..., Bacteria ...

The ‚Powdered edible dried skim milk (Spray Process)‘ is in good condition, of good commercial quality, prime, sound and fresh and edible.“

Übersetzung: „1 Probe von ‚pulverförmiger, eßbarer, getrockneter Magermilch (im Sprühverfahren hergestellt)‘ entnommen am 21. Juli 1952 ... – folgt die Menge und Markierung – ... Enthält Feuchtigkeit ..., Fett ..., Bakterien ... Die ‚pulverförmige, eßbare, getrocknete Magermilch (im Sprühverfahren hergestellt)‘ ist von guter Beschaffenheit, von guter Handelsqualität, hervorragend, unverdorben und frisch und genießbar.“

Die Bank zahlte daraufhin den Akkreditivbetrag aus. Als der Käufer kurz darauf behauptete, er sei vertragswidrig mit Milchpulver beliefert worden, das im Walzverfahren (roller-process) hergestellt und darum minderwertiger sei, entstand Streit über die Frage, ob die Bank berechtigt gewesen sei, auf die ihr vorgelegten Dokumente hin das Akkreditiv auszuzahlen. Der Bundesgerichtshof war der Ansicht, die Dokumente hätten den Akkreditivbedingungen nicht entsprochen, weil die entscheidenden Wörter in Anführungszeichen gestanden hätten.

„... Es kann nicht genügen, daß in der Urkunde sämtliche Wörter wiederkehren, die im Akkreditiv verwendet worden sind, um die Eigenschaften der Ware zu kennzeichnen. Maßgebend ist wie bei Willenserklärungen (§ 133 BGB) ihr Sinn. Bei der hiernach nötigen Auslegung des Zeugnisses über die Ware mochte die ... (Bank) zu dem Ergebnis gelangen, daß sie auch das Herstellungsverfahren (spray-process) als geprüft bescheinigten. Jedoch ist die Auffassung des Berufungsgerichts (als Vorinstanz), diese Auslegung sei die einzig mögliche gewesen, weil der Inhalt der Urkunde aus sprachlichen Gründen eindeutig sei, ... rechtsirrtümlich. In dem Satz: „The ‚Powdered edible dried skim milk (Spray Process)‘ is in good condition, of good economical quality, prime sound and fresh and edible“ ist das Subjekt mit seinen Nebengliedern in Anführungszeichen eingeschlossen. Das Berufungsgericht beachtet nicht und läßt damit einen Erfahrungssatz außer Betracht (vgl. Urt. des BGH vom 2. 5. 1956 in Bestätigung von RGZ 105/417; BGHZ 24/39), daß nach den allgemeinen Regeln der Zeichensetzung vor allen Dingen durch die Anführungszeichen zum Ausdruck gebracht werden kann, daß der Schreibende die so hervorgehobenen Worte als nicht von ihm herührend kennzeichnen will (vgl. Duden, Rechtschreibung, Vorbem. IV, Nr. 2, ebenso in der hier benutzten englischen Sprache: „„Quotation Marks“). (Hinzu komme noch, daß der Käufer sich an die Bank gewandt und sie ersucht habe, den Akkreditivbetrag nicht zu zahlen, weil die Zertifikate nicht den Akkreditivbedingungen entsprächen.)

Der zweite hier interessierende Fall wurde am 18. März 1957 von der 3. Kammer des Cour d'Appel in Brüssel entschieden. In diesem Falle hatte eine holländische Firma bei einer belgischen Firma eine bestimmte Menge „Sulfadiazine B. P. Powder“ gekauft. Für den Kaufpreis hatte die Käuferin über

ihre eigene Bank zugunsten des Verkäufers ein unwiderrufliches Dokumenten-Akkreditiv in Höhe von bfrs. 2 870 000–, zahlbar bei einer belgischen Bank, eröffnen lassen. Dieses unwiderrufliche Dokumenten-Akkreditiv sollte übertragbar sein. Neben anderen Dokumenten hatte die Käuferin in den Akkreditiv-Bestimmungen für die Realisierung des Dokumenten-Akkreditivs die Vorlage einer Empfangsbescheinigung eines erstklassigen Transitaires in Antwerpen über die angegebene Menge der bestimmten Ware verlangt. Die belgische Verkäuferin veranlaßte nach Eröffnung des Dokumenten-Akkreditivs zu ihren Gunsten die Bank, das Dokumenten-Akkreditiv auf ihren deutschen Lieferanten in Hamburg zu übertragen, verlangte aber die Umänderung der Warenbeschreibung von Sulfadiazine B. P. Powder“ in „6-Sulfanilamido 2,4 Dimethyl-diazine Sulfadiazine C. P. White Powder“. Da die Verkäuferin angab, die ausgetauschten Warenbezeichnungen seien gleichbedeutend, kam die Bank diesem Verlangen ohne weiteres nach. Sie war auch damit einverstanden, daß der „erstklassige Transitaire in Antwerpen“ zwei verschiedene Empfangsbescheinigungen ausstellte:

1. „Nous, S. A. Rematex, déclarons avoir reçu de la firma Otto Aldag, Hambourg, un envoie de 2 500 kg net, 6-Sulfanilamido 2,4 Dimethyl-Diazine Sulfadiazine Poudre, à la libre disposition de ...“

2. „Wij N.V. Rematex verklaren hiermede ontvangen te hebben van de Firma Cobelva (Verkäuferin!) ter vrije beschikking van ... (Name der Käuferin!) ... 2 500 kg Sulfadiazine B. P. Powder.“

Auf Grund dieser Quittungen der Rematex glaubte die Bank, das Dokumenten-Akkreditiv realisieren zu können. Nach Abwicklung dieses Geschäfts stellte sich heraus, daß die belgische Verkäuferin sehr wohl wußte, daß die ausgetauschten Warenbeschreibungen nicht synonym zur Bezeichnung der gleichen Ware gebraucht werden konnten, weshalb sie auch wegen Betrugs zu Lasten der holländischen Käuferin verurteilt wurde.

Die holländische Firma aber klagte gegen die belgische Bank auf Schadensersatz, weil diese gewußt habe, daß bei der vorgenommenen Transaktion verschiedene Warenbezeichnungen benutzt worden waren und sie damit gegen ihre Pflichten ihr gegenüber verstoßen habe.

Sowohl die Bank als auch der Transitaire konnten nachweisen, daß sie hinsichtlich der Gleichbedeutung der Warenbezeichnungen von der belgischen Verkäuferin getäuscht worden waren, beide also diesbezüglich gutgläubig gewesen waren. Das Gericht stellte dazu fest, daß es auf die Gutgläubigkeit der Bank hier gar nicht ankommen konnte, denn sie habe ihre Vertragspflichten gegenüber der holländischen Käuferin schon damit verletzt, daß sie das Ak-

kreditiv nicht entsprechend den ihr von dem Akkreditiv-Auftraggeber vorgeschriebenen Formulierungen hinsichtlich der Warenbezeichnung übertragen habe. Es war nicht Pflicht der Bank, die beiden Warenbeschreibungen dahingehend zu prüfen, ob sie nebeneinander gleichwertig für dieselbe Ware zu verwenden waren, ihre Pflicht war es nur, die spezifizierten Weisungen hinsichtlich der Warenbeschreibungen bei der Übertragung des Dokumenten-Akkreditivs und bei der Prüfung der vorgelegten Dokumente im Augenblick der Realisierung desselben zu befolgen. Weil sie dies nicht getan hatte, mußte die Bank den daraus entstandenen Schaden ihres Auftraggebers tragen.

Die angeführten Beispiele mögen Extremfälle darstellen, nichtsdestoweniger zeigen sie sehr deutlich die in der Rechtsprechung herrschende Meinung hinsichtlich dieser speziellen Frage der Übereinstimmung der jeweiligen Warenbezeichnungen: Die Bank ist verpflichtet, sich streng an die Weisungen ihres Auftraggebers zu halten. Versäumt sie dies auch nur geringfügig, so haftet sie dem Auftraggeber für jeden Schaden, welcher diesem durch die Zahlung der Akkreditiv-Summe entsteht.

An dieser Stelle soll nochmals auf die Ansicht von Zahn zurückgekommen werden, der dann gegebenenfalls auf eine genaue Warenbezeichnung verzichten zu können glaubt, wenn die Warenbeschreibung in den übrigen Dokumenten (z. B. Analyse, ControllCo-Bescheinigung o. ä.) keinen Zweifel daran läßt, daß mit der in der Faktura gewählten Bezeichnung die im Akkreditiv geforderte Ware gemeint ist. Handelt eine Bank nach dieser Ansicht und kommt der Akkreditiv-Auftraggeber durch die Zahlung der Bank zu Schaden, sei es, daß tatsächlich eine ganz andere Ware geliefert wird, sei es, daß die vorgelegten Dokumente Fälschungen waren, so wird sie kein Gericht, dies zeigt vor allem die zitierte Entscheidung des BGH vom 24. 3. 1958, von ihrer Haftung gegenüber dem Akkreditiv-Auftraggeber befreien. Die Bank hat eben nicht nachzuprüfen, ob „mit der in der Faktura gewählten Bezeichnung die im Akkreditiv geforderte Ware gemeint ist“, für die Bank gilt das Prinzip, daß die Beschreibung der Ware in der Rechnung mit der Beschreibung im Akkreditiv übereinstimmen muß, d. h. die über Ziff. 28 der AGB neben ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen geltende Bestimmung des Art. 33 „ER“.

Es gibt gerade für diese spezielle Frage der Übereinstimmung der Warenbezeichnungen eine Reihe von Entscheidungen, die sozusagen „klassisch“ geworden sind, d. h. immer wieder zitiert werden. Es handelt sich meist um britische oder amerikanische Entscheidungen, da vor allem im britischen Rechtskreis besonders strenge Anforderungen hinsichtlich der Übereinstimmung der Warenbezeichnungen auf den Handelsfakturen und den entsprechenden Versandpapieren gestellt werden. Zahn (vgl. Fußnote 137,

S. 82 a. a. O.) zitiert den unter dem Namen „Truck-Case“ bekannt gewordenen Fall des Rechtsstreits Bank Melli Iran v. (versus) Barclays Bank (vgl. Davis, a. a. O., S. 141), in dem die Warenbeschreibung im Dokumenten-Akkreditiv lautete: „100 new Chevrolet trucks“, während alle vorgelegten Dokumente die Warenbezeichnung „100 Chevrolet trucks in new condition“ trugen. Die bestätigende Barclays Bank in London hatte gegen diese Dokumente das Dokumenten-Akkreditiv realisiert und wurde daraufhin erfolgreich von der Akkreditivbank Melli Iran auf Schadensersatz verklagt.

Der wohl „klassischste“ Fall ist aber der sogenannte „Coromandel-Case“, der das Musterbeispiel für die in England herrschende strenge Auffassung hinsichtlich der Übereinstimmung der Warenbeschreibung nicht nur auf den Fakturen, sondern auch vor allem auf den Versandpapieren ist, vgl. Zahn, a. a. O., S. 91, Fußnote 153 sowie DAVIS, a. a. O., S. 135. In diesem Fall (Rayner & Co v. Hambro's Bank Ltd.) lautete die Warenbezeichnung des „Letter of Credit“¹⁾ über „Coromandel Groundnuts“, wofür Rechnung und Konnossemente bei Realisierung beigebracht werden sollten. Rechnung über „Coromandel Groundnuts“ wurde auch vorgelegt, die Konnossemente lauteten jedoch über „C. R. S., machine-shelled groundnut kernels“. Die Bank verweigerte daraufhin die Zahlung, obwohl vorgebracht wurde, daß diese Bezeichnung in den entsprechenden Händlerkreisen das gleiche wie die verlangte bedeutete. Das Berufungsgericht gab der Bank in vollem Umfang Recht, weil es unzumutbar sei, daß die Bank die jeweils üblichen technischen Ausdrücke einer Branche kennen solle, sie sich vielmehr nur an die Vereinbarungen des Akkreditivs zu halten habe.

Schließlich sei noch der Fall Guaranty Trust Co. of New York v. Van den Berghs (DAVIS, a. a. O., S. 139) angeführt, in dessen Entscheidung die Bestimmung des Art. 33, Satz 2 „ER“ zugrunde gelegt sein könnte.

Die klagende Bank hatte im Auftrag des beklagten Importeurs einen Letter of Credit eröffnet. Die Warenbezeichnung sollte in den vorzulegenden Dokumenten über „Manila coco-nut oil“ lauten. Neben den üblichen Dokumenten, u. a. den Konnossementen, sollte eine Herkunftsbescheinigung vorgelegt werden. Die geforderten Dokumente wurden auch alle vorgelegt, sie trugen auch alle bis auf die Konnossemente die Warenbeschreibung „Manila coco-nut oil“. Die Konnossemente allein lauteten über „coco-nut oil“. Die Bank hatte die vorgelegten Dokumente honoriert, der Importeur aber verweigerte die Abnahme der Dokumente und Zahlung an die Bank mit dem Hinweis auf die Nichtübereinstimmung der Warenbezeichnung in den Konnossementen.

Das Gericht sprach die Klage der Bank in vollem Umfang zu und führte in seiner Begründung aus, daß Rechnungen und vor allem die Herkunftsbeschei-

¹⁾ Über die Unterschiede zwischen Dokumenten-Akkreditiv und „Letter of Credit“ vgl. Wiele, a. a. O.

nigung der durch die Konnossemente vertretenen Ware keinen Zweifel daran lassen, daß es sich bei dieser Ware nicht allein um „coco-nut oil“, sondern speziell um „Manila coco-nut oil“ handelt.

Zusammenfassend kann zu der Frage der Übereinstimmung der Warenbeschreibung oder -bezeichnung bei Prüfung der Übereinstimmung der vorgelegten Dokumente mit den Bestimmungen derselben in den Akkreditivbedingungen nur nochmals wiederholt werden, daß es sich dringend empfiehlt, im Interesse aller Beteiligten, die diesbezüglichen Bestimmungen der „ER“ genau zu beachten und im Handelsverkehr mit britischen Banken noch gesondert darauf zu achten, daß die erforderlichen Versandpapiere ebenfalls genau mit den Akkreditivbedingungen übereinstimmen. Irgendwelche Kompromisse, wie sie Zahn (s. o.) generell verantworten zu können glaubt, können recht gefährlich für die Banken werden.

c) Versand-Dokumente, insbesondere das Konnossement (Clean Bill of Lading). Die Versandpapiere gehören naturgemäß zu den wichtigsten Dokumenten, die bei Realisierung eines Dokumenten-Akkreditivs vorzulegen sind. Sie variieren stets entsprechend den für den jeweiligen Fall gewählten Transportmitteln im Rahmen des zwischen Importeur und Exporteur getätigten Handelsgeschäfts. Entsprechend den einzelnen Transportarten sind, wie bereits kurz erwähnt, die jeweils zu präsentierenden Versand-Dokumente in Art. 15 „ER“ aufgezählt, als da sind:

1. Im Seeverkehr: Ein voller Satz Seekonnossemente in negoziierbarer und übertragbarer Form;
2. Im Binnenverkehr: Voller Satz Binnenschiffahrtskonnossemente bzw. Bahn-Transportdokumente;
3. Im Postverkehr: Posteinlieferungsschein oder sonstige Post-Aufgabe-Bescheinigungen;
4. Im Luftfrachtverkehr: Luftpost-Einlieferungsschein oder sonstige Luft-Transportdokumente.

Die große Bedeutung des Dokumenten-Akkreditiv-Geschäftes für den Übersee-handel hat es mit sich gebracht, daß unter allen aufgezählten Transportdokumenten das **S e e k o n n o s s e m e n t** den wichtigsten Platz einnimmt. Die folgenden Erörterungen, welche sich im Rahmen der vorliegenden Arbeit nur mit einigen besonders wichtigen Punkten bei der Überprüfung der zwecks Realisierung eines Dokumenten-Akkreditivs vorgelegten Dokumente befassen will, werden sich daher auf Einzelfragen im Zusammenhang mit den Seekonnossementen beschränken.

Zu den Fragen, welche trotz aller Versuche der Klärung noch immer einer endgültigen, allgemein akzeptierten Lösung harren, gehört die nach der „Reinheit“ eines Konnossements, die Frage nach der Natur der „Clean Bill of Lading“.

Diese Frage ist deshalb von so außerordentlicher Bedeutung, weil die Banken nach allgemeinem Handelsbrauch im Rahmen der Realisierung von Dokumenten-Akkreditiven grundsätzlich nur „reine“ Versanddokumente für ihre Auftraggeber hereinnehmen dürfen, wenn sie nicht für eventuelle nachteilige Folgen für denselben haften wollen. Eine Definition des „reinen“ Versand-Dokumentes ist in Art. 18 Absatz 2 „ER“ enthalten: „Reine Versand-Dokumente sind solche, die keine hinzugefügten Klauseln enthalten, die ausdrücklich den Zustand der Ware oder der Verpackung als mangelhaft bezeichnen.“ Ausnahmen davon sind in Artikel 18/III „ER“ niedergelegt: „Folgende Klauseln sind nicht als derartige Vorbehalte anzusehen:

- a) Klauseln, die nicht ausdrücklich besagen, daß die Waren oder die Verpackung unzulänglich sind, z. B. ‚gebrauchte Kisten‘ ‚gebrauchte Fässer‘ usw.;
- b) Klauseln, die betonen, daß der Frachtführer für Risiken nicht haftet, die in der Natur der Waren oder der Verpackung begründet sind;
- c) Klauseln, mit denen die Frachtführer zum Ausdruck bringen, daß sie von Inhalt, Gewicht, Maß, Güte oder technischer Spezifikation der Ware keine Kenntnis haben.“

Die Definition und die zulässigen Ausnahmen für hinzugefügte Klauseln auf dem Konnossement, welche nicht „unrein“ machen, sind klar und eindeutig und bedürften keiner Interpretation. Jedoch macht sich an dieser Stelle die große Bedeutung der Tatsache bemerkbar, daß Großbritannien sich den „ER“ der Internationalen Handelskammer nicht angeschlossen hat. Englische Banken waren es nämlich, die den Begriff eines „unreinen“ (unclean) Konnossements in der Praxis erweitert sehen wollten. Ein interessantes Beispiel für diese Tendenz findet sich in dem Urteil der QUEEN'S BENCH DIVISION vom 20. 12. 1957 in Sachen Imex Industries Ltd. gegen Midland Bank Ltd., abgedruckt in The Weekly Law Reports (W. L. R.), 1958, S. 103 ff., sowie in AWD des Betriebs-Beraters, 1958, S. 59:

Eine jordanische Firma hatte von einer britischen Firma Stahlbarren gekauft. Es war Sukzessivlieferung vereinbart. Die Käuferin mußte für jede Lieferung ein unwiderrufliches Dokumenten-Akkreditiv bei ihrer Bank in Jordanien eröffnen. Nach Erhalt der ersten Lieferung erhob die Käuferin Mängelrüge und versuchte auf dem Wege einer einstweiligen Verfügung, das zweite Akkreditiv zu blockieren. Sie hatte keinen Erfolg, weder in der ersten Instanz noch beim Court of Appeal (vgl. oben S. 22).

Nachdem es der Käuferin also nicht gelungen war, der Verkäuferin die Realisierung der vertragsmäßig eröffneten Dokumenten-Akkreditive unmöglich zu machen, kam es zum Streit zwischen der Verkäuferin und der Midland-Bank über die Ordnungsmäßigkeit der Dokumente, die kurz vor Ablauf der Gültigkeitsdauer des Dokumenten-Akkreditivs eingereicht worden waren. Die Midland Bank verweigerte die Zahlung deshalb, weil die vorgelegten Konnossemente unter den auf der Rückseite in kleiner Druckschrift wiedergegebenen Bedingungen eine „Zusatzklausel B“ enthielten, wonach das Schiff bei Eisen- und Stahltransporten für richtige Auslieferung im Entladehafen nur dann haften sollte, wenn Aufmachung und Markierung der Ware den näher bezeichneten Anforderungen genügten. Eine derartige Klausel bedeute, so meinte die Bank, entweder einen Vorbehalt, der das Konnossement unrein mache, oder aber eine Freizeichnung, die die Bank zur Zahlungsverweigerung dann berechtige, wenn das Konnossement nicht einen ausdrücklichen Vermerk des Verfrachters trage, wodurch bescheinigt werde, daß den betreffenden Aufmachungs- und Markierungsvorschriften genügt sei.

Das Gericht hielt dem zunächst entgegen, daß eine gedruckte Konnossementsklausel wie die „Zusatzklausel B“ nicht geeignet sei, dem Konnossement den Reinheitscharakter zu nehmen. Der Begriff des reinen Konnossements sei zwar bisher noch nicht „erschöpfend“ (exhaustively) definiert worden, man könne aber der Ansicht sein, daß ein Konnossement dann „rein“ sei, wenn es „keine Vorbehalte hinsichtlich der guten Ordnung und Beschaffenheit der Waren und Verpackung“ enthält. In diesem Sinne seien die streitigen Konnossemente unzweifelhaft als rein anzusehen.

Die „Zusatzklausel B“ gebe der Bank keinen Anspruch auf einen Vermerk des Kapitäns auf dem Konnossement, daß den Vorschriften über Aufmachung und Markierung der Ware genügt sei. Insoweit lege die Bank der „Zusatzklausel B“ eine Wirkung bei, die mit den einschlägigen Bestimmungen der auf den vorliegenden Transportvertrag anwendbaren HAAGER REGELN an sich schon als unvereinbar zu betrachten sei.

Die Pflicht der Banken zur Nachprüfung der Dokumente bei der Akkreditiv-Abwicklung muß nach Ansicht des Gerichts auf ein vernünftiges Maß beschränkt bleiben. Die Bank sei ihren Korrespondenten gegenüber wohl kaum verpflichtet, mehr zu tun, als sich zu vergewissern, daß die richtigen Dokumente vorgelegt worden sind und „daß die Konnossemente nicht einen Vermerk des Befrachters oder des Verfrachters enthalten, der vernünftigerweise auf tatsächliche oder mögliche Mängel hinsichtlich des Zustandes der Ware oder Verpackung schließen läßt.“

DAVIS (a. a. O., S. 130 ff.) arbeitet 1954 noch mit der Definition der Clean Bill of Lading von Pollock und Bruce (Maude & Pollock, LAW OF MERCHANT SHIPPING, 4th edition – 1881 –, by Pollock and Bruce, Seite 341): „A bill of

lading commonly states that the goods are shipped in good order and condition and are to be delivered in like good order and condition and a bill of lading in such form is commonly called a clean bill of lading. But as it frequently happens that when the goods are shipped the master has no means of judging of the quality or condition of the goods or even the nature of the contents of the packages put on board, it is usual to qualify the statement in the body of the bill by adding in the margin or at the foot of the bill of lading 'weight, contents and value unknown', or similar words. Where this is done the words so added contrall the bill of lading and operate to relieve the master and owners from any statements contained in the body of the instrument relating to the weight, contents and value of the goods which are not true in fact."

Übersetzung: „Ein Konnossement bestätigt im allgemeinen, daß die Waren ordnungsgemäß und in gutem Zustand verschifft wurden und ebenso ordnungsgemäß und im gleichen Zustand ausgeliefert werden müssen. Ein Konnossement in dieser Form wird allgemein als ‚clean bill of lading‘ angesehen. Da es aber bei Verschiffung der Waren oft vorkommt, daß der Frachtführer keine Möglichkeit hat, die Güte oder den Zustand der Waren oder auch nur die Natur des Inhalts der Verpackung zu beurteilen bzw. zu bestimmen, ist es üblich, den Inhalt des Konnossements (hinsichtlich Art, Zahl und Gewicht der Waren – d.Ü.) derart zu qualifizieren, daß am Rande oder am Fuß des Konnossements die Bemerkung ‚Gewicht, Inhalt und Wert unbekannt‘ oder ähnliche Worte hinzugefügt werden. Derartige Hinzufügungen bestimmen den Inhalt des Konnossements in der Weise, daß sie den Frachtführer und den Reeder von jeder Haftung für den Inhalt des Dokuments hinsichtlich Gewicht, Wert und Inhalt der Ladung befreien, wenn dieser nicht mit der tatsächlichen Ladung übereinstimmt.“

Die englische Rechtsprechung betrachtete diese ganz allgemein gehaltenen Beifügungen als Klauseln, welche das Konnossement „unrein“ machen (vgl. Resitution SS Co. v. Pirie), während DAVIS der Meinung ist, sie machten das Konnossement nur dann unrein, wenn dasselbe bezüglich der Ware eine Qualitätsbestimmung wie z. B. „first-grade granulated sugar“ enthalte und die Randbemerkung auf dem Konnossement „quality unknown“ hinzugefügt werde.

Aus oben Gesagtem ergibt sich, daß die englische Auffassung eines „reinen Versanddokuments“ strenger ist als die in Art. 18 Abs. 2 „ER“ enthaltene, wonach ausschließlich die den Zustand der Ware oder der Verpackung betreffende Klauseln ein Versanddokument „unrein“ machen, während sie ansonsten nur darauf zu achten hat, daß die die Qualität der Ware usw. betreffenden Bezeichnungen den Bedingungen des Dokumenten-Akkreditivs entsprechen. Eine weltweite Diskussion auf allerdings ganz anderer Grundlage über

die Clean Bill of Lading brachte im Jahre 1954 der sogenannte „Caspiana-Fall“ und die darauf folgende „Caspiana-Klausel“ mit sich:

Am 3. September 1954 nahm der Frachtdampfer „Caspania“ der Palmyra Trading Corp., Panama, in Vancouver und Nanaimo (Brit. Kolumbien) eine Ladung Holz für London und Hull an Bord.

Zum 14. Oktober wurde das Schiff in London erwartet. Am 28. September brach in den Royal Albert Docks in London der erste Hafenarbeiterstreik aus, der sich dann ausdehnte und am 13. Oktober 1954 den gesamten Londoner Hafen lahmlegte. Als dann auch der Hafen von Hull bestreikt wurde, gab die Reederei dem Kapitän der „Caspiana“ Order, Hamburg anzulaufen und dort die für London und Hull bestimmte Fracht zu löschen. Mit Löschung der Fracht glaubte die Reederei, ihre Vertragspflichten aus dem Transportvertrag erfüllt zu haben und unternahm daher nichts, um das Holz nach Beendigung der Streiks nach England zu transportieren. Die Indossatarin der Konnossemente, eine Londoner Firma, war gegenteiliger Ansicht und verklagte die Reederei auf Schadensersatz.

In erster Instanz wurde die Reederei verurteilt. In der Begründung seiner Entscheidung setzte sich der Einzelrichter (JUDGE McNair, Queen's Bench Division, Urteil vom 7. 10. 1955) mit der von der Reederei angeführten Klausel 14 (§ f) des Transportvertrages auseinander, in welcher es heißt: „daß für den Fall, daß ... Streiks, Aussperrungen, Be- oder Entladeschwierigkeiten das Schiff hindern, den Verladehafen zu verlassen oder den Entladehafen anzulaufen, dort in üblicher Weise die Ladung zu löschen und den Hafen zu verlassen, und zwar alles in voller Sicherheit und ohne Verzögerung, der Kapitän berechtigt ist, die Ladung im Verladehafen oder jedem anderen sicheren und für ihn günstigen Hafen zu löschen, und daß die Löschung der Fracht in Anbetracht des vorstehenden Abschnitts als Erfüllung des Transportvertrages anzusehen ist.“

Er legte diese Klausel dahin aus, daß sie dem Sinn eines Transportvertrages widerspreche, weil die Bestimmung eines dritten Entladehafens keine Erfüllung dieses Vertrages darstellen könne, vielmehr die Reederei nunmehr verpflichtet sei, die Fracht nach Beendigung der Entladehindernisse in den Zielhafen auf ihre Kosten nach dort zu verbringen.

Es bedarf keiner näheren Schilderung, welch erhebliches Aufsehen diese Entscheidung in Reederkreisen der gesamten Welt erregte. Als Antwort darauf entschlossen sich zahlreiche Reedereien, die sogenannte „Caspiana-Klausel“ von nun an in alle Seetransportverträge aufzunehmen. Diese lautete im Original:

„a) If and to the extent that this bill of lading provides for the discharge or the delivery of the goods at a named port of discharge, any obligation of the

carrier to discharge or deliver the goods at the named port is hereby expressly declared and agreed to and to be qualified by all the exceptions, limitations, conditions, and liberties accorded to the carrier by this bill of lading and (but without prejudice to the generality of the foregoing) in the event of the happening of any event or events therein referred to, such exceptions, limitations, conditions and liberties shall be construed (inter alia) as permitting final discharge or delivery at a port or ports, place or places alternative to that named port or as permitting the vessel with the goods on board to refrain from proceeding to or to depart from or subsequently to return to that named port (all as the case may be) and every thing done or omitted to be done in pursuance of such exceptions, limitations, conditions and liberties shall form part of the contract or intended voyage notwithstanding that such act or omission shall or may operate to any extent to delay, defeat or frustrate, wether in the whole or in part, discharge or delivery at that named port.

b) The provisions of this clause shall be construed as being in addition to and not in derogation of all other exceptions, limitations, conditions and liberties accorded to the carrier by this bill of lading.

c) If and to the extent that any provision to this clause or any other provision of this bill of lading shall be repugnant to or inconsistent with any Hague Rules legislation incorporated therein, that provision shall be void but only to the extent of such repugnancy or inconsistency and no further." (Text aus „Journal de la Marine Marchande“, Nr. 1906, vom 28. 6. 1956.)

Wenngleich das Londoner Berufungsgericht die Entscheidung des Einzelrichters mit seinem Urteil vom 20. 12. 1955 aufhob und diese Entscheidung auch durch das Urteil des Obersten Britischen Gerichtshofes vom 5. 12. 1956 bestätigt wurde, was die wichtigsten englischen Reedereien veranlaßte, die „Caspiana-Klausel“ auf Anraten der Londoner Handelskammer aus ihren Transportverträgen wieder zu entfernen, so ist diese Klausel doch noch immer auf einzelnen Transportverträgen zu finden. Eine ganze Reihe Banken, vor allem der City, waren nun der Ansicht, die Klausel mache das Konnossement, welche sie enthalte, „unclean“. Sie gingen dabei von dem Begriff der „clean bill of lading“, wie er allgemein im Seerecht verstanden wird, aus. Danach ist ein reines Konnossement im weiteren Sinne ein Dokument, das nicht nur frei ist von Übereinstimmungsklauseln oder Randbemerkungen, d. h. frei von Vorbehalten hinsichtlich Zahl, Menge, Gewicht, Qualität oder Beschreibung der Ware oder Verpackung, deren Fehlen als Kriterium für die Reinheit eines Konnossements im engeren Sinne anzusehen ist, sondern das auch ganz allgemein frei ist von irgendwelchen Klauseln, die den Haager Regeln entgegenstehen.

Um demnach der „Caspiana-Klausel“ eine die Reinheit des Konnossements beeinträchtigende Wirkung beilegen zu können, müßte sie entweder die Waren betreffen, für deren Transport das Konnossement ausgestellt wurde, oder Transportbedingungen aufstellen, die den Haager Regeln widersprechen.

Unter die erste Gruppe kann die „Caspiana-Klausel“ schon allein auf Grund ihres Textes nicht fallen, wohl aber könnte sie die Haager Regeln über allgemeine Haftausschließungsgründe im Seefrachtverkehr verletzen und somit das Konnossement im weiteren Sinne „unclean“ machen. Aber auch letzteres ist nicht der Fall, denn die „Caspiana-Klausel“ wurde gerade im Hinblick auf die Einhaltung der Haager Vereinbarung mit besonderer Sorgfalt abgefaßt, wie dies in ihrem Abschnitt c) zum Ausdruck kommt: „If and to the extent that any provision to this clause or any other provision of this bill shall be repugnant to or inconsistent with any Hague Rule legislation incorporated herein, that provision shall be void but only to the extent of such repugnancy or inconsistency and no further.“

Übersetzung: „Für den Fall und in dem Umfang, in dem irgendeine Bestimmung dieser Klausel oder irgendeine andere Bestimmung dieses Konnossements den Vorschriften der Haager Regeln widersprechen oder mit diesen unvereinbar sein sollte, soll diese Bestimmung nichtig sein, jedoch nur im Umfange des Widerspruchs und der Unvereinbarkeit und nicht weiter.“

Die Kommission für Banktechnik und -praxis der Internationalen Handelskammer hat die Frage der „Caspiana-Klausel“ in ihrer Sitzung vom 26./27. 1. 1956 behandelt. Wie zu erwarten war, hat die Kommission eine Prüfungspflicht der Banken hinsichtlich der „Caspiana-Klausel“ abgelehnt und folgende Gründe angeführt:

1. Die „Caspiana-Klausel“ sei Inhalt der Transportvertragsbedingungen. Diese Transportbedingungen hätten die Banken nicht zu werten, da in Art. 11 „ER“ ausdrücklich festgelegt sei, daß die Banken bezüglich der inhaltlichen Bedeutung der Dokumente von jeder Haftung befreit seien.
2. Der von den Banken bei Prüfung der Dokumente im Rahmen der Realisierung eines Dokumenten-Akkreditivs zugrundezulegende Begriff des „reinen“ Konnossements sei in Art. 18/II „ER“ definiert und betreffe nicht den Inhalt der „Caspiana-Klausel“.

Wenn auch die Kommission nach Obengesagtem die Anwendung des Begriffs des reinen Konnossements im weiteren Sinne im Rahmen der Prüfungspflicht der Banken ablehnt, so ist es doch bemerkenswert und zeugt von einer gewissen Unsicherheit, wenn sie dann weiter feststellt, „daß die ‚Caspiana-Klausel‘ offensichtlich mit Sorgfalt im Hinblick auf die Einhaltung der Haager

Regeln abgefaßt wurde und damit kein neuer Fall der Nichthaftung des Transportführers begründet werden sollte.“ Mit derartigen Feststellungen begibt sich die Kommission auf einen Weg, der im weiteren recht gefährlich für die Banken werden könnte. Es sollte den Banken im eigensten Interesse vorbehalten bleiben, lediglich die Übereinstimmung der vorgelegten Dokumente mit den Weisungen ihres Auftraggebers zu überprüfen. Sollten sie nämlich, und dahingehend zeichnete sich in dem Kommissionsbericht eine gewisse Tendenz bei der Diskussion der „Caspiana-Klausel“ ab, in irgendeine Erweiterung ihrer Prüfungspflicht einwilligen, so wäre erstens die Haltbarkeit der Haftungsbeschränkungen des Art. 11 „ER“ in Frage gestellt und zweitens, infolge der Erhöhung des Risikos der Banken eine Erhöhung der Kosten zu Lasten des Akkreditiv-Auftraggebers unvermeidlich, was sicher nicht zur Erweiterung des Dokumenten-Akkreditiv-Geschäftes beitragen dürfte.

Die Suez-Krise im Jahre 1957 und die damit zusammenhängende Blockierung des Suez-Kanals für jeglichen Schiffsverkehr, die zur Folge hatte, daß der Schiffsverkehr über das Kap der guten Hoffnung umgeleitet werden mußte, veranlaßte die betroffenen Reedereien, in ihren Konnossementen die sogenannte „Suez-Klausel“ aufzunehmen. Diese „Suez-Klausel“ existierte in folgenden drei Formulierungen:

1. „SUEZ-CLAUSE: if the normal business working of a freight engagement or quotation should in the opinion of the Shipowners be interfered (wether through physical or legal difficulties or through increased costs or otherwise) by the occurrence of, continuance of or by the imminence of any of the following matters, viz: war, hostilities of warlike operations between any nations, the suspension of the normal route via Suez for any reason whatsoever, cessation or prohibition of intercourse, commercial or otherwise, between any nations: sanctions imposed or measures taken by any governments in consequence of or connected with any of the above matters: The Shipowners in addition to any liberties expressed or implied in the Bill of Lading shall have the right to cancel this freight engagement or quotation.“
2. „In the case of events rendering the passage through the Suez Canal impossible or inadvisable according to the judgement of the carriers or the Master, and the vessel therefore proceeds via the cape of Good Hope, a net surcharge of 15% of the freight will be payable by the consignee before delivery.“
3. „The Shipowners shall be at liberty to cancel all quotations and refusals of space or to cancel or suspend their obligations under shipping orders or booking notes and bookings, if the imminence or existence of any war (wether the Shipowner's country is a belligerent or not), the imposition of

sanctions or the taking by any Government of measures whether by international agreement or not or the threatening or actual suspension of the normal route via Suez interferes in the opinion of the Shipowner in any way with the performance by the Shipowner of his obligations or renders it impracticable for him to fulfill same.

If the Shipowner elect to suspend their obligations under shipping orders or booking notes, the shippers shall be at liberty to cancel the shipping order or booking note as regards all future deliveries there-under.

Shipowners reserve the right to either levy a contribution from the cargo interests in case the Suez Canal would be or threatens to be blocked or else discharge the cargo in any other port in the Shipowner's option and consider such discharge final delivery."

Mit dem Wegfall der ihr zugrundeliegenden politischen und wirtschaftlichen Umstände ist diese Klausel naturgemäß auch verschwunden. Es erscheint jedoch sinnvoll in Anbetracht der Tatsache, daß eine Wiederholung, sei es an anderer Stelle (Panama-Kanal usw.), sei es unter anderen oder ähnlichen politisch-wirtschaftlichen Umständen, derartiger Maßnahmen im Rahmen des Möglichen liegen, auch heute und an dieser Stelle die Folgen der Hinzufügung einer solchen oder ähnlichen Klausel auf die Reinheit eines Seekonnossements zu untersuchen.

Das Kernproblem der Suez-Klausel im Hinblick auf die Reinheit des Konnossements liegt darin, daß, wenn bei Umleitung der Fracht über das Kap der guten Hoffnung zusätzliche Frachtkosten entstehen – und das kann in jedem Falle eintreten –, der cif-Käufer diese Kosten zu tragen hat, wenn auch nur insoweit, als sie nicht bereits in den eigentlichen Frachtkosten enthalten sind.

Wenn die Bank nun Konnossemente mit der Suez-Klausel, welche eine Bestimmung über eventuelle Mehrkosten enthält, zurückweist, so nicht deshalb, weil der Akkreditiv-Auftraggeber weder eigentliche noch zusätzliche Kosten zu tragen hat, denn tatsächlich ist der cif-Käufer verpflichtet, sowohl die einen wie die anderen zu tragen: die Frachtkosten, weil sie in der Gesamtrechnung enthalten sind, die zusätzlichen Kosten auf Grund der Bestimmungen der INCOTERMS der Internationalen Handelskammer. Verschieden aber ist der Zeitpunkt, an dem die Zahlungsverpflichtungen entstehen: dieser fällt für die eigentlichen Frachtkosten mit dem Zeitpunkt der Zahlung des Kaufpreises zusammen (cif-Preis!), während die Mehrkosten für die Umleitung der Fracht erst nach erfolgter Umleitung fällig werden, wenn diese Mehrkosten nämlich durch den erfolgten Umweg belegt sind. Gerade aber diese Trennung der Fälligkeiten für die Zahlungen wird von der Suez-Klausel, wenn sie eine Be-

stimmung über zu tragende Mehrkosten enthält, verkannt und bedroht. Wenn nämlich die Bank ein mit dieser Klausel versehenes Konnossement akzeptiert, so würde sie damit gleichzeitig akzeptieren, daß der cif-Kaufpreis, den der Akkreditiv-Auftraggeber und der Akkreditiv-Begünstigte ausgehandelt haben und welcher damit nicht nur Grundlage des Kaufvertrages, sondern auch der Dokumenten-Akkreditiv-Bedingungen geworden ist, variabel sei. Dadurch würde aber die Bank die ihr bei dieser Transaktion zukommende Rolle verlassen, auch wenn im Endeffekt der Käufer unzweifelhaft die Mehrkosten zu tragen verpflichtet ist. Zwar würde die Bank durch Annahme eines Konnossements mit Suez-Klausel den Akkreditiv-Auftraggeber nicht in seinen Rechten verletzen, sie würde aber ein wesentliches Merkmal des Dokumenten-Akkreditivs, dessen Wahrung in ihrem ureigensten Interesse liegt, nämlich die Formenstrenge des Dokumenten-Akkreditivs, verletzen, die der Bank vorschreibt, die Anweisungen des Auftraggebers strikt zu befolgen, und sie muß folglich auch diese Unterscheidungen respektieren, selbst wenn sie dem ersten Anschein nach ohne praktische Bedeutung sind.

Diese Überlegungen bezüglich der Suez-Klausel sind allerdings dann ohne Bedeutung, wenn sie keine Bestimmung über die zu tragenden Fracht-Mehrkosten enthält. Dann kann man davon ausgehen, wie oben im Zusammenhang mit der „Caspiana-Klausel“ bereits erörtert wurde, daß die Klausel den gewöhnlichen Seetransport-Bedingungen nichts hinzufügt, da ja auch sonst der Frachtführer in bestimmten Fällen das Recht hat, gewisse notwendige Änderungen der vereinbarten Frachtbedingungen den Verhältnissen entsprechend vorzunehmen bzw. diese zu annullieren. Derartige Klauseln sind, wie gesagt, nicht in der Lage, die Reinheit eines Konnossements zu beeinträchtigen und unterliegen auch nicht der Prüfungspflicht der Banken im Rahmen der Realisierung eines Dokumenten-Akkreditivs.

In der Praxis war es allerdings so, daß die englischen, französischen und auch die belgischen Banken Konnossemente mit der Suez-Klausel, in welcher Form auch immer diese sich präsentierte, zurückwiesen. Daß dafür sicher nicht nur rein rechtliche oder wirtschaftliche Motive eine Rolle spielten, sei nur am Rande vermerkt. Demgegenüber nahmen die meisten deutschen Banken eine etwas nuanciertere Haltung ein. Sie akzeptierten Konnossemente mit Suez-Klausel dann, wenn sie keine Bestimmung über die zu tragenden Mehrkosten enthielten und die Akkreditiv-Bank einem Lande angehörte, welches die „ER“ angenommen hatte. War dies nicht der Fall, so wurden die Dokumente nur unter Vorbehalt der Genehmigung der Akkreditiv-Bank angenommen. Dieser Vorbehalt wurde aber auch gegenüber Banken geltend gemacht, die die „ER“ anerkannt hatten, falls nach den Dokumenten-Akkreditiv-Bedingungen die Dokumente einer anderen Bank zu übergeben waren, deren Land den „ER“ nicht beigetreten war (also z. B. einer englischen Bank).

Zusammenfassend ist demnach festzustellen, daß die Banken bei der erforderlichen Prüfung der Versanddokumente im Rahmen der Realisierung eines Dokumenten-Akkreditivs, wobei es in erster Linie auf die „Reinheit“ dieser Dokumente ankommt, von dem Begriff des „reinen Versanddokuments“ in Art. 18/II „ER“ auszugehen und ansonsten nur zu prüfen haben, ob diese Dokumente den in dem Vertrag zwischen ihnen und dem Akkreditiv-Auftraggeber enthaltenen Akkreditiv-Bedingungen entsprechen. Es ist nicht Aufgabe der Banken, die einzelnen und gegebenenfalls hinzugefügten Transportbedingungen, welche dem Transportvertrag zwischen dem Frachtführer und einem Dritten zugrunde liegen, auf ihre Übereinstimmung mit den Haager Regeln (für das Seetransportwesen) oder ähnlichen (andere Transportmittel betreffende) Bestimmungen zu überprüfen.

d) Versicherungsdokumente

Auch bei der Prüfung der vom Akkreditiv-Begünstigten bei Realisierung des Dokumenten-Akkreditivs vorgelegten Versicherungsdokumente hat die damit befaßte Bank bestimmte Formalien zu beachten, die teilweise ihren Niederschlag in den Artikeln 28–31 der „ER“ gefunden haben.

Die Grundvoraussetzung für die Annahme der vorgelegten Versicherungsdokumente, daß diese nämlich die in den Akkreditiv-Bedingungen enthaltenen Warenbezeichnungen, das vereinbarte Transportmittel und dessen Reiseweg enthalten, bedurfte keiner Aufnahme in die genannten Artikel der „ER“, da sich diese Notwendigkeit schon aus den allgemeinen Vorschriften über die Übereinstimmung der Dokumente ergibt. Nach Art. 28, Abs. 1 „ER“ sind nur solche Versicherungs-Policen und -Zertifikate aufnahmefähig, die von Versicherungsgesellschaften, ihren Agenten, von Versicherern oder Maklern ausgestellt sind. Wenngleich in der Praxis andere als die genannten Aussteller von Versicherungsdokumenten in der Regel nicht auftreten, ist diese Bestimmung dennoch nicht überflüssig. Es ist in der Praxis z. B. recht häufig, daß ein bedeutender Exporteur alle seine Lieferungen gegen die in seiner Branche üblichen Risiken unter den dafür üblichen Bedingungen pauschal bei irgendeiner Versicherungsgesellschaft versichert hat, wofür er nur eine, ziemlich allgemein gehaltene Versicherungs-Police in Händen hat. Dieser Exporteur könnte als Begünstigter eines Dokumenten-Akkreditivs versuchen, für die in dem Dokumenten-Akkreditiv bestimmte Lieferung ein „Versicherungs-Dokument“ vorzulegen, welches er selbst unter Berufung auf seine Pauschalversicherung, die ja tatsächlich die im Akkreditiv vereinbarten Risiken im Schadensfalle decken kann, ausgestellt hat. Ein solcher Fall ist um so mehr denkbar, als Artikel 15, Absatz 2 „ER“ ausdrücklich sagt: „Die Banken sind berechtigt, auf Versicherungspapiere zu verzichten, wenn ein ihnen ausreichend erscheinender Nachweis erbracht wird, daß die Versicherung gedeckt ist.“

Die Erklärung des Exporteurs in obigem Falle ist nach der Bestimmung des Art. 28/I „ER“ kein Versicherungsdokument, und die Entscheidung der Bank, ob sie in diesem Falle die Dokumente zurückweist oder annimmt, hängt nun davon ab, ob

1. in den Akkreditiv-Bedingungen eine der Annahme der Erklärung des Exporteurs entgegenstehende Bestimmung hinsichtlich der Versicherungs-Dokumente enthalten ist, und
2. ob sie selbst in einer solchen Erklärung einen ausreichenden Nachweis dafür sieht, daß die Versicherung gedeckt ist.

Im Falle des Vorliegens einer besonderen Weisung hinsichtlich der Versicherungsdokumente ist für eine Ermessensentscheidung der Bank hinsichtlich Annahme oder Zurückweisung von derartigen Nachweisen über gedeckte Versicherung nach den allgemeinen Regeln natürlich kein Raum. Fehlt eine solche besondere Weisung des Akkreditiv-Auftraggebers, so spielt für die Entscheidung der Bank, ob sie den Nachweis der Deckung der Risiken durch eine Versicherung als erbracht ansehen will, die wirtschaftliche Funktion des jeweiligen Dokumenten-Akkreditivs eine bedeutsame Rolle. Besteht im jeweils vorliegenden Falle die wirtschaftliche Funktion des Dokumenten-Akkreditivs nur darin, den Kaufpreisanspruch des Akkreditiv-Begünstigten gegenüber dem Akkreditiv-Auftraggeber sicherzustellen (sogenannte „Sicherungsfunktion“ des Dokumenten-Akkreditivs), in welchem Falle der Akkreditiv-Auftraggeber in der Regel verpflichtet ist, den Akkreditiv-Betrag vor Eröffnung des Dokumenten-Akkreditivs durch die Bank bei dieser anzuschaffen, und zwar meist auf ein gesondertes, der Verfügung des Akkreditiv-Auftraggebers entzogenes Akkreditiv-Konto, also nicht etwa ein Kontokorrent-Konto, so kann sich die Bank unter Beobachtung der ihr obliegenden Sorgfaltspflicht gegenüber dem Akkreditiv-Auftraggeber darauf beschränken, die vorgelegten Versicherungsdokumente bzw. die die Deckung der Risiken durch eine Versicherung nachweisenden, andersartigen Dokumente im Sinne der Art. 15 II und 28 ff. „ER“ auf formelle Übereinstimmung mit den Akkreditiv-Bedingungen zu überprüfen, vgl. dazu ZAHN, a. a. O., S. 99/100.

Wesentlich weiter geht im Gegensatz dazu die Prüfung der Versicherungsdokumente oder der sie ersetzenden anderen Dokumente, wenn mit dem betreffenden Dokumenten-Akkreditiv neben seiner Sicherungsfunktion auch noch eine Finanzierungsfunktion verbunden ist, d. h. wenn die eröffnende Bank die Akkreditivsumme dem Akkreditiv-Auftraggeber kreditiert. Hier entsteht zwar der Bank keine besondere, weitergehende Prüfungs- bzw. Sorgfaltspflicht im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit und Übereinstimmung der Dokumente gegenüber dem Akkreditiv-Auftraggeber, wohl aber liegt es in ihrem Interesse, bei dieser Sachlage auch auf den materiellen Inhalt der

Bedingungen des Versicherungsvertrages unter Berücksichtigung der im vorliegenden Einzelfall sich ergebenden Risiken einzugehen, da ja unter Umständen die Deckung des Schadens durch die Versicherung sich als die für sie einzige Möglichkeit herausstellen kann, für die von ihr dem Akkreditiv-Auftraggeber kreditierte Summe, welche an den Akkreditiv-Begünstigten ausgezahlt ist, Deckung zu erhalten.

Diese materielle Prüfung der Versicherungsdokumente ist aber, wie gesagt, eine Angelegenheit, die in die eigene Interessensphäre der Bank fällt und damit außerhalb der hier erörterten Prüfungspflicht der Bank gegenüber dem Akkreditiv-Auftraggeber liegt, so daß auf eine weitergehende Untersuchung derselben hier verzichtet werden muß.

Hinsichtlich der übrigen Bestimmungen der „ER“ für Versicherungsdokumente kann auf eine nähere Untersuchung verzichtet werden, da diese lediglich den Ermessensspielraum der Bank für die Annahme von Versicherungsdokumenten bei Fehlen besonderer Weisungen in den Akkreditiv-Bedingungen umreißen. Erwähnenswert dürfte allerdings noch Art. 29 „ER“ sein, der lautet:

„Der Mindest-Versicherungswert muß der cif-Wert der Waren sein, wie er sich aus den vorgelegten Dokumenten ergibt, soll aber in keinem Falle niedriger sein als der Betrag der Zahlung oder als der Rechnungsbetrag, falls dieser höher ist.“ ZAHN, a. a. O., S. 100, schreibt dazu in logischer Ergänzung des Artikels: „Lautet ein Versicherungsdokument auf eine Versicherungssumme, die mehr als etwa 10 % über dem cif-Wert bzw. dem vollen Rechnungsbetrag liegt, so ist es nur dann aufnahmefähig, wenn die überschießenden Versicherungskosten offensichtlich vom Ablader ohne Anrechnung auf den Warenpreis übernommen worden sind. Andernfalls müßte die Bank das Dokument zurückweisen, weil es zum Nachteil ihres Auftraggebers, des Käufers, eine Abweichung von den Akkreditiv-Bedingungen enthält.“

e) Gefälschte Dokumente

Die Tatsache, daß die bei der Realisierung eines Dokumenten-Akkreditivs Beteiligten nur mit Dokumenten, nicht aber mit Waren oder dergleichen zu tun haben, hat in zahlreichen Fällen Schwindler dazu verführt, sich mit Hilfe von gefälschten Dokumenten in den Besitz der in Dokumenten-Akkreditiven bestimmten Geldbeträge zu setzen. Selbst wenn die Urheber derartiger Betrüge-rien festgestellt werden konnten, war es in nahezu allen Fällen mangels Masse unmöglich, Rückzahlung der so erlangten Beträge zu erlangen, und es schien dann fraglich, wer von den wirklichen Beteiligten des Dokumenten-Akkreditivs den Schaden zu tragen hatte.

Diese Frage scheint Art. 11 der „ER“ klar zu beantworten, denn hierin ist ausdrücklich bestimmt, daß die Banken für Schäden, die dem Akkreditiv-Auftrag-

geber dadurch entstehen, daß sie gefälschte Dokumente angenommen haben, keine Haftung übernehmen. Aus dieser Bestimmung ergibt sich folgerichtig, daß sich die Prüfungspflicht der Banken nicht auf die *Echtheit* der Dokumente erstreckt. Diese Beschränkung der Haftung und damit auch der Prüfungspflicht der Banken ist im Hinblick auf die Aufgabe, welche der Bank bei der Realisierung eines Dokumenten-Akkreditivs zufällt, verständlich und angemessen.

Die Haftungsbeschränkung der Banken wirkt sich in der Praxis allerdings meist so aus, daß die Banken in Schadensfällen, in denen falsche Dokumente eine Rolle spielen, jede Diskussion mit Hinweis auf die einschlägigen Bestimmungen ablehnen. Sie vergessen dabei aber eine sehr wichtige Rechtstatsache: daß nämlich durch die Haftungsbeschränkung und auch durch die Beschränkung der Prüfungspflicht die in der Prüfungspflicht enthaltene *Sorgfaltspflicht* der Banken bei der Überprüfung auch von gefälschten Dokumenten auf ihre äußerliche Übereinstimmung mit den Akkreditiv-Bedingungen weder aufgehoben noch beschränkt wird. Es ist also so, daß die Haftungsbeschränkung der Bank bezüglich gefälschter Dokumente nur insoweit eintreten kann, als die Bank ihrer Sorgfaltspflicht bei der Überprüfung der vorgelegten Dokumente auf ihre Übereinstimmung mit den Akkreditiv-Bedingungen nachgekommen ist, d. h. daß sie kein eigenes Verschulden an den dem Akkreditiv-Auftraggeber entstandenen Schaden trifft. Ein vom Reichsgericht am 26. 6. 1926 entschiedener Fall (Bank-Archiv, 26. Jahrg., S. 77) soll hierfür als Beispiel angeführt werden: Am 29. 10. 1919 hatte die Klägerin (Akkreditiv-Auftraggeber) von den Kaufleuten Sch. und J. eine größere Menge Speck gekauft. Der Kaufpreis in Höhe von 643 000 (Papier-) Mark sollte durch Eröffnung eines Dokumenten-Akkreditivs gezahlt werden. Folgende Dokumente wurden für die Realisierung des Dokumenten-Akkreditivs vereinbart:

1. Bahnamtlich gestempelte Frachtbriefe über die Absendung der Ware.
2. Eine Bescheinigung eines *Schlachthof-Direktors* oder eines *beamteten Tierarztes* darüber, daß die Ware zum menschlichen Genuß einwandfrei sei.
3. Eine Bescheinigung darüber, daß die Ware einfuhr- und verkehrsfrei sei. Diese Bescheinigung sollte von einer zuständigen *Reichsbehörde*, nämlich entweder dem *Reichswirtschaftsministerium* oder der *Reichsfleischstelle* in Berlin, ausgestellt sein.

Am 7. 11. 1919 hatte die Beklagte (Akkreditiv-Bank) die Akkreditivsumme von 643 000 (Papier-)Mark ausgezahlt, jedoch nicht an den Verkäufer, sondern an einen gewissen L. Die von L. vorgelegten Frachtbrief-Duplikate erwiesen sich als

gefälscht, die beiden geforderten Bescheinigungen (s. o.) waren ebenfalls Fälschungen und außerdem inhaltlich in Bezug auf die Akkreditivbedingungen ungenügend.

Das RG hat den Anspruch der Klägerin bejaht, jedoch nicht deshalb, weil die Akkreditivbank auf Grund gefälschter Dokumente gezahlt hatte, sondern weil die Zahlung durch sie gegen Vorlage von Dokumenten erfolgt war, die mit den Akkreditiv-Bestimmungen nicht übereinstimmten.

Die Bescheinigungen waren nämlich nicht wie vorgeschrieben von einem Schlachthof-Direktor oder einem beamteten Tierarzt (vgl. oben 2.) ausgestellt bzw. vom Reichswirtschaftsministerium oder der Reichsfleischstelle in Berlin (vgl. oben 3.), sondern jeweils von einem städtischen Beamten der Gemeinde O. Hinzu kam, daß diese Bescheinigungen weder die Identität der Ware erkennen ließen, noch sonst in ihrem Inhalt den Akkreditivbedingungen entsprachen.

Im Laufe der Zeit hat sich nun in der Rechtsprechung der verschiedenen Länder eine gewisse Neigung dahin ausgebildet, den Begriff der Sorgfaltspflicht der Banken bei der Prüfung der Dokumente immer weiter zu Lasten der Banken auszudehnen. Dies tritt besonders an folgendem Beispiel zutage, einer Entscheidung des Berufungsgerichtes in Aix en Provence, worin eine Entscheidung des Zivilgerichts in Toulon vom 5. Mai 1954 aufgehoben wurde:

Eine saarländische Firma hatte mit einer Firma aus Toulon einen Kaufvertrag über Schrott abgeschlossen. Zur Zahlung der Lieferung hatte die Bank des Käufers bei ihrer Korrespondenzbank zugunsten des Verkäufers in Toulon ein unwiderrufliches Dokumenten-Akkreditiv eröffnet, worin die Zahlung gegen Übergabe der Rechnungen und Frachtbriefe der Bahn vereinbart war. Die Frachtbriefe sollten den Datumstempel des Abgangsbahnhofs tragen. Die Bank zahlte dem Überbringer der geforderten Dokumente 1 239 000 ffrs. aus, die Waggons kamen aber nie an. Es stellte sich heraus, daß die Frachtbriefe und Rechnungen gefälscht waren.

Zuvor hatte die Korrespondenzbank der Käuferbank die Dokumente überstellt, letztere hatte den Käufer in Höhe der ausgezahlten Summe belastet.

Nunmehr klagt der Käufer gegen die Korrespondenzbank wegen Vernachlässigung ihrer Prüfungspflicht auf Schadensersatz in Höhe der ihm von seiner Bank belasteten Summe.

In erster Instanz wurde der Anspruch des Käufers gegen die Bank von vornherein mit dem Hinweis auf Art. 10 und 11 der „ER“ abgewiesen. Das Berufungs-

gericht aber verurteilte die Bank zum vollen Schadensersatz und führte wörtlich aus: „Es steht fest, daß bei Eröffnung des Dokumenten-Akkreditivs spezifiziert wurde, daß der Verkäufer bei der Realisierung desselben für jede Lieferung den entsprechenden Frachtbrief übergeben sollte, der jeweils mit dem Datumstempel des Verladebahnhofs versehen sein sollte; daß nur dieser Stempel das Dokument identifizieren und die ordnungsgemäße Ausführung der Versendung garantieren sollte; daß also die Bank vor jeder Zahlung verpflichtet war, sich zu versichern, ob die Abstempelung ordnungsgemäß erfolgt war; daß der auf den gefälschten Papieren angebrachte Stempel nur eine grobe Nachahmung des amtlichen Bahnstempels war, was eine einfache (?) Prüfung desselben an den Tag gebracht hätte und womit die Nichtübereinstimmung bewiesen worden wäre; daß, wenn auch die Bank nicht verpflichtet ist, die Echtheit der vorgelegten Papiere zu prüfen, sie doch verpflichtet ist, sie sorgfältig auf ihre Übereinstimmung mit den bei Eröffnung genannten Dokumenten und deren Inhalt zu prüfen; daß die Bank verpflichtet war, vor jeder Zahlung zu prüfen, ob das Hauptmerkmal des ihr vorgelegten Dokumentes, welches den eigentlichen Wert desselben ausmachte, seinem äußeren Bild nach von dem Verladebahnhof herrühren konnte; daß nicht ernsthaft bestritten werden kann, daß der streitige Stempel nicht die geringste Ähnlichkeit mit dem von der Bahnverwaltung benutzten, von dem Auftraggeber verlangten Stempel hat; daß die Bank durch Vernachlässigung dieser Prüfung ihren Verpflichtungen als entgeltliche Geschäftsbesorgerin nicht nachgekommen ist und daher alle Folgen ihrer Nachlässigkeit zu tragen sowie alle ihrem Auftraggeber entstandenen Schäden zu ersetzen hat.“

S. Epschtein hat zu dieser Entscheidung in der Zeitschrift „Banque“, August-Heft 1956, Stellung genommen und festgestellt, daß es zur damaligen Zeit, d. h. als die Realisierung des Dokumenten-Akkreditivs erfolgte, noch gar kein einheitliches Modell für den fraglichen Datumstempel der französischen Staatsbahnen gab, sondern die einzelnen Bahnhöfe meist nur einen Namensstempel besaßen, in dem das Verladedatum handschriftlich eingesetzt wurde, und daß derartige Frachtbriefe laufend von den Banken als ausreichende Versanddokumente angenommen wurden. Epschtein schließt mit einer Bemerkung, die sicher überspitzt ist, den Banken aber als Fingerzeig bei der eigenen Beurteilung der ihnen obliegenden Sorgfaltspflicht von Nutzen sein kann:

„Obligée de choisir – en raison de l’insolvabilité du vendeur – lequel des deux innocents allait être victime de l’escroquerie, la Cour a choisi la banque. Ce choix est conforme à la tendance moralement louable qui incite quelques fois les magistrats à se montrer plus sévères pour celui des deux plaideurs qui est le plus fort.“

B. Herausgabepflicht der Bank bezüglich der Dokumente gegenüber dem Kreditauftraggeber bzw. der eröffnenden Bank.

Die Herausgabepflicht der Bank bezüglich der die Ware repräsentierenden Dokumente ergibt sich für diese gegenüber dem Akkreditiv-Auftraggeber (bzw. für die bestätigende, das Dokumenten-Akkreditiv realisierende Bank) gegenüber der eröffnenden Bank aus dem (zwischen den jeweiligen Vertragspartnern geschlossenen) Geschäftsbesorgungsvertrag. Auf diesen Vertrag finden, wie schon oben ausführlich dargelegt, gemäß § 675 BGB die Vorschriften der §§ 663 ff. BGB Anwendung. Maßgebend für die Herausgabepflicht der Bank bezüglich der Dokumente ist demnach § 667 BGB, wonach der Beauftragte verpflichtet ist, dem Auftraggeber alles, was er zur Ausführung des Auftrags erhält und was er aus der Geschäftsbesorgung erlangt, herauszugeben.

Da es sich bei den Dokumenten, welche die Bank im Rahmen der Realisierung eines Dokumenten-Akkreditivs erlangt, in der Regel um Papiere handelt, welche ein Recht, im allgemeinen das Eigentum an den sie repräsentierenden Waren, verkörpern, ist die Frage, wann die Bank zur Herausgabe der Dokumente an den Akkreditiv-Auftraggeber verpflichtet ist, davon abhängig, ob mit dem Dokumenten-Akkreditiv neben seiner Sicherungsfunktion für den Akkreditiv-Begünstigten auch eine Finanzierungsfunktion zugunsten des Akkreditiv-Auftraggebers verbunden ist. Hat das Dokumenten-Akkreditiv nur Sicherungsfunktion, so hat der Akkreditiv-Auftraggeber, wie schon in anderem Zusammenhang erwähnt, die Akkreditiv-Summe bei der Bank bereits angeschafft und die ihm zufallenden Kosten der Bank bezahlt. In diesem Falle ist die Bank verpflichtet, die Dokumente auf schnellstem Wege dem Akkreditiv-Auftraggeber zukommen zu lassen, damit dieser sich in den Besitz der Ware setzen und frei über sie weiterverfügen kann.

Enthält jedoch das realisierte Dokumenten-Akkreditiv auch eine Finanzierungsfunktion, d. h. haben Bank und Kreditauftraggeber außer dem oben erörterten Geschäftsbesorgungsvertrag gleichzeitig einen Kreditvertrag über die Akkreditivsumme abgeschlossen, auf Grund dessen die Bank bis zur Zurückzahlung der kreditierten Summe durch den Akkreditiv-Auftraggeber als Sicherheit gewisse Rechte an den durch die Dokumente repräsentierten Waren erlangt, so entsteht die Herausgabeverpflichtung der Bank bezüglich dieser Dokumente erst dann, wenn der Akkreditiv-Auftraggeber seinen Verpflichtungen aus dem Kreditvertrag mit der Bank nachgekommen ist.

Allerdings muß betont werden, daß es für ein Recht der Bank, die aus der Realisierung des Dokumenten-Akkreditivs erlangten Dokumente zurückzuhalten ausdrücklicher vertraglicher Vereinbarungen bedarf, die im übrigen in der Praxis auch allgemein üblich sind.

In der vorliegenden Arbeit sollten die P f l i c h t e n der Banken im Rahmen eines (unwiderruflichen und bestätigten) Dokumenten-Akkreditivs untersucht werden. Die im Zusammenhang mit der Herausgabepflicht der Bank bezüglich der bei Realisierung eines Dokumenten-Akkreditivs erlangten Dokumente in Literatur und Praxis oft diskutierte Frage bezüglich der R e c h t e der Bank an diesen Dokumenten würde über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen und muß unberücksichtigt bleiben, zumal „dieser Komplex und damit in Zusammenhang stehende Probleme nicht zu den Besonderheiten des Dokumenten-Akkreditivs gehören, sondern Fragen allgemeinerer Bedeutung sind“ (Wiele, a. a. O., S. 49).

LEBENS LAUF

Kurt W. R ü c k e r t , geboren am 5. Juli 1931 in Darmstadt; Sohn des Dr. jur. Georg Rückert, Regierungspräsident für Rheinhessen, und seiner Ehefrau Martha, geborene Werner.

Reifeprüfung am 13. Juni 1951 am Sebastian-Münster-Gymnasium in Ingelheim am Rhein.

Vom Wintersemester 1951/52 bis Sommersemester 1956 Studium der Rechtswissenschaft an den Universitäten in Mainz, München, Frankfurt/Main und Paris (Faculté de Droit und Institut d'Etudes Politiques).

Erstes juristisches Staatsexamen am 4. September 1956 vor dem Justizprüfungsamt beim Ministerium der Justiz des Landes Rheinland-Pfalz in Mainz. Seit 12. Oktober 1956 im rheinland-pfälzischen Vorbereitungsdienst. Im Rahmen desselben vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1958 bei der Rechtsabteilung der Internationalen Handelskammer in Paris.

Mündliche Doktorprüfung am 23. Februar 1960.

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
Einführung	3—5
 1. Kapitel:	
Die wirtschaftlichen Funktionen des Dokumenten-Akkreditivs im internationalen Handelsverkehr	7—10
 2. Kapitel:	
Formen und Technik des Dokumenten-Akkreditivs	11—15
1. a) Widerrufliches und unwiderrufliches Dokumenten-Akkreditiv	11—13
b) Bestätigtes und unbestätigtes Dokumenten-Akkreditiv	13—14
2. a) Eröffnung	14
b) Realisierung	15
c) Abwicklung	15
 3. Kapitel:	
Die Unwiderruflichkeit als Kernpunkt der Verpflichtung der Banken im Rahmen eines unwiderruflichen Dokumenten- Akkreditivs	17—40
1. Die Unabhängigkeit des Dokumenten-Akkreditivs von dem zugrunde liegenden Handelsgeschäft	17—22
2. Rechtliche Begründung der Institution des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs und der darin enthaltenen Bank- verpflichtungen gegenüber dem Akkreditiv-Begünstigten	22—29
a) Theorie des Doppelmandats	23—24
b) Bürgschaftstheorie	24—25
c) Forderungsabtretungstheorie	25—26
d) Vertrag zugunsten eines Dritten	26—27
e) Anweisung	28—29
3. Darstellung und Kritik der gegenwärtig herrschenden Meinung bezüglich der unwiderruflichen Bankverpflichtung im Rahmen des unwiderruflichen Dokumenten-Akkreditivs	29—38
4. Zusammenfassung	39—40

	Seite
4. Kapitel:	
Die Pflichten der Bank bei Realisierung und Abwicklung eines von ihr eröffneten oder bestätigten Dokumenten-Akkreditivs	41—76
1. Die Bankverpflichtung gegenüber dem Begünstigten des Dokumenten-Akkreditivs	42—45
2. Die Verpflichtungen gegenüber dem Akkreditiv-Auftraggeber bzw. der eröffnenden Bank	
A. Prüfungspflicht der Bank im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit der vorgelegten Dokumente sowie ihre Haftung gegenüber ihrem Vertragspartner	45—50
a) Übereinstimmung der vorgelegten Dokumente mit den im Akkreditiv-Auftrag bezeichneten Dokumenten	50—51
b) Übereinstimmung der Warenbezeichnung in den vorgelegten und bestimmten Dokumenten	51—59
c) Versanddokumente, insbesondere das Konnossement (Clean Bill of Lading)	59—69
d) Versicherungsdokumente	69—71
e) Gefälschte Dokumente	71—75
B. Herausgabepflicht der Bank bezüglich der Dokumente gegenüber dem Kreditauftraggeber bzw. der eröffnenden Bank	75—76
Inhaltsverzeichnis	77—78
Literaturverzeichnis	79—80

LITERATURVERZEICHNIS

- BAUMBACH-DUDEN Handelsgesetzbuch mit Nebengesetzen; 13. Auflage, München und Berlin 1959
- BECK, Camille de Incidence des clauses à portée relative sur le caractère net du connaissance; Sonderdruck aus REVUE DE LA BANQUE, Bruxelles, 1952
- BEYER, Jean L'Irrévocabilité de l'engagement du Banquier dans les Crédits Documentaires Irrévocables, Diss. Paris 1953
- BONTOUX, Charles La Question des irrégularités dans la réalisation des crédits documentaires; REVUE DE LA BANQUE, Bruxelles, 1955, S. 766
- BONTOUX, Charles Commentaire de l'Article 24 des Règles et Usances; REVUE DE LA BANQUE, Bruxelles, 1956, S. 184
- BRAJKOVIC, Vladislav Signification de la Clause du „Caspiana“ dans le contrat de transport maritime et dans le contrat de vente en commerce maritime; Bulletin de l'Association de Droit Maritime Yougoslave, Dezember 1956, unveröffentlichte Übersetzung der IHK Paris
- Burchard-de BOOR Bürgerliches Recht, 1. Aufl. 1930
- DAVIS, LL. D. (Lond.) The Law Relating to Commercial Letters of Credit, 2nd edition, 1954, London
- ENNECCERUS-LEHMANN Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts, Recht der Schuldverhältnisse, II. Bd. 15. Aufl. 1958
- EPSCHTEIN, S. und Charles BONTOUX Crédit documentaire et obligations du transporteur maritime (Une nouvelle clause d'irresponsabilité: La „Caspiana-Clause“) REVUE DE LA BANQUE, Bruxelles, April 1956
- EPSCHTEIN, S. und Charles BONTOUX Suez-Clause
REVUE DE LA BANQUE, Bruxelles, Januar 1957
- ESSER, Josef BGB Schuldrecht, 1. Aufl. 1949
- GESSLER-HEFERMEHL Handelsgesetzbuch, 3. Auflage, 2. Bd. 1955
- GURLER, Jean Bericht über die einheitlichen Richtlinien und Gebräuche für Dokumenten-Akkreditive, Drucksache Nr. 82 der Internationalen Handelskammer Paris, 1933
- KOCH, Dr. Arwed Banken und Bankgeschäfte, Verlag G. Fischer, Jena 1931
- KOCH, Dr. Arwed Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Banken, Verl. G. Fischer, Jena 1932

LEHMANN, Heinrich	Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Gesetzbuches, 11. Aufl., 1958
LISON, Fernand	Crédits documentaires: Marchandise insuffisamment assurée; REVUE DE LA BANQUE, Bruxelles, 1948, S. 33
LISON, Fernand	Crédits documentaires: Lettres de garantie-Documents falsifiés - Licences d'Exportation - Connaissements raturés-Préscriptions concernant l'utilisation de crédits documentaires; REVUE DE LA BANQUE, Bruxelles, 1956, S. 84
LISON, Fernand	Crédits Documentaires: Suez-Clause - Envoie d'un préavis de crédit par pli recommandé; REVUE DE LA BANQUE, Bruxelles 1956, S. 766
MEGRAH, Maurice	Uniform Code for Documentary Credit Practice? Unveröffentlichtes Manuskript eines Vortrages vor dem „Instituto Bancario“, Madrid, Juni 1958
SCHLEGELBERGER	Handelsgesetzbuch; 2. Bd. 3. Aufl. Berlin und Frankfurt/M., 1955
SCHUBERT, Dr. Werner	Das Akkreditiv; Betriebs-Berater 1952, S. 128 ff.
SIMON, G.	Usages anglais, américains et continentaux en matière de crédits documentaires; REVUE DE LA BANQUE, Bruxelles, 1948, S. 1
STEFANOPOULOS,	„Das Dokumentäre Akkreditiv“ nach dem heutigen griechischen Recht in Hans. Rechts-Zeitschr. 1927, S. 121
STOUFFLET, Jean	Le Crédit Documentaire, Etude juridique d'un instrument financier du Commerce international, 1. Aufl. 1957, Paris
TROST-SCHÜTZ	Bankgeschäftliches Formularbuch, 14. Ausg. Berlin 1955
STODTER, Rolf	Geschichte der Konnossementsklauseln, Hamburg 1953
VOIGT, Dr. Werner	Das überseeische Dokumententrattengeschäft der Banken; Hamburg 1926
WARD-HARFIELD	Bank Credits and Acceptances, 3rd edition, New York 1948
WIELE, Dr. Gerhart	Das Dokumenten-Akkreditiv und der anglo-amerikanische Documentary Letter of Credit, Hamburg 1955
ZAHN, Johannes C. D.	Zahlung und Zahlungssicherung im Außenhandel, 1. Aufl. Berlin 1957

Buchdruckerei Val. Sachs, Darmstadt